

# Forum Pazifismus



10. Jahrgang | 2. Quartal 2013 | Heft-Nr. 38 | 5 Euro

Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit

## Bundestagswahl 2013: Politik. Parteien. Pazifismus?

3 Ute Finckh-Krämer

Warum ich als Pazifistin Politik für die SPD mache

6 Kathrin Vogler

Warum ich als Pazifistin Politik für Die Linke mache

9 Michael Schmid

Warum ich als Pazifist keine Parteipolitik (mehr) mache

14 Ullrich Hahn

Warum ich mich als Pazifist  
nicht an Parlamentswahlen beteilige

16 Theodor Ziegler

Eine Volkskirche auf dem Weg zur Friedenskirche?

*Die Friedensdiskussion in der Evangelischen Landeskirche in Baden*

20 Christof Müller-Wirth

Für Freiheit und Frieden

*Johann Georg August Wirth, Vorkämpfer für Freiheit und Demokratie,  
Mitinitiator und einer der Hauptredner des Hambacher Festes 1832,  
und Franz Ulpian Wirth, Friedensaktivist und Mitbegründer  
der Deutschen Friedensgesellschaft 1892*

30 Michael Schmid

Ein »Leuchtturmprojekt« in der Provinz:

Das Lebenshaus Schwäbische Alb

*Seit 20 Jahren aktiv für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie*

35 Ulli Thiel

Prägung durch Martin Luther King

*Die Bedeutung des Vorkämpfers für Gewaltfreiheit und  
Zivilen Ungehorsam für die eigene Friedensarbeit*

38 Manfred Pappenberger

Schattenkriege im 21. Jahrhundert

*Die Automatisierung des Krieges durch Drohnen und Roboterwaffen*

44 Dokumentiert

Unheilige Allianz: Übertragung des Hausrechts in Kirchen an Militärpolizei

*Die Vorbereitung der Kirchenbürokratie auf im Krieg  
getötete SoldatInnen der Bundeswehr*

47 Rezensionen

K. Raiser/U. Schmitthenner (Hrsg.): Gerechter Friede (*Ulrich Frey*);

J. Grässlin: Schwarzbuch Waffenhandel (*Stefan Philipp*)



Foto: Ulrike Dordinger

*Liebe Leserin, lieber Leser,*

in den nächsten Wochen wird es losgehen, dass wieder überall Plakatwände aufgestellt werden – gut gestaltete Reklame mit hervorragend fotografierten PolitikerInnenköpfen und kargem Inhalt. Wenig beruhigend, dass das Spektakel über die so genannte Wahlkampfkostenerstattung zu einem Gutteil auch noch von uns allen bezahlt wird; egal übrigens, ob wir uns an Wahlen beteiligt haben oder nicht. Das Verfahren nennt sich neuerdings nicht mehr Wahlkampfkostenerstattung, sondern »staatliche Teilfinanzierung«, geregelt im Parteiengesetz. Jährlich werden so über 150 Millionen Euro aus Steuermitteln entsprechend ihres Stimmenanteils bei vergangenen Wahlen an die Parteien verteilt.

Aber wie ist das mit den Parlamentswahlen überhaupt aus pazifistischer Sicht? Wir veröffentlichen in diesem Heft vier Antworten von PazifistInnen – diese sind naturgemäß sehr unterschiedlich; und zeigen damit, dass »viele Wege nach Rom führen«, dass das Ziel des Pazifismus, eine Welt ohne Krieg zu entwickeln, Frieden zu schaffen ohne Waffen, bezüglich der Position zum Staat und zu Parteien nicht die eine »richtige« Antwort bedeutet. Manche mögen sich wundern, dass niemand von den Grünen hier schreibt. Natürlich gibt es auch in dieser Partei, die einst mit dem Etikett »gewaltfrei« gegründet wurde, auch und immer noch PazifistInnen, die Politik bestimmen sie dort aber nicht. So durfte der grüne Spitzenkandidat Trittin im »Magazin forumZFD« (III/2012) unkommentiert schreiben: »Erfahrungen mit langwierigen Militäreinsätzen wie in Afghanistan oder im Irak lehren uns, dass diese Konflikte nicht rein militärisch zu lösen sind.« Wer aus Kriegen bloße Militäreinsätze macht und behauptet, zur Konfliktlösung sei Militär geeignet, aber eben nicht allein, der braucht sich nicht zu wundern, dass viele PazifistInnen diese Partei nicht mehr als wirkliche Alternative betrachten.

Vielleicht vergleichbar im Sinne von »eigentlich schlecht, aber wir sind dabei« ist das Verhältnis der Kirche zu Krieg. Wir dokumentieren ein Papier des evangelischen Militärbischofs, das den Kirchengemeinden erläutert, wie man gemeinsame Trauerfeiern mit der Bundeswehr »gefallene« Soldaten durchführt, z.B. indem man der Militärpolizei das Hausrecht in Kirchen überträgt. Das hat bereits zu Diskussionen in der Landeskirche Hannovers geführt – hoffentlich bald auch in anderen Regionen.

*Stefan K. Philipp*

## IMPRESSUM

**Forum Pazifismus**  
– Zeitschrift für Theorie und  
Praxis der Gewaltfreiheit

wird gemeinsam herausgegeben vom Internationalen Versöhnungsbund - deutscher Zweig, der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) mit der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, dem Bund für Soziale Verteidigung (BSV) und der Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverständigung PAX AN.

**Verleger:** Versöhnungsbund e.V., Schwarzer Weg 8, 32423 Minden

**Redaktion:** Ute Finckh, Bernhard Nolz, Michael Schmid, Stefan K. Philipp (Leitung; v.i.S.d.P.)

**Bestellanschrift und Aboverwaltung:**  
Forum Pazifismus,

Am Angelweiher 6, 77974 Meißenheim

**Anzeigenverwaltung:** SPS-Graphics, Am Angelweiher 6, 77974 Meißenheim, Telefon: 07824/662 19 20; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1.5.2004 gültig

**Druck:** UWS-Druck, Libanonstr. 72a, 70184 Stuttgart

**Versand:** Neckartalwerkstätten, Hafnenbahnstr. 35, 70329 Stuttgart

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder der Herausgeber. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht, muss aber mit der Redaktion vereinbart werden.

**Erscheinungsweise:** in der Regel vierteljährlich in der zweiten Quartalshälfte

**Bezugsbedingungen:** Forum Pazifismus kann nur im Abonnement bezogen werden. Die Bezugsgebühren für ein volles Kalenderjahr (4 Hefte) beträgt 20.- Euro zzgl. 2.- Euro für Porto und Verpackung; bei Bestellung innerhalb des laufenden Kalenderjahres entsprechend weniger. Die Bezugsgebühren jeweils bis zum Ende des Kalenderjahres sind zu Beginn des Bezuges fällig, danach zu Beginn des Kalenderjahres. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Kalenderjahr, wenn nicht jeweils bis zum 30. November schriftlich eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

Für Mitglieder des Internationalen Versöhnungsbundes - deutscher Zweig ist der Bezug von Forum Pazifismus im Mitgliedsbeitrag bereits enthalten.

Mitglieder der DFG-VK und des BSV können Forum Pazifismus zum ermäßigten Jahrespreis von 18.- Euro (zzgl. 2.- Euro für Verpackung und Versand) abonnieren.

Der Preis für das Förderabo I beträgt 30.- Euro, für das Förderabo II 40.- Euro; das Förderabo III zum Preis von 50.- Euro beinhaltet zusätzlich den automatischen Erhalt einer CD-ROM mit dem Jahresinhalt im PDF-Format zum Jahresende (jeweils zzgl. 2.- Euro für Porto und Verpackung).

ISSN 1613-90708

Redaktionsschluss war der 5. Juli.

Die nächste Ausgabe erscheint im September, Redaktionsschluss ist der 30. August 2013.

**Forum Pazifismus**

Am Angelweiher 6, 77974 Meißenheim  
Fon 07824-6640487 Fax 03212-1028255  
eMail: [Redaktion@Forum-Pazifismus.de](mailto:Redaktion@Forum-Pazifismus.de)  
Internet: [www.forum-pazifismus.de](http://www.forum-pazifismus.de)

Ute Finckh-Krämer

# Warum ich als Pazifistin Politik für die SPD mache

Bundestagswahl 2013: Politik. Parteien. Pazifismus?

**D**ie Friedensbewegung hat es in der Bundesrepublik nur dann geschafft, für eine breite Öffentlichkeit politisch sichtbar zu werden, wenn es ihr gelungen ist, die SPD oder zumindest Teile davon mit ins Boot zu nehmen. Das begann mit dem Kampf gegen die Wiederbewaffnung, setzte sich im Protest gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr fort, wurde besonders deutlich in den Protesten gegen den Nato-Doppelbeschluss Anfang der 1980er Jahre und schließlich bei der großen Demonstration gegen den Irakkrieg, zu der am 15. Februar 2003 eine halbe Million Menschen in Berlin zusammenkamen.

Hunderttausende sind Anfang der 1970er Jahre wegen Willy Brandts Politik in die SPD eingetreten – die überfälligen Reformen im Inneren und die mit den Ostverträgen eingeleitete Entspannungspolitik waren die Hauptmotive dafür.

## 20 Jahre lang »Glück« mit linken Landesverbänden gehabt

Ich bin Ende 1972 mit genau 16 Jahren in die SPD eingetreten. Vermutlich wäre ich – wie viele andere – Anfang der achtziger Jahre zu den Grünen gewechselt, deren damaliges Motto »ökologisch – sozial – basisdemokratisch – gewaltfrei« mir aus dem Herzen sprach. Aber der SPD-Landesverband, dem ich damals noch angehörte, Bremen, hatte sich klar gegen den Nato-Doppelbeschluss positioniert. Eine Ummeldung an meinen Studienort Tübingen hätte an dieser Situation nichts geändert – auch die SPD in Baden-Württemberg gehörte in diesem (und anderen) Punkten zu den scharfen innerparteilichen Kritikern von Helmut Schmidt. Also blieb ich in der SPD in der Hoffnung, dort friedenspolitische Positionen stärken zu können.

Mein nächster Umzug führte mich nach Minden/Westfalen – wo die SPD gerade die Vorbereitungen zu einem großen friedenspolitischen Kongress unterstützte. Auch nicht gerade ein guter Anlass, um aus der SPD auszutreten... Der Kongress fand dann 1988 mit dem Titel »Ohne Waffen, aber nicht wehrlos« statt – und führte 1989 zur Gründung des Bundes für Soziale Verteidigung (BSV), ebenfalls in Minden. Ich war nicht das einzige Gründungsmitglied des BSV, das ein SPD-Parteibuch hatte. Die Jusos wurden damals sogar Trägerorganisation.

## Erfahrungen in der »rechten« Berliner SPD

Als sich 1992 abzeichnete, dass ich mit meinem Mann und unseren Kindern nach Berlin ziehen würde, war ich überzeugt, dass ich dort über kurz oder lang mein SPD-Parteibuch abgeben würde. Die Berliner SPD hatte damals den Ruf, dem rechten Flügel der Partei anzugehören, im Antikommunismus der 50er Jahre zu verharren und in ihrem Führungspersonal eng mit der Bauwirtschaft verfilzt zu sein. Es gab auch einen bundespolitischen Anlass, der gut zu passen schien – die SPD war gerade dabei, eine Grundgesetzänderung mitzutragen, die das Asylrecht de facto abschaffte. Damit hätte ich meinen Austritt gut begründen können. Aber die damalige Bundestagsabgeordnete des Berliner Bezirks, in den wir zogen, protestierte öffentlich gegen die Zustimmung der Fraktionsmehrheit und stimmte gegen die Grundgesetzänderung. Dafür wurde sie parteiintern scharf kritisiert, also erschien es mir sinnvoller, ihr den Rücken zu stärken, als ihr mein Parteibuch vor die Füße zu werfen. Dazu kam, dass die aktive Mitarbeit im lokalen SPD-Ortsverein ein guter Weg war, schnell einen Überblick über die kommunalpolitischen Besonderheiten meines neuen Wohnorts zu bekommen. Kinderbetreuung, Spielplätze, örtliche Verkehrssituation waren für mich in dieser Lebensphase mit zwei Kindern im Vorschulalter von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Das war rückblickend damit auch der Zeitpunkt, an dem ich beschloss, lieber parallel innerhalb und außerhalb der SPD konsequent pazifistische Positionen zu beziehen, als die Partei zu wechseln oder als Parteilose zu versuchen, von außen auf die verschiedenen im Bundestag vertretenen Parteien Einfluss zu nehmen. Ich habe mich über viele Entscheidungen, die sozialdemokratische Regierungsmitglieder und Abgeordnete gefällt haben, geärgert, habe dagegen demonstriert und scharfe Artikel dagegen geschrieben. Habe aber gleichzeitig gemerkt, dass meine Aktivitäten – eben weil ich sie als aktives SPD-Mitglied betrieben habe – von vielen in der SPD erfreut zur Kenntnis genommen wurden.

Manche Funktionen in der SPD gelten als so undankbar, dass alle froh sind, wenn jemand sie übernimmt. Dazu gehört insbesondere die Kas-



senführung. Als mein Ortsverein merkte, dass ich mit Zahlen umgehen kann, wurde ich gebeten, Kassiererin zu werden, und als der Unterbezirk merkte, dass ich nicht nur die Kasse ordentlich führte, sondern auch innerhalb der Partei dafür kämpfte, dass die Hauptamtlichen in der Landes- und Bundeszentrale den ehrenamtlichen KassiererInnen das Leben nicht unnötig schwer machten, wurde ich Unterbezirkskassiererin. Damit war ich – ohne irgendwelche Kompromisse in meinen inhaltlichen Positionen einzugehen – im geschäftsführenden Unterbezirksvorstand und bekam Einblicke in die Entscheidungsstrukturen auf Unterbezirks- und Landesebene, die sich später für die friedenspolitische Lobbyarbeit als ausgesprochen nützlich erwiesen. Und konnte einiges von meinen Vorstellungen, wie GenossInnen miteinander (und mit der hauptamtlichen Geschäftsführerin im Unterbezirk) umgehen sollten, umsetzen.

Da der BSV sich explizit für einen konstruktiven Umgang mit Konflikten in allen gesellschaftlichen Bereichen im eigenen Land einsetzt, war es für mich konsequent, der oft destruktiven Diskussionskultur in der SPD etwas entgegenzusetzen. Die unterscheidet sich nach meiner Einschätzung übrigens nicht groß von der in anderen im Bundestag vertretenen Parteien, Die Linke eingeschlossen, was erheblich zu dem beiträgt, was in den Medien als »Politikverdrossenheit« bezeichnet wird.

### ■ **Wenig Licht und viel Schatten in der SPD-Regierungszeit**

Die rot-grüne Koalition von 1998 bis 2005 war friedenspolitisch mehr als zwiespältig. Die Zustimmung zum Kosovo-Krieg, zur deutschen Beteiligung an *OEF* und *Isaf* führten zu tiefen Konflikten innerhalb der SPD und der Grünen und zu zahlreichen Parteiaustritten. Ein Teil der Ausgetretenen wechselte zur PDS, andere beteiligten sich an der Gründung der WASG. Andererseits hatte die sozialdemokratische Ministerin Heidi Wiecek-Zeul den vom BSV und dem *forumZFD* geforderten Zivilen Friedensdienst im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung etabliert, die zweite rot-grüne Bundesregierung verabschiedete den von der 1998 gegründeten Plattform Zivile Konfliktbearbeitung geforderten »Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung«, beim Institut für Auslandsbeziehungen wurde das Förderprogramm *zivik* aufgelegt, das Konsortium Ziviler Friedensdienst und die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung wurden mit staatlicher Unterstützung gegründet. Und: Gegen den scharfen Protest der damaligen Oppositionsfractionen CDU und FDP weigerte sich der sozialdemokratische Bundeskanzler Ger-

hard Schröder im Jahr 2002, deutsche Truppen für den sich abzeichnenden Krieg der USA gegen den Irak zur Verfügung zu stellen. Unter den 500.000 Menschen, die am 15. Februar 2003 gegen den Irakkrieg demonstrierten, waren zahlreiche SozialdemokratInnen. Sollten wir etwa unsere Partei denjenigen überlassen, die jeden Angriffskrieg der USA mitmachen wollten?

Genauso schlimm wie die Zustimmung zu den Bundeswehreinmärschen im Kosovo und in Afghanistan war für viele SozialdemokratInnen ein Teil der Gesetzesänderungen der »Agenda 2010«. Hier war der grüne Koalitionspartner Teil des Problems, der sich massiv für eine Senkung des Spitzensteuersatzes eingesetzt hatte. Diejenigen, die vorhersagten, dass es eine Lohnspirale nach unten zur Folge haben würde, wenn man Sozial- und Arbeitslosenhilfe zusammenlegt und praktisch jede Arbeit für zumutbar erklärt, ohne sie an tarifliche oder an allgemeine Mindestlöhne zu koppeln, wurden parteiintern marginalisiert. Ich gehörte zu den wenigen, die 2003 auf einem Landesparteitag »in die Bütt« gingen, um gegen die Teile der »Agenda 2010« zu protestieren, die gegen grundlegende Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit verstießen. Ich bekam eine Menge Beifall, aber an der mehrheitlichen Zustimmung zum Kurs der rot-grünen Bundesregierung änderte das nichts. Rückblickend gesehen war es fatal, dass die großen Gewerkschaften IG Metall und ver.di lange gegen gesetzliche Mindestlöhne gekämpft hatten, weil sie befürchteten, dass damit – ähnlich wie in Frankreich – Tarifverträge mit deutlich höheren Löhnen als dem jeweiligen Mindestlohn erschwert würden. Sie hatten leider übersehen, dass Tarifverhandlungen in Frankreich ganz anders ablaufen als in Deutschland, weil dort meistens betriebsbezogene und nicht branchenbezogene Tarifverträge abgeschlossen werden. Falsche Analogieschlüsse sind nach meiner Beobachtung ein generelles Problem der politischen Diskussion, über die Parteien hinaus.

Spätestens seit ich 2005 zur Vorsitzenden des Bundes für Soziale Verteidigung gewählt wurde, bin ich in die Rolle geraten, gleichzeitig in der SPD zu erklären, wie friedens- und entwicklungspolitische Gruppen funktionieren, und im BSV und der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, wie Entscheidungen in Parteien zustande kommen und welche Ansatzpunkte es gibt, um diejenigen innerhalb der Parteistrukturen und der Bundestagsfraktionen zu stärken, die bereit sind, friedenspolitische Forderungen zu unterstützen. Ich erwischte mich manchmal bei dem Gedanken, wie es wäre, wenn ich auf der anderen Seite säße und überlegte, welchen Aufwand es bedeuten würde, um mit Aussicht auf Erfolg als Bundestagskandidatin antreten zu können. Ich kam zu dem Schluss, dass der Preis für den üblichen Weg durch die Institutionen zu hoch sein würde, weil er zeitlich

nicht mit meinem Engagement für den BSV und die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung zu vereinbaren gewesen wäre. Also trat ich im Frühjahr 2008 nicht mehr für den Posten der Unterbezirkskassiererin an, um mehr Zeit für mein friedenspolitisches Engagement zu haben. Zu meiner Überraschung wurde ich Anfang 2009 gefragt, ob ich bereit sei, als Wahlkampfbeauftragte für den SPD-Bundestagsabgeordneten in meinem Berliner Wahlkreis zu fungieren. Mit dem hatte ich mich gründlich über die Agenda 2010 und seine Zustimmung zu den jährlichen *Isaf*- und *OEF*-Mandatsverlängerungen gestritten. Die Bankenkrise und die Eskalation des Afghanistankrieges hatten ihn anscheinend nachdenklich werden lassen – sein Wiedereinzug in den Bundestag war allerdings unsicher. Andererseits war es eine zeitlich befristete Aufgabe, bei der ich viel über Wahlkämpfe, die Konfliktebenen zwischen bezahlten und unbezahlten Aktiven und die Möglichkeiten, PolitikerInnen in Wahlkampfzeiten zu beeinflussen, lernen würde. Also sagte ich zu. Die SPD verlor in Berlin überdurchschnittlich viele Erst- und Zweitstimmen, der Steglitz-Zehlendorfer Abgeordnete gehörte zu denen, die ihr Bundestagsmandat verloren. Aber ich hatte tatsächlich einiges dazugelernt, was im Folgenden für die friedenspolitische Lobbyarbeit gegenüber Bundestagsabgeordneten nützlich war. Insbesondere habe ich von einem einflussreichen Hauptamtlichen aus der SPD-Bundeszentrale gehört, dass aus seiner Sicht eigentlich nur diejenigen GenossInnen zählen, die als Abgeordnete, hauptamtliche MitarbeiterInnen der Partei, der Fraktionen oder der Abgeordneten oder als von der SPD benannte politische Beamte hauptberuflich Politik machen. Das waren etwa 4.000 von 500.000 Mitgliedern. In diesem Augenblick wunderte ich mich nicht mehr über die dramatische Niederlage der SPD. Der Betreffende verlor übrigens seinen Posten, und in den meisten Landesverbänden wurde das unter Gerhard Schröder eingeführte Top-Down-Denken in Frage gestellt. Ein Verlust von über 10 Prozentpunkten bedeutet ja, dass deutlich weniger Wahlkampfkostenerstattung gezahlt wird. Es war klar, dass die SPD sich wieder mehr auf ehrenamtlich Aktive stützen muss.

### ■ »Fenster der Möglichkeiten«

Der abgewählte Abgeordnete in meinem Unterbezirk kehrte erfolgreich in seinen Beruf als Rechtsanwalt und Notar zurück und wollte 2013 nicht noch einmal antreten. Ich wartete also ab, wer sich um die Nachfolge bemühte – gegen manche möglichen Kandidaten hätte ich eine Protest-Genekandidatur erwogen. Im Frühjahr 2012 sah es für mich aber so aus, als ob die ehemalige Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drohsel in den Startlöchern für eine Kandidatur 2013 stand – sie

kandidierte als stellvertretende Unterbezirksvorsitzende und wurde mit großer Mehrheit in dieses Amt gewählt. Die Jusos waren immer noch BSV-Mitgliedsorganisation (und sind es bis heute). Franziska hatte sich in den zwei Jahren als Juso-Bundesvorsitzende bundesweit als Parteilinke profiliert. Gegen sie anzutreten hätte politisch überhaupt keinen Sinn gemacht. Aber während ich noch darüber nachdachte, wie ich Franziska rechtzeitig vor Beginn des Wahlkampfes auf friedenspolitische Themen ansprechen könnte, kam im September die Nachricht: Sie tritt nicht an, weil sie zunächst in ihrem Beruf als Rechtsanwältin Fuß fassen möchte. Und plötzlich hieß es: »Was ist eigentlich mit Ute?«

Ich lernte also: Auch in der Parteipolitik gibt es »windows of opportunity«. Ich sagte natürlich zu, zog durch die Ortsvereine, um mich vorzustellen, und wurde am 10. Januar tatsächlich als Direktkandidatin aufgestellt. Seit 1999 hatte ich in meinem Ortsverein und Unterbezirk immer mal wieder berichtet, dass ich friedenspolitisch aktiv und fachkundig bin, dass mich (seit meiner Wahl zur BSV-Vorsitzenden immer häufiger) andere SPD-Gliederungen, aber auch Organisationen außerhalb des parteipolitischen Raums als Referentin oder PodiumsdiskutantIn einladen. Das kümmerte niemanden groß – ich war, glaube ich, vor meiner Aufstellung als Direktkandidatin insgesamt ganze drei Mal im eigenen Unterbezirk bzw. dessen Ortsvereinen zu friedenspolitischen Themen eingeladen worden. Nun hieß es plötzlich: »Du machst Friedenspolitik? Toll!«

### ■ Zustimmung zu klarer pazifistischer Position

Und es gab in den Vorstellungsrunden sehr ernsthafte Fragen dazu, wie ich mich bei einem möglichen Einzug in den Bundestag verhalten würde, wenn mal wieder über einen Auslandseinsatz der Bundeswehr abgestimmt würde. Ich habe klar und deutlich gesagt, dass ich bei allen eventuellen Kampfeinsätzen mit »nein« stimmen würde. Das stieß auf breite Zustimmung.

Steglitz-Zehlendorf gilt derzeit als fast sicherer CDU-Wahlkreis. Also spielte auch die Frage eine große Rolle, welchen Listenplatz ich bekommen würde. Die Berliner SPD hatte sich nach der Wahl 2009 selber darauf festgelegt, die Liste »im Reißverschluss« aufzustellen. Mein Einwand, dass die statutenmäßige Regelung (mindestens 40 Prozent von jedem Geschlecht) ggf. auch mal genutzt werden könnte, um mehr Frauen als Männer auf die vorderen Listenplätze zu bringen, wurde beiseite gewischt. Das wäre ja nur realistisch, wenn mindestens in der Hälfte der Wahlkreise Frauen aufgestellt würden. Und damit sei ja nun nach allen bisherigen Erfahrungen nicht zu rechnen. Aber als Ende Februar die 12 Wahlkreiskandidatu-

ren feststanden, waren jeweils sechs Frauen und sechs Männer aufgestellt worden. Nun mussten die also nach dem Reißverschlussprinzip auf die Liste verteilt werden. Für mich kam dabei letztlich Listenplatz 7 raus – nicht völlig chancenlos, aber auch alles andere als ein sicheres Ticket für den Bundestag. Ich gehöre also zu denjenigen, die erst am 22. September spät abends, vielleicht sogar erst am nächsten Morgen wissen werden, ob sie gewählt sind.

Aber egal, wie es ausgeht: Ich werde in Zukunft bei allen Gesprächen mit Abgeordneten sagen können, dass ich aus eigener Erfahrung nachvollziehen kann, was Aufstellungsprozess und Wahlkampf für Anforderungen stellen. Ich lerne das komplizierte Zusammenspiel zwischen »Basis«, Funktionären und Hauptamtlichen nochmals aus einer anderen Perspektive kennen. Und versuche derzeit, es so zu gestalten, dass ich etwas von dem politischen Umgangsstil, den ich aus meiner BSV-Arbeit kenne und schätze, in die Parteistrukturen übertrage. Das hatte ich als Unterbezirkskassiererin auch schon versucht, aber eine Wahlkreiskandidatin wird ganz anders wahrgenommen als eine Kassiererin. Franziska Drohsel hatte als Juso-Bundesvorsitzende eine »Tour de Sociale« in soziale Einrichtungen in verschiedenen Städten gemacht, die von den jeweiligen Juso-Gliederungen vorbereitet worden war. Sie bot mir an, etwas Entsprechendes für meinen Wahlkreis zu organisieren, was ich natürlich gerne angenommen habe. So ziehe ich derzeit zusammen mit bezirks- und landespolitischen MandatsträgerInnen durch Kinder-, Jugend- und Nachbarschaftszentren, besuche Organisationen, die sich im Bereich

Pflege, Beratung oder Inklusion psychisch oder physisch Erkrankter engagieren. Oft sind wir schnell am Fachsimpeln über Projektfinanzierung, über die Tücken und Chancen der Zusammenarbeit zwischen Ehrenamtlichen und bezahlten GeschäftsführerInnen oder darüber, wie die eigene Arbeit staatlichen Geldgebern gegenüber angemessen präsentiert werden kann. Die Frage, wie mit Ausgrenzung, Gewalt, Ungerechtigkeit im eigenen Land umgegangen werden kann, beschäftigt mich ja auch als BSV-Vorsitzende. Viele in meinem Unterbezirk freuen sich, dass Franziska Drohsel und ich den Fokus auf die Probleme richten, die es auch in einem im Durchschnitt eher wohlhabenden Stadtteil gibt. Die SPD war lange eine Partei, die an der Basis der Gesellschaft angesetzt hat. Sie hat zumindest lokal das Zeug dazu, es wieder zu werden.

Ich werde die SPD, auch wenn ich es in den Bundestag schaffe, nicht im Alleingang verändern können. Aber ich werde alle diejenigen nachdenklich machen können, die behaupten, dass in unseren etablierten Parteien nur diejenigen eine Chance haben, die sich an innerparteiliche Seilschaften anpassen, an phantasielose Realpolitik. Denn als Mathematikerin weiß ich: Eine allgemeine Aussage wird durch ein einziges Gegenbeispiel widerlegt.

*Dr. Ute Finckh-Krämer ist Forum Pazifismus-Redakteurin und Co-Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung (BSV). Zur Bundestagswahl kandidiert sie als Direktkandidatin im Wahlkreis Berlin-Steglitz-Zehlendorf für die SPD, auf deren Landesliste sie auf Platz 7 ist.*



**Kathrin Vogler**

## **Warum ich als Pazifistin Politik für Die Linke mache**

**Bundestagswahl 2013: Politik. Parteien. Pazifismus?**

**D**inhaltliche Grundlage meiner friedenspolitischen Arbeit ist nach wie vor die pazifistische Grundsatzerklärung „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“ Das ist heute noch so richtig wie vor 34 Jahren, als ich die Beitrittserklärung der DFG-VK unterschrieben habe. Ich engagiere mich heute auch deshalb bei der Linken, weil diese Partei

die einzige relevante ist, in der ich als Pazifistin keine geduldete Randerscheinung bin, sondern das Bild der Partei mit prägen kann. Zum Beispiel wurden in NRW immerhin drei DFG-VK-Mitglieder auf die vorderen 10 Listenplätze zur Bundestagswahl gewählt.

Die Linke sieht sich selbst als Teil der Friedensbewegung. Sie fordert das Verbot aller Rüstungsexporte, die Beendigung der Auslandseinsätze und konkrete Abrüstung. Wer in den letzten Jah-

ren an einer Friedensdemonstration teilgenommen hat, konnte die Präsenz der Linken nicht übersehen.

Natürlich finde ich es richtig, dass die Bewegung sich nicht für einzelne Parteien instrumentalisieren lässt, aber ich würde mir eher wünschen, dass auch aus anderen Parteien wieder mehr Menschen an unseren gemeinsamen Aktionen teilnehmen, als Parteien allgemein ausgegrenzt werden. Es war immer eine Stärke der Friedensbewegung, dass wir uns um gesellschaftliche Mehrheiten quer zur Parteipolitik gekümmert haben. Meinungsumfragen ergeben immer wieder große Mehrheiten für Forderungen der Friedensbewegung. Wahlentscheidend scheinen diese Themen aber leider nicht zu sein, denn sonst hätte Die Linke eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und könnte das Rüstungsexportverbot ins Grundgesetz schreiben.

### **Die Linke im Bundestag an der Seite der Friedensbewegung**

Ich bin auch deshalb zur Linken gekommen, weil ich der Meinung bin, dass eine parlamentarische Vertretung links von der SPD notwendig ist, um der Stimme der Friedens- und Antikriegsbewegungen auch im Parlament Gehör zu verschaffen. Es wäre zu einfach, Parlamentsarbeit nur, wie Rosa Luxemburg das erklärt hat, als Ausnutzen der „Tribüne“ zu verstehen, aber es ist wichtig, dass wenigstens eine Fraktion im Bundestag gegen alle Kriegseinsätze stimmt und damit der auf Parlament und Regierung fixierten Medienöffentlichkeit immer wieder abnötigt, auch über friedenspolitische Positionen zu berichten.

Alle anderen Parteien stimmen darin überein, dass die Bundesrepublik ihre außenpolitischen Interessen auch mit militärischen Mitteln verfolgen soll. Differenzen gibt es zwischen ihnen nur über die konkrete Ausgestaltung. Das zeigt sich auch in den Abstimmungen, in denen alle Fraktionen gemeinsam gegen Die Linke Kriegseinsätze durchwinken. Dabei macht es einen deutlichen Unterschied, ob einzelne „Abweichler“ dagegen sind, oder ob es eine ganze Fraktion gibt, die geschlossen „Nein“ sagt. Einzelne Gegenstimmen lassen sich immer als individuelle Entscheidungen umdeuten, die geschlossene Ablehnung einer Fraktion ist ein politisches Zeichen, das auch nach draußen Mut macht.

Ich glaube aber, dass unsere parlamentarische Wirkung noch darüber hinaus geht. Ein Beispiel ist die Arbeit im Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“, in dem ich unsere Fraktion vertrate. Auch hier sind sich alle anderen Fraktionen einig, dass das, was wir unter ziviler Konfliktbearbeitung verstehen, sich in eine vor allem militärgestützte Außenpolitik einfügen soll. Hier sehe ich meine Aufgabe darin, immer

wieder deutlich zu machen, dass zivile Konfliktbearbeitung gerade nicht die „Petersilie“ auf einer militärisch dominierten Außenpolitik sein darf.

In öffentlichen Anhörungen ist es durch die Präsenz der Linken im Parlament möglich, VertreterInnen von Friedensorganisationen – etwa von der Informationsstelle Militarisation, der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, dem Konsortium Ziviler Friedensdienst – oder Persönlichkeiten wie Andreas Buro einzuladen, die diese Position verstärken.

Und in welcher Bundestagsfraktion sonst wäre es möglich, ein Treffen der DFG-VK-Mitglieder unter den Abgeordneten durchzuführen, so wie wir das in der Linksfraktion im letzten Jahr gemacht haben? Ich möchte diese Initiative auch in diesem Jahr fortsetzen, und vielleicht wird das ja eine regelmäßige Institution.

Auch in der Linken gibt es Debatten darum, ob wir immer und in jedem Fall einen Bundeswehreinsatz ablehnen sollen. Mir ist dabei wichtig, dass wir aus dem Beispiel der Grünen, wo unter dem Vorwand des Menschenrechtsschutzes die außenpolitische „Regierungsfähigkeit“ der Partei hergestellt wurde, Konsequenzen ziehen. Ich glaube keine Sekunde, dass es Joschka Fischer um die Menschenrechte in Jugoslawien ging. Der wollte Außenminister werden und Deutschland in den UN-Sicherheitsrat befördern. Dafür musste die Friedensposition der Grünen fallen. Nun gibt es auch in meiner Partei Leute, die sehr gerne MinisterInnen oder zumindest StaatssekretärInnen werden wollen und die dafür auch unsere außenpolitische Position verschieben würden. Aber das ist eine Minderheit, die ganz große Mehrheit der Mitglieder und auch der Abgeordneten steht für eine derartige Wende nicht zur Verfügung. Dass das so bleibt, dafür werde ich mich weiter stark machen.

In einem Papier für den Bund für Soziale Verteidigung bin ich der Frage nachgegangen, warum Abgeordnete in der Friedensfrage „umkippen“ (nachzulesen im Internet unter: [www.kathrin-vogler.de/uploads/media/infoblatt\\_politische\\_fallen.pdf](http://www.kathrin-vogler.de/uploads/media/infoblatt_politische_fallen.pdf)). Ich denke, dass es hier vier Fallen gibt: Erstens setzen PolitikerInnen die Bundeswehr ein, weil es sie gibt („Verfügbarkeitsfalle“). Zweitens stellt eine Ablehnung militärischen Eingreifens ein leichtes Opfer auf dem Altar der Regierungsfähigkeit dar („innere Bündnisfalle“), und es bestehen durch die bisherigen Bundesregierungen eingegangene Verpflichtungen gegenüber UN, EU oder Nato („äußere Bündnisfalle“). Drittens glauben Abgeordnete umso eher an die inhaltlichen Begründungen von Auslandseinsätzen, je häufiger sie sie selbst gegen ihre ursprüngliche Überzeugung wiederholen („Glaubensfalle“). Und viertens verlässt sich die gesamte Fraktion oft auf die inhaltlichen Vorgaben der jeweili-



gen FachpolitikerInnen in der Fraktion („Verlässlichkeitsfalle“). All das wirkt zusammen und kann dann dazu beitragen, dass auch Abgeordnete, die als PazifistInnen gestartet sind, Militäreinsätzen zustimmen. Ich finde es wichtig, sich damit auseinanderzusetzen, weil das mehr Ansatzpunkte für Gegenstrategien bietet, als wenn man davon ausgeht, dass die „Umfaller“ einfach nur opportunistisch sind.

Für mich habe ich daraus die Konsequenz gezogen, einerseits tragfähige und glaubwürdige Alternativkonzepte zu Militär und Krieg zu entwickeln und andererseits auf die Rückkopplung mit außerparlamentarischen Bewegungen zu achten, um das politische Immunsystem der Linken gegen den Jasager-Virus zu stärken.

Wenn die KollegInnen aus den anderen Fraktionen die beharrliche Ablehnung von Kriegseinsätzen als „langweilig“ beschimpfen und eine „Weiterentwicklung“ unserer Positionen (also die Zustimmung zu Kriegseinsätzen) fordern, dann bestärkt es mich, wenn ich auf Kongressen der Friedensbewegung oder bei Aktionen genau für diese konsequente Haltung Zustimmung erhalte.

An dieser Stelle würde ich mir manchmal wünschen, dass die außerparlamentarischen Kräfte diesen Hebel mehr nutzen. Ich freue mich zum Beispiel, wenn alle 620 Abgeordnete viele Mails und Briefe mit der Aufforderung bekommen, gegen das Afghanistan-Mandat zu stimmen. Aber es wäre auch hilfreich, sich nach einer solchen Abstimmung bei denen zu bedanken und sie zu unterstützen, die das tatsächlich getan haben.

### **Friedenspolitik im Programm der Linken**

Der Friedensteil des Parteiprogramms gehört zu jenen, die am umstrittensten waren und sind. Deswegen bleibt er auch widersprüchlich. Zwar schließt Die Linke lediglich „Kampfeinsätze“ aus und fällt damit hinter die Beschlüsse der PDS zurück. Sie fordert, dass Deutschland lediglich aus den militärischen Strukturen der Nato austritt. Dennoch wird im Erfurter Programm der Ausstieg aus dem Militär als reale Vision erkennbar. Schon im ersten Satz des Kapitels bekennt sich Die Linke zur Gewaltfreiheit, sowohl zwischen Staaten als auch innerhalb der Gesellschaft. Im Weiteren beschreibt sie das Leitbild des gerechten Friedens, der mehr ist als die Abwesenheit von Krieg.

Damit greift Die Linke ein Friedensverständnis auf, wie es die Kirchen, die Friedensbewegung und Teile der Friedensforschung in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben. Das Konzept der „Vernetzten Sicherheit“ und die zivilmilitärische Zusammenarbeit werden unmissverständlich abgelehnt. Folgerichtig ist die Idee eines „Willy-Brandt-Korps“ für internationale Katastrophenhilfe. Dieses ist ausbaubar zu einer pazifistischen

Alternative zu Militäreinsätzen. Es gibt weltweit keine zivile Institution, die über die notwendige Logistik verfügt, um Hilfsgüter und spezialisierte Fachkräfte schnell in entlegene oder umkämpfte Gebiete zu bringen. Eine vollständig zivile Organisation zu schaffen, die dies bewältigen kann, könnte Militäreinsätzen einen Großteil ihrer Legitimation in der Öffentlichkeit nehmen. Der Slogan „helfen statt schießen“ bekommt damit eine reale Gestalt.

Die ausdrückliche Ablehnung von Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta (so genannte „friedensschaffende“ oder „friedens erzwingende“ Einsätze) ist eine klare Positionierung gegen den Weg, den die Grünen gegangen sind. Alle UN-mandatierten Militäreinsätze der letzten Jahre gingen weit über die Blauhelm-Definition nach Kapitel VI hinaus. Es gibt also im Programm der Linken praktisch kein Einfallstor für eine Zustimmung zu Bundeswehrein-sätzen im Ausland.

Dass Die Linke trotz ihres Bekenntnisses zu Gewaltfreiheit und ziviler Konfliktbearbeitung keine ausschließlich pazifistische Partei ist, liegt auf der Hand. Sie ist aber mit diesem Programm eine, in der PazifistInnen und AntimilitaristInnen eine wichtige Rolle spielen – bis in den Parteivorstand hinein. Diese gilt es zu verteidigen und auszubauen.

Auch wenn es derzeit nicht sehr wahrscheinlich ist: Mit Blick auf Regierungsbeteiligungen im Bund wird der Druck auf Die Linke zunehmen, ihre friedenspolitischen Positionen aufzugeben. Hier kommt es einerseits darauf an, realistische Konzepte für eine radikal friedliche Außenpolitik zu entwickeln. Der andere und sehr viel wichtigere Aspekt ist aber der: Ohne massive außerparlamentarische Unterstützung wird eine solche, grundlegend andere Außenpolitik nicht durchsetzbar sein. Ein kleiner Koalitionspartner könnte sicherlich in Koalitionsverhandlungen das Thema setzen, durchsetzen kann er sich aber nur, wenn diese Position durch starken Druck von außen unterstützt wird.

Angesichts der realen Verhältnisse in den anderen Parteien stellt sich für mich die Koalitionsfrage im Moment so ohnehin nicht. Die Sozialdemokraten, gerade auch „SPD-Linke“ fordern von uns, unsere friedenspolitischen Positionen aufzugeben, bevor eine Zusammenarbeit infrage kommt. Was die Kriege in Libyen und aktuell in Mali anbetrifft, sind es vor allem PolitikerInnen von SPD und Grünen, die nach einer stärkeren Beteiligung der Bundeswehr, also nach mehr Krieg rufen. Den Patriot-Einsatz in der Türkei bezeichnete der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Rainer Arnold, gar als Maßnahme zur „Deeskalation“. In den letzten Konflikten scheint es so, als sei die Kriegsbegeisterung bei SPD und Grünen noch größer als bei Schwarz-Gelb. Für eine solche Politik kann und wird sich Die Linke nicht



hergeben. Deswegen ist jede Stimme für Die Linke bei der Bundestagswahl eine Stimme gegen den Krieg.

Die wahrarithmetischen Spielereien können wir getrost anderen überlassen. Aus meiner Perspektive gibt es tatsächlich zwei Lager in der Bundespolitik: Das große Lager der Militärbefürworter in CDU, CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen, die glauben, dass die Bereitschaft zum Einsatz von Militär eine Bedingung der „Politikfähigkeit“ ist, auf der einen Seite und Die Linke als einzige Opposition auf der anderen Seite. Ob Merkel oder Steinbrück die nächste Bundesregierung führen, ist dabei weniger relevant als die Frage, wie stark diese linke Opposition im Bundestag sein wird. Deswegen werbe ich ausdrücklich dafür, bei dieser Bundestagswahl nicht nur Die Linke zu wählen, sondern sie auch mit außerparlamentarischem Rückenwind zu versehen, etwa

durch Wahlaufrufe, friedenspolitische Veranstaltungen oder durch aktive Unterstützung im Wahlkampf.

Nur friedlich zu denken reicht nicht aus. Es geht auch darum, eine andere Politik möglich zu machen. Und dafür bleibt Die Linke eine wichtige Bündnispartnerin der Friedensbewegung und aller KriegsgegnerInnen.

*Kathrin Vogler ist seit 1979 DFG-VK-Mitglied, in den 1990er Jahren war sie Geschäftsführerin des DFG-VK-Landesverbands Nordrhein-Westfalen und Bundessprecherin, danach war sie Geschäftsführerin des Bundes für Soziale Verteidigung. Seit 2009 ist sie Linke-Bundestagsabgeordnete. Sie kandidiert wieder für den Bundestag. Dieser Text ist erstmals in der Ausgabe 1/2013 der DFG-VK-Zeitschrift »ZivilCourage« erschienen.*



**Michael Schmid**

## **Warum ich als Pazifist keine Parteipolitik (mehr) mache**

**Bundestagswahl 2013: Politik. Parteien. Pazifismus?**

**V**on 1982 bis 1992 war ich Mitglied der Partei Die Grünen. In dieser Zeit kandidierte ich unter anderem für sie bei der Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg 1984 im Kreis Sigmaringen, war 1984/85 Kreisvorsitzender, bei der Landtagswahl 1988 Zweitkandidat und bei der Bundestagswahl 1990 Kandidat im Wahlkreis 198 (Zollernalb-Sigmaringen). Damit ist angedeutet, dass ich mich damals durchaus für diese Partei engagiert habe, bevor ich im Frühjahr 1992 wieder ausgetreten bin. Seither war ich nicht mehr Mitglied irgendeiner Partei, habe bei keinen politischen Wahlen mehr kandidiert, mich an Wahlen zwar nicht immer, aber doch zumeist beteiligt.

Ab Mitte der 1970er Jahre hatte ich begonnen, mich gesellschaftspolitisch zu engagieren. Dies geschah vornehmlich in kleinen, unabhängigen Basisgruppen, die sich der »Dritte-Welt«, Ökologie- und Friedensbewegung zurechnen ließen. Unter anderem bin ich in dieser Zeit auch Mitglied beim Versöhnungsbund und in der DFG-VK geworden.

Meine Überzeugung damals wie heute war, dass ein langfristig notwendiger gesellschaftlicher Wandel nicht nur und nicht in erster Linie

über die Parlamente erreicht werden kann. Ohne eine Bewusstseinsveränderung einer Bevölkerungsmehrheit und dem daraus entstehenden »Druck von unten« wird da nicht viel zu machen sein. Deshalb ist es mir wichtig, ein vorherrschendes Politikverständnis zu überwinden, nach dem die einzelnen Bürgerinnen und Bürger demokratische Betätigung nur in der Teilnahme bei Wahlen sehen. Vielmehr muss Demokratie für uns bedeuten, sich fortwährend in die Politik einzumischen und diese nicht mehr nur Stellvertretern in den Parlamenten zu überlassen.

Natürlich nahm ich wahr, dass es ebenfalls Ende der 1970er Jahre insbesondere aus den Reihen der Ökologiebewegung Kandidaturen bei verschiedenen Wahlen gab. Schließlich wurden die Die Grünen gegründet. Weil ich damals jeglicher Parlamentsarbeit äußerst skeptisch gegenüberstand, habe ich mich zunächst auch daran nicht beteiligt, war eher interessierter Beobachter.

Schließlich bin ich dann doch im Herbst 1982 Mitglied der Grünen geworden. Das war – zumindest, was den Zeitpunkt angeht – eine regelrechte Bauchentscheidung: Als der damalige Bundeskanzler Schmidt durch ein konstruktives Miss-

trauensvotum gestürzt wurde, schaute ich mir im Fernsehen die Bundestagsdebatte an. Das, was ich von den damals im Bundestag vertretenen Parteien zu hören bekam, rief bei mir das Gefühl hervor, dass doch dringend bei solchen Debatten auch noch etwas anderes zu hören sein sollte. Also wollte ich die Partei stärken, die mir damals als wirkliche Alternative erschien, Die Grünen. Dass ich meinen Gefühlen folgte und Mitglied der Grünen wurde, hatte allerdings durchaus auch rationale Gründe: Ich war damals schließlich zu der Meinung gekommen, dass die Betätigung auf parlamentarischer Ebene eine durchaus sinnvolle Ergänzung zu den außerparlamentarischen Aktivitäten sein könne. Mir erschien es sinnvoll, mit den Grünen der etablierten Politik eine Alternative entgegenzustellen und für diese innerhalb wie außerhalb der Parlamente zu kämpfen: Die Anliegen der Bürgerinitiativen, der Friedensbewegung und anderer Gruppen in den Parlamenten aufs Entschiedenste vertreten und die Öffentlichkeitswirkung des Parlaments nutzen und damit zu einer Verbreiterung ökologischer, friedenspolitischer und neuer sozialer Gedanken beitragen – das schien mir ein überzeugender Ansatz zu sein. Also die parlamentarische Vertretung als das »Spielbein« der Bewegung anzusehen, während das »Standbein«, die eigentliche politische Kraft, weiter die Initiativen und Bürgerbewegungen sein sollten.

Nur wenige Monate nach meinem Parteieintritt wurde ich gefragt, ob ich bereit wäre, mich im Landkreis Sigmaringen als Kandidat für die Landtagswahl zur Verfügung zu stellen, die im Frühjahr 1984 anstand. Klar war dabei von vornherein, dass aufgrund des Wahlverfahrens bei den baden-württembergischen Landtagswahlen keinerlei Aussicht darauf bestand, mit einer Kandidatur in diesem »schwarzen« Wahlkreis ins Landesparlament einzuziehen zu können. Diese Chancenlosigkeit auf einen Parlamentssitz hat sich im Übrigen bis heute nicht geändert. Deshalb hat der in Sigmaringen wohnende heutige Ministerpräsident Winfried Kretschmann auch stets im für einen grünen Kandidaten aussichtsreichen Wahlkreis Nürtingen kandidiert.

### ■ Bewusstseinsbildung durch Wahlkampf

Warum war ich dann trotz dieser Aussichtslosigkeit auf einen Parlamentssitz zu einer Kandidatur bereit? Mir war wichtig, den Wahlkampf in erster Linie zu nutzen, um zur Bewusstseinsbildung der Bevölkerung beizutragen. Allerdings war es auch ein wesentlicher Beitrag zu meiner eigenen Bewusstseinsbildung. In der Vorbereitung auf den Wahlkampf musste ich mich in viele Themen neu einarbeiten, mir Informationen einholen und viel lernen, sowohl über die Grünen, als auch die Landespolitik von Baden-Württemberg sowie den

Landkreis Sigmaringen. Dann führte ich einen intensiven Wahlkampf mit rund 30 Veranstaltungen im Landkreis und nutzte meine Kandidatenfunktion für zahlreiche Presseberichte. Dort warb ich unter anderem für eine Abkehr von einem wachstumsorientierten Industriekurs und für einen grundlegenden Gesellschaftswandel, zeigte die Gefahren einer »Sicherheitspolitik« auf, die zu einer wahnsinnigen Anhäufung von Massenvernichtungsmitteln geführt hatte sowie eine steigende Kriegsgefahr nicht zuletzt durch die in Baden-Württemberg und Bayern gerade stationierten Pershing-II-Raketen und setzte mich für »Frieden schaffen ohne Waffen« ein. Nicht müde wurde ich allerdings auch, immer wieder eindringlich darauf hinzuweisen, dass es wichtig sei, mit der Stimmabgabe die eigene politische Verantwortung nicht an Parteien und deren Vertreter zu delegieren, sondern selber aktiv zu werden oder zu bleiben. Ob die Grünen in den Parlamenten etwas erreichen können, hänge in großem Maße davon ab, was sich außerhalb der Parlamente tue. Deshalb sei die außerparlamentarische Arbeit von uns allen wichtig.

Ein paar Jahre später, bei der Bundestagswahl 1990, wurde ich von den Grünen als Kandidat in meinem Wahlkreis nominiert. Da ich mich um keinen Platz auf der Landesliste bemühte, hatte ich schon deshalb keinerlei Möglichkeit, in den Bundestag einzuziehen. Auch hier war es mir wieder wichtig, den Wahlkampf als günstige Gelegenheit zu nutzen, um für Ziele zu werben, die mir bedeutsam sind. Dabei konzentrierte ich mich schwerpunktmäßig auf Friedenspolitik. Ich trat für eine radikale Abrüstung, eine umfassende Entmilitarisierung und eine neue europäische Friedensordnung ein. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts schienen die Chancen für eine solche neue Politik ja nicht ganz schlecht. Zudem kritisierte ich das Eintreten vornehmlich konservativer Politiker für den Erhalt der militärischen Einrichtungen und gegen eine Truppenreduzierung im ländlichen Raum. Um das Problem von militärabhängigen Arbeitsplätzen und Einkommen gerade im ländlichen Raum wirklich lösen zu können, müssten alle Kräfte auf einen zivilen Umbau dieses Raumes hin konzentriert werden. Deshalb schlug ich unter anderem vor, dass zum Beispiel der Landkreis Sigmaringen einen »regionalen Abrüstungsratschlag« sowie eine Stelle für Abrüstungsplanung einrichten solle.

Das Interesse an diesen Friedens-, Abrüstungs- und Konversionsthemen war allerdings nicht besonders groß. Jetzt, über zwei Jahrzehnte später, da der Landkreis Sigmaringen von Standortschließungen betroffen ist, sind Gejammer und Wehklagen bei Politikern groß, weil sie diese Entscheidung scheinbar völlig unvorbereitet trifft.

Aber 1990 war auch das Interesse an friedens- und abrüstungspolitischen Fragen selbst im eige-

nen Kreisverband der Grünen gering. Dort hatten Winfried Kretschmann und seine Anhänger bereits ganz anderes im Sinn als gerade eine solche neue Friedenspolitik, die ihnen vor dem Hintergrund ihrer an das konservative Umfeld angepassten »Reformpolitik« sicherlich viel zu radikal war. Das konnte ich bei einer Mitgliederversammlung nach der Bundestagswahl, bei welcher die Wahl ausgewertet wurde, nochmals eindrücklich erleben. Dies war im Übrigen zugleich meine letzte Teilnahme an einer Sitzung dieser Partei.

Es dauerte noch über eineinhalb Jahre bis zum Sommer 1992, dann stand mein Entschluss fest: Nach zehn Jahren Mitgliedschaft Austritt aus der Partei Die Grünen. Es war vor allem die immer stärkere Konzentration auf die Arbeit in den Parlamenten und die Bestrebungen, an Regierungen beteiligt zu sein, die für meinen Entschluss ausschlagend waren. »Spielbein« und »Standbein« waren inzwischen gänzlich vertauscht worden.

## ■ Das Ende der Illusionen

In meiner Austrittserklärung vom 25. Juni 1992 schrieb ich unter anderem:

»Politisch ist eine Reformpolitik dringend erforderlich. Einer solchen Reformpolitik mit der erforderlichen Tiefe und Radikalität stehen DIE GRÜNEN aber in zunehmendem Maße eher im Wege als sie sie befördern helfen. Denn in dieser Partei greift immer stärker ein Politikverständnis um sich, das den Hebel für gesellschaftliche Veränderungen im Parlament sucht. Viele GRÜNE verhalten sich so, als ob es nichts Wichtigeres gäbe, als möglichst viele Wahlprozent einzufahren. Sowohl im Erscheinungsbild als auch in den Inhalten ist eine sehr starke Annäherung an die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu beobachten. Doch die schwerwiegenden politischen Entscheidungen werden nicht in den Parlamenten, sondern in den Zentralen der Banken, Großkonzerne und Industrieverbände oder zumindest unter Rücksicht auf deren Interessen gefällt. Wenn die bestehenden realen gesellschaftlichen Machtverhältnisse nicht einmal mehr richtig thematisiert werden, dann kann schon gleich gar nichts zu ihrem Abbau beigetragen werden. So kommt eine Reformpolitik zustande, die mit Reformen an den Symptomen ansetzen will, ohne die Ursachen der Krisen im Blick zu behalten. Bei diesem Vorgehen können Reformprogramme zum Umweltschutz, zur Arbeitsbeschaffung, zur Entwicklungshilfe, zur Abrüstung lediglich die Wirkung von Kopfschmerztabletten entfalten, welche die Beschwerden lindern, aber nicht die Krankheit heilen.

Ich will nicht mehr bei den GRÜNEN mitmachen, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass sich unter den gegebenen Verhältnissen die notwendigen politischen und gesellschaftlichen Ver-

änderungen in erster Linie nicht durch wählende, sondern nur durch handelnde Menschen bewirken lassen! Mit meinem Austritt aus den GRÜNEN will ich deshalb in meiner Umgebung ein Signal dafür setzen, dass es wichtig ist, seine politische Verantwortung nicht an Parteipolitiker abzutreten. Durch das Kreuzchenmachen bei Wahlen darf sich niemand aus dieser Verantwortung davonstellen. Politisches Engagement außerhalb von Parteien und Parlamenten tut not!«

Diese Entwicklung, die ich damals kritisierte, sehe ich durch den Fortgang der Geschichte bestätigt. Die Grünen traten 1998 in die Bundesregierung ein, und vorbei war es mit dem früheren Bekenntnis zur Gewaltfreiheit: Unter der rot-grünen Bundesregierung beteiligte sich Deutschland erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg zunächst am Kosovo-Krieg und war kurz darauf am Krieg in Afghanistan beteiligt. Damit wurde mit Unterstützung der Grünen etwas vollzogen, was die Kohl-Regierung zwar angestrebt, aber so zumindest zu diesem Zeitpunkt hätte nicht durchsetzen können: alle Begrenzungen für Militäreinsätze abbauen, die Bundeswehr als gleichberechtigt in den Zusammenhang von Nato und EU einbringen und an weltweiten Kriegseinsätzen teilnehmen. Hätte Kohl dies gemacht, hätte es völlig andere Widerstände gegeben als dann mit einer ziemlich geschwächten Friedensbewegung möglich war, deren einer Teil mit den Grünen zu Bellizisten mutierte. Um den Preis der Machtbeteiligung willen hat die ehemalige Friedenspartei also 1999 den Kosovo-Krieg und damit die Abkehr von einer grundsätzlich gewaltfreien Außenpolitik beschlossen.

Auch das umstrittene Bahnprojekt »Stuttgart 21« ist ein Beispiel für grüne Machtpolitik auf Kosten einer Protestbewegung. Die Protestwelle gegen das Stuttgarter Bahnprojekt sowie die atomare Katastrophe von Fukushima verbunden mit einer gestärkten Anti-AKW-Bewegung hatten maßgeblich dazu beigetragen, dass es mit Winfried Kretschmann den ersten grünen Ministerpräsidenten gibt. Kaum im Amt, zeigt sich dieser mit dem grünen Anteil seiner Landesregierung schon als Umfaller. Statt entsprechend der Hoffnungen der Bahngegner alles zu tun, um das Bahnprojekt zu stoppen, finden sich die Grünen in Land und Bund nun ziemlich klaglos mit dem Weiterbau von Stuttgart 21 ab.

Andererseits ist gerade der 2011 für Deutschland beschlossene Atomausstieg ein eindrucksvolles Beispiel dafür, welche verändernde Kraft außerparlamentarische Bewegungen entfalten können. Wer hätte denn Anfang des Jahres 2011 geglaubt, dass die schwarz-gelbe Regierungskoalition die Abschaltung von acht Atomkraftwerken noch in demselben Jahr beschließen würde? Hatte die Regierung Merkel doch eben erst eine Laufzeitverlängerung für diese AKWs beschlossen -

trotz großer Proteste der Anti-AKW-Bewegung. Dann folgte die verheerende Katastrophe von Fukushima. Die Wut, die viele Menschen angesichts der Tragödie in Japan und den Folgen für die Menschen packte, wurde zu einer Art »erneuerbarer Energiequelle« und mündete in massenhaften Protest. Förderlich dafür war das engmaschige Netzwerk der Anti-Atom-Bewegung in Deutschland, das durch das Engagement vieler hunderttausender Menschen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten geknüpft worden ist. Dieses Netzwerk war sofort nach dem 11. März handlungsfähig. Die Kanzlerin begriff sofort, dass sie vor diesem Hintergrund in der Atompolitik nicht fortfahren konnte wie zuvor. Und so wurde ein plötzlicher Wandel möglich. Ein riesengroßer Erfolg für alle, die sich oft jahre- oder jahrzehntelang in dieser Sache engagiert haben.

Das halte ich also weiter für wichtig: Bündnisse innerhalb der Zivilgesellschaft zu bilden, mit allen Gruppen, Organisationen und Institutionen, die sich bemühen, politische, sozio-ökonomische, friedenspolitische und ökologische Regulierungen, Gesetze und Verhaltensweisen zu entwickeln, welche in der Lage sind, negative Entwicklungen und Strukturen zu korrigieren. Es geht also darum, mit solchen Bündnissen politisch auf kommunaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene intervenieren zu können. Letztlich muss diese Einflussnahme darauf zielen, bestehende Institutionen und Politik dahin zu bringen, sich an den langfristigen Entwicklungszielen auszurichten. Solche wiederum ergeben sich aus der notwendigen Utopie einer Gesellschaft, in der alle Platz haben, also in Übereinstimmung mit der Natur leben können. Außerordentlich hilfreich ist es, wenn in solchen Bündnissen alte soziale Bewegungen wie Gewerkschaften mit den neuen sozialen Bewegungen zusammenarbeiten. Und dann geht es auch darum, Bündnispartnerinnen und -partner innerhalb der bestehenden politischen Institutionen zu gewinnen. Aktuelle Beispiele solcher Bündnisse, die aber wiederum nur sehr punktuell ansetzen, sehe ich unter anderem in der »Kooperation für den Frieden«, dem Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen« und seinen Kampagnen, der Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«, der Drohnen-Kampagne, der Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr«, der Kampagne »Steuer gegen Armut«, der Kampagne für Saubere Kleidung.

### ■ Ein grundlegender Wandlungsprozess ist notwendig

Doch das alles wird meines Erachtens nicht ausreichen, um die großen Herausforderungen zu bewältigen, vor welchen wir stehen. Dazu gehört die Entwicklung eines Wirtschaftssystems, »das die Begrenztheit der Erde ernst nimmt und deshalb

deren reiche Ressourcen nur für die qualitative Verbesserung des Lebens der Weltbevölkerung nutzt – nicht aber für das Wachstum der Renditen von Kapitaleigentümern.«<sup>1)</sup> Eine weitere Herausforderung – zum Teil damit zusammenhängend – ist die Überwindung von Kriegen und anderen Formen von Gewalt. Deshalb muss es um einen notwendigen tiefgreifenden gesamt-kulturellen Wandel gehen. »Es muss um die Gewinnung grundsätzlich neuer Formen von Kultur, Lebensführung und Gesellschaftsgestalt gehen«, so Ulrich Duchrow. »Sie muss mehr auf Kooperation statt Konkurrenz aufgebaut sein, eine neue Balance weiblicher und männlicher Wesenszüge enthalten, auf jeden Fall die Grundbedürfnisse der Menschen und die Überlebensfähigkeit der natürlichen Grundlagen in den Vordergrund rücken – im Gegensatz zu Reichtums- und Herrschaftswachstum. Dessen Erfolg wird traditionell gemessen an einem einzigen Indikator, dem (monetär ausgedrückten) Wachstum des Bruttosozialprodukts.«<sup>2)</sup>

Neben den unmittelbaren politischen Interventionen mit unseren Bündnissen, mit denen wir die schlimmsten Übel abzuwenden versuchen, muss es also in langfristiger Perspektive um einen solchen grundlegenden Wandlungsprozess gehen. Deshalb gilt es, möglichst viele Menschen zu gewinnen, »um sich dem konkreten emanzipatorischen Kampf anzuschließen, der um der Menschheit und der Erde und damit auch um ihrer selbst und ihrer Nachkommen willen geführt werden muss. Nur von unten kann eine neue Ordnung wachsen unter direkter Partizipation der ganzen Vielfalt solidarisch gewordener Menschen und Gruppen.«<sup>3)</sup>

Es gilt also, die Zusammenhänge zu verstehen und in transformatorischer Weise zu handeln. Hierfür würde es sehr hilfreich sein, wenn sich Menschen zu Basisgemeinschaften zusammenschließen, kleine Zellen bilden. Willi Haller hat ein damit verbundenes Politikverständnis für mich in seinem Buch »Ohne Macht und Mandat« überzeugend dargelegt. So überzeugend, dass es mir bei meinem Abschied von meinen parteipolitischen Illusionen sehr hilfreich war.

Haller führt aus: Wer politisch etwas verändern wolle, ohne dabei die Instrumente von Macht, Herrschaft und Gewalt zu verwenden, dem bleibe die Bildung von Gemeinschaften von

- 
- 1) Ulrich Duchrow und Franz Segbers (Hrsg.): Frieden mit dem Kapital? Wider die Anpassung der evangelischen Kirche an die Macht der Marktwirtschaft. Publik-Forum Verlagsgesellschaft, Oberursel 2008, S. 8
  - 2) Ulrich Duchrow: Wahrheit, Versöhnung und Neuanfang auch im Westen?, in: Wahrheit, Versöhnung und Neuanfang auch im Westen- oder nur im Süden und Osten? Von Ulrich Duchrow, u.a., Sonderdruck der Junge Kirche, Beilage zu Heft 4/April 1997, S. 83 f.
  - 3) Ulrich Duchrow/Reinhold Bianchi/René Krüger/Vincenzo Petracca: Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung. Verlag: Vsa; Publik-Forum, 2006, S. 397



gleichgesinnten Menschen. Diese Gemeinschaften betrachten sich »gemeinsam als eine Pioniergesellschaft, deren Aufgabe es ist, unter Verzicht auf Macht und Mandat ihren politischen Willen innerhalb der eigenen Strukturen zu verwirklichen, also sich selbst individuell und kollektiv in die Pflicht zur Umkehr und zur Veränderung zu nehmen. Sie gleichen so den Pionierpflanzen, die nach Naturkatastrophen oder in unwirtlichen Gebieten als erste Boden besiedeln und ihn so vorbereiten für die Besiedlung durch andere.«<sup>4)</sup>

Das vorrangige Ziel der politischen Arbeit ist dann »nicht die nationalstaatliche Großgesellschaft, sondern die Bildung einer alternativen Gesellschaft innerhalb der Großgesellschaft, ohne sich durch deren Grenzen einschränken zu lassen. Dabei geht es im ersten Schritt um die Bildung von Basisgemeinden, also von überschaubaren solidarischen Gemeinschaften. (...) Die Veränderung der eher ablehnend und feindselig gesinnten Großgesellschaft ist erst als sekundäres, indirektes Ziel ins Auge gefaßt (...). Die Vorstellung von der Veränderung der politischen Landschaft der Großgesellschaften basiert nicht auf Mitteln der Macht. Die Veränderung soll also nicht erzwungen werden. Sie ist nicht mehr als ein Angebot, das auf einem konkreten gesellschaftlichen Beispiel aufbaut.«<sup>5)</sup>

### ■ »Jesuanische Politik«

Nach Willi Haller ist also das beispielhafte Handeln einer Gemeinschaft der Weg, der letztlich auch zur politischen Veränderung führen soll. »Jesuanische Politik«, wie er seinen Ansatz bezeichnet, »unter Verzicht auf die Ausübung von Macht und Herrschaft kann als Träger für ihre Durchsetzung nur auf die Gemeinschaft der Gleichgesinn-

ten bauen und auf die Hoffnung, daß diese Gemeinschaft wächst, sich mit anderen netzartig verbindet und schließlich für die nationalstaatlichen Großgesellschaften zum nachahmenswerten Beispiel wird. Dieser Weg zur Durchsetzung politischer Ziele beginnt also mit dem Selbstversuch und der Selbstverpflichtung, individuell wie kollektiv. Dabei kann die kollektive Dimension nicht hoch genug bewertet werden. Schließlich geht es vor allem um soziale Probleme und damit um die solidarische Gemeinschaft und Gesellschaft, die irgendwann weltumspannende Dimensionen annehmen muß.«<sup>6)</sup>

Diese Gedanken aufnehmend geht es mir um eine Art Doppelstrategie. Einerseits der Versuch, solche Gemeinschaften und kleine Zellen zu bilden, die gemeinsam neue Formen des Wirtschaftens entwickeln sowie soziale und politische Verantwortung übernehmen. Es geht dabei insgesamt um ein klares Nein zum gegenwärtigen polit-ökonomischen Gesamtsystem, glaubwürdig gemacht durch die Modellarbeit an radikalen Alternativen im Kleinen. Andererseits sind unmittelbare politische Interventionen erforderlich, um die Macht zumindest ein Stück weit zu zähmen. Hierfür ist die Bildung von Bündnissen auf allen Ebenen erforderlich, um sich damit politisch einmischen zu können. Hierfür können auch Bündnispartnerinnen und -partner in Parteien und Parlamenten sinnvoll sein. Wer sich als Pazifistin, als Pazifist zutraut, diesen Weg zu gehen, ohne sich dabei verbiegen zu lassen, soll ihn gehen. Möglichst illusionslos. Und möglichst, ohne bei anderen Illusionen zu schüren, was auf diesem Weg möglich ist. Mein eigener Weg ist das nicht (mehr).

*Michael Schmid ist Forum Pazifismus-Redakteur, Mitglied in der DFG-VK, im Versöhnungsbund und im BSV und engagiert im Lebenshaus Schwäbisch Alb.*



4) Willi Haller: Ohne Macht und Mandat: Der messianische Weg in Wirtschaft und Sozialem. Wuppertal 1992, S. 39 f.

5) ebd., S. 40

6) ebd., S. 46

Ullrich Hahn

# Warum ich mich als Pazifist nicht an Parlamentswahlen beteilige

Bundestagswahl 2013: Politik. Parteien. Pazifismus?

**E**s gibt viele Dinge, die ich nicht habe, und Verhaltensweisen, die ich unterlasse, ohne deshalb auf Unverständnis zu stoßen. Nicht so bei politischen Wahlen.

Seit mehr als 35 Jahren nehme ich nicht mehr an Wahlen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene teil. Soweit mir dieses Unterlassen überhaupt der Rede Wert ist, empfinde ich die Reaktionen hierauf immer als unverhältnismäßig gewichtig, so als ob der Gang zur Wahlurne Bekenntnischarakter besäße und sich aus der Gemeinschaft der vernünftig und politisch denkenden Bürgerinnen und Bürger ausschließe, wer nicht zur Urne geht.

Ich selbst sehe in dem Wegbleiben überhaupt kein Bekenntnis, spüre aber, wie schwierig das Gespräch darüber ist, weil diesem Akt eine in meinen Augen unverhältnismäßige Bedeutung zugemessen wird. Mit ein paar Gedanken versuche ich, meine eigene Haltung zu begründen:

## »Ich lehne Gewalt ab, auch Staatsgewalt«

Als Kriegsdienstverweigerer lehne ich den Gebrauch von und die Teilnahme an jeder verletzenden oder gar tötenden Gewalt gegen Menschen ab. Darin eingeschlossen ist auch die Staatsgewalt, von der Max Weber sagt, sie sei das Monopol legitimer physischer Gewalt, und die nach Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes vom »Volk« durch die Wahlen legitimiert wird. Bei der Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt in Gestalt von Militär, Polizei, Strafjustiz und Bürokratie stehe ich in der Regel beruflich und privat auf der anderen Seite, eben bei den Opfern dieser Art von Gewalt, den Flüchtlingen, Strafgefangenen, Hartz-IV-Empfängern und anderen ausgegrenzten Menschen.

## »Der Kaiser ist nackt«

Ich möchte selbst auch nicht die Illusion befördern, die für viele Menschen mit dem erhofften Ausgang einer Wahl verbunden ist.

Wahlen verlagern die Verantwortung des Volkes auf einige Vertreter, die nach meiner Überzeugung aber gar nicht in der Lage sind, die in sie gesteckten Erwartungen zu erfüllen. In Wirklichkeit ist »der Kaiser nackt«, und es gilt, dies nicht zu verschweigen (»Ehrlichkeit ist besser denn alle Politik«, Kant, Zum ewigen Frieden).

Die gegenwärtigen Probleme der Menschheit (Frieden, Gerechtigkeit, Umwelt) sind nicht von oben, sondern nur durch die Übernahme von Eigenverantwortung seitens der einzelnen Menschen zu lösen.

## Global denken, lokal handeln

Auch wenn ich dem Staat wegen seiner ihm innewohnenden Gewalt fremd bin, suche ich doch »der Stadt Bestes« (so der Prophet Jeremia an die nach Babylon verschleppten Juden). Es geht um das Wohl der **Stadt, nicht des Staates** – wobei hier die »Stadt« als der reale Ort gemeint ist, wo Menschen zusammen leben. Dieses Zusammenleben ist unter größtmöglicher Mitwirkung aller Bewohner zu gestalten und kann auch nur hier von den Menschen selbst gestaltet werden.

Die »Stadt« ist auch der Ort der gemeinsamen politischen Meinungs- und Willensbildung in einem offenen Diskurs und nicht durch das Mittel einer geheimen Stimmabgabe. Dieser Diskurs muss auch gerade nicht provinziell verengt sein, sondern kann dem entsprechen, was wir unter »global denken – lokal handeln« verstehen.

Der Rahmen einer solchen, von der »Stadt« ausgehenden Politik ist dann nicht mehr auf den Nationalstaat mit seinen künstlichen Grenzen bezogen, sondern auf das lokale Umfeld einerseits und die globalen Menschheitsprobleme andererseits.

## Konkrete Entscheidungen statt Versprechen in theoretischen Parteiprogrammen

Statt der periodischen Parlamentswahlen gilt es, alltägliche Entscheidungen zu treffen über das Geld (wie es verdient, ausgegeben und angelegt wird), die verantwortbaren Verkehrsmittel, das Maß und die Herkunft der Energie und anderes mehr. Bei diesen »Wahlen« geht es um praktische Sachentscheidungen und nicht mehr um theoretische Parteiprogramme und die darin enthaltenen Versprechen.

## Das Ende des »kleineren Übels«

Der Verzicht auf die Teilnahme an Parlamentswahlen ist auch das »Ende des kleineren Übels« (Harald Welzer im Spiegel 22/2013).

Hannah Arendt wendet sich schon in anderem Zusammenhang («Was heißt persönliche Verantwortung unter einer Diktatur?», 1964) gegen das Argument des kleineren Übels, welches bei den Befürwortern von Wahlen oft eine wichtige Rolle spielt: »Die Schwäche dieses Arguments bestand schon immer darin, dass diejenigen, die das kleinere Übel wählen, rasch vergessen, dass sie sich für ein Übel entscheiden.«; oder Welzer: »Die zur Gewohnheit gewordene Entscheidung für das kleinere Übel ist die eigentliche Ermöglichung des größeren«.

Der Verzicht auf die Teilnahme an Wahlen bedeutet dabei aber nicht, das oder die Übel weiterhin hinzunehmen, sondern sie eigenverantwortlich und in Gemeinschaft zu überwinden, d.h. die Dinge wieder in die eigene Hände zu nehmen und selbst politisch zu handeln.

In einem Aufsatz noch vor der »Wende« 1989 («Anatomie einer Zurückhaltung») schrieb Vaclav Havel über die Art seiner eigenen damals praktizierten Politik: »Der Dissident operiert nämlich überhaupt nicht in der Sphäre der faktischen Macht. Er strebt nicht nach Macht. Er sehnt sich nicht nach Funktion und sammelt keine Wählerstimmen. Er versucht nicht, das Publikum zu bezaubern, bietet niemanden etwas an und verspricht nichts. Wenn er etwas anbietet, dann nur seine Haut. Und die bietet er nur an, weil er kein anderes Mittel hat, die Wahrheit zu bekräftigen, in der er steht. Er artikuliert in seinem Handeln nur seine Würde als Bürger, ohne Rücksicht darauf, was er dafür erntet. Der ureigentliche Ausgangspunkt seines »politischen« Wirkens liegt also auf sittlichem und existenziellem Gebiet, dass auch die »Politik außerhalb der Politik«, die »Politik außerhalb der Macht« ihren Sinn hat, dass – und sei es noch so auf verborgenem und kompliziertem Wege – auch sie etwas hervorruft, etwas erreicht, etwas bewirkt...«

### **Das durch Macht, Herrschaft und Gewalt »verderbte Urteil der Vernunft«**

Seit Platon ist die Politik der »(Staats)Macht« eine dauerhafte Versuchung in der Demokratie und für die Demokraten, mit Hilfe der Mehrheit oder auch nur geduldet von der Mehrheit, Kraft eigener Vernunft für das Volk und über das Volk zu herrschen. Auch hier widerspricht Kant (in seiner Spätschrift »Zum ewigen Frieden«): »Dass Könige philosophieren oder Philosophen Könige würden, ist nicht zu erwarten, aber auch nicht zu wünschen: weil der Besitz der Gewalt das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich verdirbt.«

Damit ist nicht gesagt, dass nicht auch Menschen irren können, die keinen Anteil an der (Staats-)Gewalt haben. Der Irrtum gehört zum menschlichen Maß. Wo der Irrtum aber mit Macht verbunden ist, sind die politischen Folgen des

»verderbten Urteils der Vernunft« allenthalben unerträglich.

*Ulrich Hahn ist Rechtsanwalt und Präsident des deutschen Zweigs des Internationalen Versöhnungsbundes.*

(eine pazifistische Position)

**Auf den Punkt gebracht:**

**„Kein Land, auf das ich schwöre“**

Vaterlandsliebe und Bilder vom Feind – was verlangt ihr von mir!

Loyalität für Junkies der Macht kriegt ihr nicht von mir,

lieber im Schoß von mei´m süßen Schatz als ein Narr an der Front,

besser den Mut zur Feigheit als ein Fähnrich im Sand

Wir sind Deserteure.

Wir sind Deserteure.

Kein Land, auf das ich schwöre.

Wir sind Deserteure.

Die roten Flecken auf meinem Hemd sind Wein und nicht Blut.

Massenmorde und Inquisition machen mir keinen Mut.

Ich schlafe mit eintausend Ideologien und bin darin Held.

Ich lebe im Osten, im Westen, überall in der Welt.

Wir sind Deserteure...

Wir stoppen das Rad der Geschichte, du und ich Hand in Hand.

Wir flüchten vor Fahnen und laufen über ins Niemandsland.

Wir sind Deserteure...

**Wolf Maahn. Deserteure.**

*Erstmals auf der im September 1982 veröffentlichten Langspielplatte (So etwas gab es früher; wer nicht weiß, was das ist, kann „googeln“ – wer nicht weiß, was das ist, muss es auch nicht tun, weil er weiß, was eine Langspielplatte ist ...) »Deserteure« erschienen, wiederveröffentlicht im Februar 2008 (erhältlich bei iTunes, Amazon, AmazonMp3).*

Theodor Ziegler

# Eine Volkskirche auf dem Weg zur Friedenskirche?

## Die Friedensdiskussion in der Evangelischen Landeskirche in Baden

**M**it dem »Frieden des Herrn werden jeden Sonntag die Gottesdienstbesucher in die neue Woche gesendet. Welcher Lebensbereich ist hierbei im Blick? Sicherlich der familiäre, der berufliche, der gesellschaftliche. Hier sind Nächsten- und Feindesliebe, Gewaltfreiheit und Vergebungsbereitschaft wichtige Tugenden für ein gelingendes Miteinander.

Doch wie sieht es mit dem christlichen Friedenszeugnis im Miteinander zwischen den Nationen aus? Hier scheint für die Volkskirchen der bei jeder Taufe zitierte »Missionsbefehl« Jesu, »alles zu halten, was ich euch geboten habe« (Mt 28,20), nicht mehr uneingeschränkt zu gelten. Anders ist es nicht zu erklären, dass zum Beispiel die evangelischen Landeskirchen in ihrer fast 500-jährigen Geschichte noch nie einen Krieg abgelehnt<sup>1)</sup> haben, geschweige denn ihre Mitglieder zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen hätten. Seit der Konstantinischen Wende vor ziemlich genau 1.700 Jahren, die zwar die Verfolgung der Christen im römischen Reich beendete, jedoch eine immer stärkere Verbindung von Thron und Altar zur Folge hatte, ist die kirchliche Akzeptanz militärischer Gewalt zur Selbstverständlichkeit geworden.

Christliche Geistliche zogen seit dem Jahr 313 mit den römischen Heeren in den Krieg.<sup>2)</sup> Ging es die meiste Zeit um die magische Vorstellung zur Sicherung des Kriegsglücks – selbst das US-Flugzeug mit der Atombombe für Hiroshima wurde mit dem Gebet eines lutherischen Militärpfarrers in den Einsatz verabschiedet<sup>3)</sup> –, so sieht die heutige Militärseelsorge in der Bundeswehr ihren Auftrag in der seelsorgerlichen Begleitung der einzelnen Soldaten. Kriegsgegner oder Kriegsdienstverweigerer wurden kirchlicherseits erst nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges ernstgenommen. In der Reformationszeit erlitten pazifis-

tisch<sup>4)</sup> eingestellte Christen oft ein schlimmes Schicksal wie weiland Michel Sattler aus Sulzburg bei Freiburg im Breisgau, der 1527 in Rottenburg *am* Neckar in Stücke zerrissen und dessen Frau *im* Neckar ertränkt wurde.<sup>5)</sup> Im Zweiten Weltkrieg wurden die wenigen von vorneherein verweigernden christlichen Pazifisten wie Herman Stöhr, Franz Jägerstätter und Max Josef Metzger von ihren Kirchen im Stich gelassen. Auch für die über 21.000 hingerichteten Deserteure<sup>6)</sup> gab es so gut wie keine kirchliche Fürsprache. Und noch 1961 schrieb der badische Landesbischof Julius Bender an den um die Beratung von Kriegsdienstverweigerern bemühten Mannheimer Pfarrer Ludwig Simon: »Wer aus seiner politischen Sicht die Kriegsdienstverweigerung als geboten ansieht, soll das [...] tun ohne Inanspruchnahme der Kirche. Wo kommt unser Staat hin, wenn die Kriegsdienstverweigerung zum politischen Kampfmittel wird?«<sup>7)</sup>

Ab der Wiederaufrüstung in den 1950er Jahren versuchte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), die beiden gegensätzlichen Auffassungen jeweils als sich gegenseitig bedingende – komplementäre – christliche Handlungsoptionen zu deuten; salopp ausgedrückt: Friedensdienst mit und ohne Waffen. Allein die Kirchen in der DDR waren etwas mutiger und erklärten 1965 den Dienst der (waffenlosen) Bausoldaten als »ein deutlicheres Zeugnis des gegenwärtigen Friedensgebotes unseres Herrn.«<sup>8)</sup>

Als nach der Wende 1989 die vielfach erhoffte Abrüstung und Friedensdividende ausblieb, die Bundeswehr dafür ein weltweites Betätigungsfeld erhielt und der deutsche Waffenhandel zur Weltspitze aufrückte, kam neue Bewegung in die evangelische Friedensethik: In ihrer Denkschrift »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen« aus dem Jahre 2007 erteilte die EKD der Lehre vom Gerechten Krieg die Absage und betonte die Vorrangigkeit der Gewaltfreiheit. Es gelte nun, sich entsprechend der biblischen Aussage,

- 1) Luthers Ablehnung des Bauernkrieges ausgenommen
- 2) [http://de.wikipedia.org/wiki/Milit%C3%A4rseelsorge\\_%28Deutschland%29#Geschichte](http://de.wikipedia.org/wiki/Milit%C3%A4rseelsorge_%28Deutschland%29#Geschichte) – Zugriff am 8.6.2013
- 3) »Allmächtiger Vater, der Du die Gebete jener erhörst, die Dich lieben, wir bitten Dich, denen beizustehen, die sich in die Höhen Deines Himmels wagen und den Kampf bis zu unseren Feinden vortragen. [...] Wir bitten Dich, daß das Ende dieses Krieges nun bald kommt und daß wir wieder einmal Frieden auf Erden haben. Mögen die Männer, die in dieser Nacht den Flug unternehmen, sicher in Deiner Hut sein, und mögen sie unverehrt zu uns zurückkehren. Wir werden im Vertrauen auf Dich weiter unseren Weg gehen; denn wir wissen, daß wir jetzt und für alle Ewigkeit unter Deinem Schutz stehen. Amen.« – [http://de.wikipedia.org/wiki/Atombombenabwurf%3BCrfe\\_auf\\_Hiroshima\\_und\\_Nagasaki](http://de.wikipedia.org/wiki/Atombombenabwurf%3BCrfe_auf_Hiroshima_und_Nagasaki) – Zugriff am 8.6.2013

- 4) Diese moderne Bezeichnung kommt von der lateinischen Version von Mt 5,9 (Beati pacifici – Selig die Friedensstifter)
- 5) [http://de.wikipedia.org/wiki/Michael\\_Sattler](http://de.wikipedia.org/wiki/Michael_Sattler) – Zugriff am 8.6.2013
- 6) <http://www.deserteure-hannover.de/> – Zugriff am 8.6.2013
- 7) [http://www.konradfischer.de/pdfs/2009\\_07\\_23\\_LS\\_Endfassung\\_Nachtraege.pdf](http://www.konradfischer.de/pdfs/2009_07_23_LS_Endfassung_Nachtraege.pdf), S. 20 – Zugriff am 8.6.2013
- 8) Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (2007): Nein zu Krieg und Militär – Ja zu Friedensdiensten, Bremen, S. 360



dass Frieden die Frucht von gerechten Verhältnissen sei,<sup>9)</sup> um den Gerechten Frieden zu bemühen. Doch dabei scheinen der EKD militärische Mittel (im Klartext: Krieg) als ultima ratio unverzichtbar. Als »Prüfkriterien« gekennzeichnet feiert die Lehre vom Gerechten Krieg wieder fröhliche Urständ im EKD-Konzept des Gerechten Friedens. Dass nur ein solches Ergebnis von der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung gezeitigt werden konnte, erklärt sich durch einen Blick auf deren damalige Zusammensetzung: Von den 21 Mitgliedern waren neun Vertreter/innen derjenigen Bundestagsparteien, die im Zweifel militärische Gewalt bejahen,<sup>10)</sup> sowie ein Bundeswehrgeneral, jedoch überhaupt kein/e Vertreter/in einer christlich-pazifistischen Position.

### ■ Eingabe an die Landessynode

Überschrieben mit der damaligen Jahreslosung »Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem« (Rö 12,21) richteten der Arbeitskreis Frieden und die Bezirkssynode Breisgau-Hochschwarzwald 2011 eine Eingabe an die badische Landessynode: Dass das Böse nur durch das Tun des Guten überwunden werden könne und eine Seite damit anfangen müsse, seien die Wesensmerkmale christlicher Friedensethik. Und diese habe auch über den Nahbereich hinaus Bedeutung im Zusammenleben der Völker. Insbesondere die Entwicklungen im Afghanistankrieg sowie die deutschen Kriegswaffenexporte forderten eine Kritik an der bisherigen EKD-Position heraus. Solange der Staat tausendmal mehr Geld für die kriegerische Option ausbehalte als für den Zivilen Friedensdienst, könne von einer vorrangigen Option für die Gewaltfreiheit nicht die Rede sein. Überdies zeigten die bisherigen historischen und aktuellen Beispiele, dass Gewaltfreiheit nur wirkmächtig werde, wenn sie die einzige Option darstelle.<sup>11)</sup> Es sei deshalb eine Form politischer Diakonie, sich für die Entwicklung nichtmilitärischer Konfliktregelungen gerade auch im internationalen Bereich einzusetzen.

Da Gewaltfreiheit im Unterschied zu militärischer Gewalt nicht direktiv verordnet werden könne, sondern vom Engagement vieler Menschen lebe, sei eine breite Diskussion in den Gemeinden und Kirchenbezirken erforderlich.

9) Gerechter Friede – ein urbiblisches Anliegen: Jes 2 (Gewaltfreie Konfliktlösung/ Rüstungskonversion/Kriegsdienstverweigerung); Jes 32 (Friede ist die Frucht der Gerechtigkeit); Ps 85 (Gerechtigkeit und Frieden werden sich küssen.) Spr 14,34 (Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben.)

10) Wie mir der verteidigungspolitische Sprecher der Linken, MdB Paul Schäfer, am 1.6.2013 am Rande des IPPNW-Kongresses »Zielscheibe Mensch« in Villingen sagte, gab es an seine Partei keine Einladung.

11) Der erfolgreiche, von der biblisch begründeten Gewaltfreiheit geleitete Bürgeraufstand in der DDR scheint für viele Christen bereits in Vergessenheit geraten zu sein.

### ■ Positionspapier des Oberkirchenrats

Das Präsidium der badischen Landessynode nahm die Eingabe an und beauftragte den Evang. Oberkirchenrat mit der Erstellung eines Positionsentwurfs<sup>12)</sup> für den friedensethischen Diskussionsprozess in der Landeskirche. Der Entwurf wurde im Frühjahr 2012 den Kirchenbezirken zugeleitet und bildete die Basis des bis Ende April 2013 stattgefundenen Diskussionsprozesses. Folgende Kernpunkte daraus seien genannt:

- Die meist humanitär begründeten Interventionskriege (Balkan, Irak, Afghanistan, Libyen) zeigten, dass sie die menschenrechtliche Problematik eher verschärfen als dass sie sie zu lösen vermögen. Auch müssten die wirtschafts- und machtpolitischen Eigeninteressen der intervenierenden Staaten hinterfragt werden.
- Eine gesamtbiblische Perspektive lasse keine theologische Rechtfertigung von Krieg zu. Das mit der Ebenbildlichkeit Gottes charakterisierte biblische Menschenbild, die prophetische Kriegskritik und als Frucht der Gerechtigkeit entwickelte Friedensvision sowie die von Jesus gelehrt und gelebt aktive Gewaltfreiheit erforderten einen Dritten Weg der Konfliktbearbeitung zwischen Passivität einerseits und Krieg andererseits.
- Der »ökumenische Aufruf zum gerechten Frieden« (für die ökumenische Friedenskonvokation 2011 in Kingston/Jamaika) mache klar, dass es nicht ausreiche, Krieg lediglich zu verurteilen. Krieg müsse deshalb ein für alle Mal geächtet werden und dürfe für Christen nicht mehr zu den Handlungsoptionen gehören. Deshalb seien in der Nachfolge Jesu gewaltfreie Methoden die für Christen gebotene und politische vernünftige Handlungsoption zur Verteidigung von Menschenrechten und zur Überwindung von Unrecht und Unterdrückung.
- Gleich dem nationalen Ausstiegsgesetz aus der atomaren Energiegewinnung gelte es, ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung zu entwerfen.
- Der Kriegswaffenexport solle unverzüglich und ausnahmslos verboten werden.
- Die kirchliche Friedensforschung und Friedenspädagogik – vor allem auch in der Ausbildung kirchlicher Mitarbeiter/innen – sollen personell und institutionell ausgebaut werden.

### ■ Der Koordinationskreis

Die Initiatoren der Eingabe gewannen aus dem Kreis der ehemaligen Verfahrensbeistände für

12) [http://www.ekiba.de/download/Friedensethik\\_Broschuere\\_A4\\_Positionspapier%281%29.pdf](http://www.ekiba.de/download/Friedensethik_Broschuere_A4_Positionspapier%281%29.pdf) – Zugriff am 8.6.2013

Kriegsdienstverweigerer und der Arbeitsstelle Frieden im Evangelischen Oberkirchenrat eine Gruppe von ca. 15 Personen zur Vorbereitung und Referententätigkeit beim vorgesehenen Diskussionsprozess in Bezirken und Gemeinden. Hierzu wurde ein Reader<sup>13)</sup> mit der Eingabe und mit Hintergrundtexten zu einer christlich-pazifistischen Positionierung sowie Präsentationsmaterialien erstellt.

### ■ Der Diskussionsprozess

23 der 25 Kirchenbezirke gaben nach ein- oder mehrmaligen Beratungen unterschiedlichster Intensität in ihren Bezirkssynoden, Pfarrkonventen bzw. in interessierten Kirchengemeinden rechtzeitig bis Ende April 2013 ein Votum an die Landessynode ab, ein weiterer Kirchenbezirk hat dies für Juni angekündigt. Darüber hinaus äußerten sich 18 kirchliche Verbände, auch die Evang. Gemeindejugend sowie 11 Einzelpersonen. Eine detaillierte Auswertung läuft im Augenblick. Generell wird das erneute friedensethische Nachdenken von allen Beteiligten begrüßt<sup>14)</sup>, wenngleich die beiden Knackpunkte (Gewaltfreiheit als einzige Handlungsoption in der Nachfolge Jesu und demzufolge die Forderung nach einem mittelfristigen Ausstiegszenario aus dem Militär) die unterschiedlichsten Reaktionen hervorriefen.

### ■ Entscheidungsfindung

Auf einem internen Studientag am 7. Juni 2013 machte sich die Landessynode anhand von verschiedenen Vorträgen (u.a. Prof. Dr. Fernando Enns, mennonitischer Theologe in Hamburg/Amsterdam, pro Positionspapier sowie Pfr. Dirk Rademacher, persönlicher Referent des derzeit in Mali weilenden Militärbischofs Dutzmann, pro EKD-Position 2007) sowie in acht Workshops zu Einzelaspekten ein eigenes Bild. Auch wurden die ersten Ergebnisse der bezirklichen Voten vorgestellt. Auf der Herbstsynode soll dann ein Beschluss über eine mögliche Neuorientierung evangelischer Friedensethik gefasst und gegebenenfalls an die EKD weitergeleitet werden.

### ■ Wichtige Einwände

In den von mir miterlebten Diskussionen auf den verschiedenen Ebenen der Landeskirche wurden folgende Kritikpunkte geltend gemacht:

- Deutschlands gewachsene Bedeutung in der Welt sowie die Bündnisverpflichtung lasse einen Verzicht auf Militär nicht zu.

- Israel könne sich nur mit Hilfe seines Militärs behaupten.
- Nazideutschland sei erst durch den Kriegseintritt der USA gestoppt worden.
- Man könne doch nicht einfach zusehen, wenn in Syrien oder Mali Menschen abgeschlachtet würden.
- Die Bundeswehr sei nichts anderes als eine Polizei im Äußeren.
- In der noch nicht erlösten Welt müsse dem Bösen mit militärischen Mitteln Paroli geboten werden.
- Schuldig werde man so oder so.
- Mit einer pazifistischen Position greife man Gottes kommendem Friedenshandeln vor.
- Das Neue Testament sei nicht so eindeutig gegen militärische Gewalt. (Teils unter Berufung auf den Heidelberger Theologen Gerd Theissen)
- Viele »Jesus-Worte« seien nach historisch-kritischer Erkenntnis gar nicht von Jesus und deshalb für uns heute nicht bindend.
- Die kriegsbejahenden Aussagen des Alten Testaments könnten nicht »an einem Samstagvormittag« außer Kraft gesetzt werden.
- Die Forderung nach Gewaltverzicht in der Bergpredigt gelte nur im persönlichen Bereich – damals in der Auseinandersetzung zwischen christlicher Urgemeinde und jüdischer Synagogengemeinde, nicht jedoch für die Außenpolitik eines Staates.
- Was solle man als Pfarrer/in den Soldat/en/innen und Rüstungsmitarbeiter/innen seiner Gemeinde sagen? Diese fühlten sich durch das Positionspapier möglicherweise »exkommuniziert«.
- Soldat/en/innen dürften bei ihrem schweren Dienst im Auslandseinsatz nicht alleine gelassen werden, sondern brauchten eine seelsorgerlichen Begleitung.
- Die Forderung nach einem mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung – gleich dem Atomausstieg – sei blauäugig und unrealistisch.

### ■ Meine subjektiven Beobachtungen

- Die Themenstellung einer biblisch begründeten gewaltfreien Friedensethik ist für viele Christen in den kirchlichen Gremien, auch in der Pfarrerschaft, ziemlich unbekannt und ruft erhebliche Unsicherheit und teilweise Aversionen hervor. Die theologische Ebene wird in der Diskussion sehr schnell gegen die politische oder emotionale Ebene eingetauscht. So spielt die geistliche Umrahmung der Veranstaltungen mit Bibellesungen, -auslegungen, Gebeten und Liedern bei der nachfolgenden Befassung mit dem Positionspapier keine Rolle mehr.

13) [http://www.ekiba.de/download/Reader\\_Weg\\_des\\_Friedens.PDF](http://www.ekiba.de/download/Reader_Weg_des_Friedens.PDF) – Zugriff am 9.6.2013


14) Ein Landessynodaler meinte, dass er nach anfänglicher Skepsis in diesem friedensethischen Diskussionsprozess zum ersten Mal in seiner Amtszeit eine substanzielle theologische Thematik erlebe, während sonst Finanz- und Strukturfragen dominierten.

- Eine kritische Bewertung von Kosten, Nutzen und Folgen militärischer Einsätze ist ebenso unbekannt wie andererseits die erfolgreichen Erfahrungen gewaltfreier Aufstände.
- Auch wenn mitunter eine Sympathie für die bzw. ein Engagement in der Friedensbewegung der 1980er Jahre gegen die Gefahr eines Atomkrieges bekundet wird, hat der Krieg im zerfallenden Jugoslawien bei einigen Menschen zu einem Umdenken geführt.
- Manche Militärseelsorger betätigen sich über ihren rein seelsorgerlichen Auftrag hinaus als engagierte Befürworter der Bundeswehr. Begründet wird dies unter anderem mit Verweis auf den im Neuen Testament wegen seines Glaubens gerühmten Hauptmann von Kapernaum und den Christ gewordenen Hauptmann Kornelius.
- Kritiker des Positionspapiers müssen gegen den Wortlaut des Evangeliums argumentieren. Deshalb relativieren sie die Bedeutung der biblischen Aussagen zur Gewaltfreiheit mit dem Hinweis auf die soziologischen Unterschiede zwischen der Minderheitenposition der frühen Christenheit und der heutigen gesellschaftlichen und politischen Verantwortung von Christen.
- Mehrfach war in Diskussionsverläufen und Beschlussfassungen der Zwiespalt zwischen Ablehnung von Krieg einerseits und Unvorstellbarkeit einer Entmilitarisierung andererseits zu beobachten. Die beim Atomausstieg vorhandene Plausibilität von Einsparmöglichkeiten und regenerativen Alternativen ist im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik für viele Menschen noch nicht erkennbar. Insbesondere die Forderung, ein mittel- oder langfristiges Szenarium für einen Militärausstieg zu entwickeln, ist für viele undenkbar. (Aber wären Sklaverei, Apartheid, Todesstrafe und Absolutismus je abgeschafft worden, wenn man sich schon gestraubt hätte, dieses Ziel überhaupt zu benennen und Teilschritte zu formulieren? Und gab es nicht auch viele Christen, die sich zur Rechtfertigung dieser unmenschlichen Praktiken auf biblische Texte beriefen?)
- Der achtseitige Umfang des Positionspapiers war für manche Leser/innen eine Überforderung. Eine thesenartige Komprimierung mit angehängten Erläuterungen wäre hilfreicher gewesen.
- Ebenso erscheint mir angesichts des zur Debatte stehenden friedensethischen Paradig-

menwechsels der dafür eingeräumte zeitliche Rahmen vielfach zu knapp gewesen zu sein.

## ■ Schlussüberlegungen

- Für die Herbstsynode 2013 ergeben sich in der Beschlussfassung über den Entwurf eines friedensethischen Positionspapiers folgende Möglichkeiten:
  - Ablehnung
  - Vertagung und weitere Beratung
  - Annahme
  - Teilweise Annahme der allgemein akzeptierten Forderungen wie:
    - sofortiger Stopp von Rüstungsexporten außerhalb von EU und Nato;
    - gewaltfreie Konfliktlösung, auch im internationalen Bereich, als wichtiger Bestandteil der Ausbildung kirchlicher Mitarbeiter und der kirchlichen Bildungsarbeit;
    - verstärkter Ausbau des Zivilen Friedensdienstes zu Lasten des Verteidigungshaushaltes;
    - Verstärkung der schon laufenden kirchlichen Bemühungen um den Gerechten Frieden (Gemeindezertifizierung »Grüner Gockel« - auch für Einzelne) und deren stetige Evaluierung und Optimierung
- Eine Annahme des Positionspapiers hängt m.E. sehr stark davon ab, ob es dem vorbereitenden Ausschuss gelingt, eine plausible Differenzierung zwischen Fern- und Nahzielen zu formulieren.
- Ob die badischen Synodalen den Mut haben werden, sich im Vertrauen auf die biblische Friedensbotschaft und unabhängig von staatlicher Machtpolitik auf den Weg der Gewaltfreiheit einzulassen? Dies wäre für eine Volkskirche nach 1.700 Jahren konstantinischem Zeitalter erstmalig – gewissermaßen eine historische Weichenstellung. Gerechter Friede ist nur auf dem Weg zur Friedenskirche erreichbar. Friedensfreunde aus der benachbarten württembergischen Landeskirche sprechen bezüglich des eindeutig pazifistischen Positionspapierentwurfes und der erstmalig so breit geführten friedensethischen Diskussion bereits vom »Wunder von Baden«. Wir können gespannt sein.

*Theodor Ziegler ist Religionslehrer in Breisach und Mitinitiator der Eingabe zur Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden.* 

# Christof Müller-Wirth

## Für Freiheit und Frieden

**Johann Georg August Wirth, Vorkämpfer für Freiheit und Demokratie, Mitinitiator und einer der Hauptredner des Hambacher Festes 1832, und Franz Ulpian Wirth, Friedensaktivist und Mitbegründer der Deutschen Friedensgesellschaft 1892**

**I**n Deutschland fand die Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft als Sektion des Internationalen Friedensbüros in Genf im internationalen Vergleich verhältnismäßig spät, nämlich erst 1892 in Berlin statt. Bei den vorherrschenden »wilhelminischen« Verhältnissen ist dies nicht überraschend.

Zusammen mit Alfred H. Fried (*Anm. d. Red.: vgl. die Rezension der Biographie über Fried von in FP33, 30 ff.*), dem späteren Friedensnobelpreisträger, war einer ihrer Begründer Franz Ulpian Wirth (1822-1897), ein Sohn des »Hambacher« Johann Georg August Wirth. Die Nachfrage nach dem Wirken von F.U. Wirth führte naheliegender Weise zu dem weiterführenden Interesse an der historischen Bedeutung des Vaters. Somit sind die nachfolgenden Ausführungen dem Leben beider Persönlichkeiten gewidmet, die für die Geschichte unseres Landes zu ihrer Zeit und darüber hinaus Bedeutung erlangt haben.

Johann Georg August Wirth wurde am 20. November 1798 in Hof an der Saale als drittes von fünf Kindern des dortigen Reichspoststallmeisters Johann Adam Gottlieb Wirth geboren. Als einziges der Geschwister überlebte er die Kindheitsjahre.

Er starb am 26. Juli 1848 als Abgeordneter der Paulskirche und ist in einem Ehrengrab auf dem Frankfurter Hauptfriedhof beerdigt. Die Stadt Frankfurt am Main wollte vor einigen Jahren dieses Ehrengrab ersatzlos beseitigen.

Wirth und seine Frau Regina geb. Werner hatten drei Kinder, die alle die Kindheit überlebt haben und z.T. bedeutende Biographien haben. Ein Kind war Franz Ulpian Wirth, der am 26. Juli 1826 in Bayreuth geboren wurde. Franz Ulpian Wirth war zusammen mit Bertha von Suttner und Alfred H. Fried in der Zeit von 1886 bis 1897 Aktivist und Mitbegründer der deutschen Friedensbewegung.

Er starb am 16. Mai 1897 in Frankfurt am Main und ist ebenfalls auf dem Frankfurter Hauptfriedhof beerdigt. Allerdings wurde sein Grab von Grabräubern geschändet und ist heute als solches nicht mehr zu erkennen.

### Die Verbindung mit Karlsruhe

Der Anschaulichkeit halber und weil es wenig bekannt ist, will ich zunächst kurz der Frage nachge-

hen, was die beiden Personen mit Karlsruhe zu tun haben.

In den Biographien und Erwähnungen von J.G.A. Wirth kann man lesen, dass er nach vier Jahren Haft und 10 Jahren Exil die beiden letzten Lebensjahre mit seiner Familie in Karlsruhe verbracht hat. Dies übernimmt ein Autor vom anderen, ohne zu erläutern, wie es dazu kam und wo die Familie dort gelebt hat und wovon. Mir war es bisher trotz einiger Bemühungen nicht möglich, Näheres in Erfahrung zu bringen. Auch sein Mandat in der Paulskirche hatte J.G.A. Wirth nicht etwa in Karlsruhe, sondern in einem entlegenen fränkischen Wahlkreis erhalten. Ein Einwohnerbuch erschien in Karlsruhe 1848/49 nicht, wohl wegen der revolutionären Zustände.

In seiner Heimatgemeinde Hof an der Saale wurde er als »gescheiterter Hambacher« und »Exilant« politisch abgelehnt. Dazu verurteilt musste er später in Hof zeitweise als Verbannter unter Hausarrest leben, da ihn keine der anderen angefragten Städte 1836 nach der Entlassung aus dem Gefängnis aufnehmen wollte.

Wirth und seine Familie übersiedelten etwa 1847 nach Karlsruhe, nachdem sie zuletzt unter ärmlichen Verhältnissen in der Schweiz nahe Kreuzlingen im Exil gelebt hatten. Dass Wirth Karlsruhe als Aufenthaltsort wählte, hing wohl mit dem immer noch als pressefreundlich geltenden Klima der badischen Residenz zusammen. Auch hatte er in dem Bankier, Verleger und zweimaligen Karlsruher Oberbürgermeister Klose einen Partner für sein letztes großes Geschichtswerk »Die Geschichte der deutschen Staaten« gefunden. (Diese ist übrigens, wie ich kürzlich feststellte, heute über das Internet als Reprint abrufbar: [http://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb10047843\\_00007.html](http://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb10047843_00007.html))

Auch war es zu einer Zusammenarbeit mit dem Schriftsteller und Pfarrer Wilhelm Zimmermann aus [Schwäbisch] Hall (*Anm. d. Red.: seit 1802 von Württemberg besetzt; von 1802 bis 1934 ohne den zuvor seit dem 13. Jahrhundert bekundeten vorangestellten Namensbestandteil »Schwäbisch«*) gekommen, der durch sein bedeutendes Buch über den »Bauernkrieg« bekannt wurde und Abgeordneter in der Paulskirche war. Wirth und Zimmermann wirkten dort in der »linken« Fraktion »Donnersberg« zusammen.



Wirths Wirken in Karlsruhe wird auch von Viktor von Scheffel in dessen Memoiren erwähnt, in denen Scheffel schreibt, dass er von dem »Staatsrechtler« Wirth auf sein juristisches Examen vorbereitet worden sei. Wirths Söhne nahmen mit Scheffel an gemeinsamen Faschingsfesten teil.

Aus dem Leben der Familie, insbesondere der Kinder, ist nachzutragen, dass sich dieses während der Gefängnisjahre von Wirth 1832 bis 1836 in Kaiserslautern im nahegelegenen Weißenburg im Elsass abgespielt hat. Nach seiner Verhaftung 1832 hatte Wirth seiner Frau Regina dringend geraten, aus der Pfalz zu fliehen, da sie dort unter anderem durch den Verkauf von Wirths Schriften in das »Mainzer Schwarze Buch« der Metternich-Polizei geraten war.

Die erste Station auf der Flucht war der heute noch existierende Gasthof »Engel« (Ange) in Weißenburg, bekannt für die Bereitschaft zur Aufnahme damaliger politischer Flüchtlinge aus Deutschland. Bald danach und mit Unterstützung von Freunden fand die Familie Unterkunft in der dortigen Neuen Gasse 174, einem heute noch existierenden Haus.

Über das Leben der Familie in den Jahren 1833 bis 1837 geben 62 überlieferte Briefe von Wirth aus dem Gefängnis in Kaiserslautern Auskunft. Darin werden auch die Kinder angesprochen, darunter Franz Ulpian, so dass wir hier ein Zeugnis über dessen frühe Jugend haben. Alle drei Kinder wurden in Weißenburg in das damals berühmte Lycée aufgenommen und brachten bei strengem Unterrichtpensum alsbald sehr gute Zeugnisse nachhause.

## ■ Johann Georg August Wirth

Nach dieser Rückblende wende ich mich nun dem persönlichen Werdegang von J.G.A. Wirth zu. Nach frühem Schulbesuch in verschiedenen Gymnasien – wie man sie damals nannte –, war er zuletzt auf dem Ägidiengymnasium in Nürnberg, dessen Direktor damals Georg Friedrich Wilhelm Hegel war. Wirth studierte in Erlangen, Halle und Breslau. In Halle promoviert wollte er sich in Breslau habilitieren. Als Arbeit hatte er einen eigenen Entwurf eines Strafgesetzbuches vorgelegt. Allerdings scheiterte das Verfahren, weil Wirth die geforderten Gebühren nicht aufbringen konnte.

Nach Abschluss seines Studiums trat Wirth seine erste Berufsposition in Schwarzenbach /Saale an. Hier hatte er erste Einblicke in das obrigkeitlich und unsozial organisierte bayerische Rechtswesen. Er heiratete dort die Schwester seines Chefs Regina Werner, die ihm lebenslänglich eine treue und mutige Partnerin wurde. Seine zweite Berufsposition fand er bei dem bekannten liberalen Bayreuther Rechtsanwalt Keim. 1826 wurde in Bayreuth sein zweiter Sohn, Franz Ulpian, ge-

boren, auf den ich im zweiten Teil meiner Ausführungen eingehen werde. Diesem hatte (der Vater) Wirth bewusst den Zweitnamen Ulpian gegeben nach einem berühmten römischen Rechtsgelehrten. Im Vergleich mit dem Sohn, dessen schriftlich fixierte Äußerungen weit verstreut und kaum auffindbar sind, existiert über seinen Vater eine umfangreiche Literatur, sowohl über ihn wie solche von ihm selbst verfasste.

Deshalb konzentriere ich mich neben eingestreuten biographischen Bemerkungen auf die politisch-historischen Beiträge, die die deutsche Geschichte dem Hambacher Wirth verdankt. Da ist zunächst seine berühmte Vormärz-Zeitung, die *Deutsche Tribüne* zu nennen. Sie ist die bedeutendste der insgesamt acht Zeitungen, die Wirth herausgegeben oder an denen er mitgearbeitet hat. Trotz ihrer Kurzlebigkeit von knapp neun Monaten (Juli 1831 bis März 1832) ist die *Deutsche Tribüne* in die deutsche Pressegeschichte eingegangen.

In München von den Zensurbehörden verfolgt siedelte Wirth mit seiner Familie Ende 1831 auf Einladung von Jakob Siebenpfeiffer nach Homburg/Saar über, damals zur Rheinpfalz gehörig, wo noch das aus der napoleonischen Zeit stammende liberale Rechtssystem des »Code Napoleon« gültig war.

Am 29. Januar 1832 riefen Wirth, Siebenpfeiffer und andere in Zweibrücken zur Gründung des »Deutschen Vaterlandsvereins zur Unterstützung der freien Presse« auf, kurz *Press- und Vaterlandsverein* genannt. Das geschah auf einem der vielen populären Feste, mit denen man damals das Verbot öffentlicher politischer Versammlungen unterlief.

Der *Press- und Vaterlandsverein* wurde in der Folge zur ersten organisierten Vorkämpfer-Vereinigung für die Freiheit der Presse in Deutschland. Er hat eine eigene Geschichte, auf die ich hier nicht eingehen kann.

Noch heute wird jährlich im Wechsel zwischen Zweibrücken und Homburg mit einer Festveranstaltung dieses Festes gedacht.

Wenige Tage nach dem ersten Pressefest, nämlich am 3. Februar 1832 veröffentlicht Wirth in der *Deutschen Tribüne*, die den Untertitel »Zur Wiedergeburt des Vaterlandes« trägt, einen programmatischen Aufruf mit dem Titel »Deutschlands Pflichten«. Darin heißt es unter anderem:

„Sollen die Völker endlich die Freiheit erlangen, soll der Verarmung und dem Elende Europas ein Ziel gesetzt werden, so muss Russland von Preußen und Oesterreich durch ein demokratisch organisiertes Polen getrennt ... eine europäische Staatengemeinschaft durch ein treues Bündnis des französischen, deutschen und polnischen Volkes vorbereitet werden« (auf dem Hambacher Fest waren viele Polen zugegen; auf dem Schloss wehte eine polnische Flagge).

Weiter heißt es: »Das Mittel zur Wiedervereinigung Deutschlands im Geiste ist aber einzig und allein die freie Presse.« (*Press- und Vaterlandsverein*) Und: »Das deutsche Volk muss deshalb zur Versendung der Presse ... eine eigene Anstalt expresser Boten errichten.« »Diejenigen Journale ... müssen deshalb in das Eigentum des Volkes übergehen und ihre Redaktoren absetzbare Diener des Volkes werden.« Als Konsequenz: »Die Unternehmer der Deutschen Tribüne treten das Eigentum an der Zeitung dem ... Verein ab.«

Schon in diesem Aufruf, der damals als Flugblatt in über 50.000 Exemplaren verbreitet wurde, formuliert Wirth das, was Krausnick in seinem Buch über Wirth »politische Erfindungen« nennt (unabhängige Versandwege, Wählbarkeit der Redakteure, Zeitungen im öffentlichen Eigentum etc.). (*Michail Krausnick: Johann Georg August Wirth: Eine Biografie – Vorkämpfer für Einheit, Recht und Freiheit; Mannheim 2011*)

In den neun Monaten, in denen die *Deutsche Tribüne* erschien, saß Wirth – von der Zensur verfolgt – mehrfach im Gefängnis. Am 8. März 1832 wurde die Zeitung vom Deutschen Bund verboten. Noch wenige Tage nach der erzwungenen endgültigen Einstellung schrieb der Redakteur Georg Fein am 18. März: »Und selbst gesetzt: die Deutsche Tribüne würde schon in den nächsten Tagen durch die rohe ungesetzliche Gewalt für immer unterdrückt, so hat sie in der kurzen Zeit ihres Wirkens das Ihrige geleistet, und kann beruhigt vom Schauplatz abtreten. Die Deutsche Tribüne hat die Ängstlichen ermutigt, die Schwankenden gehalten, die Trägen aufgeregt ...«

### ■ Zwischen dem Verbot der *Deutschen Tribüne* und dem Hambacher Fest

In der kurzen Zeit zwischen dem Verbot der *Deutschen Tribüne* am 8. März, dem Hambacher Fest am 26. Mai und der Verhaftung Wirths am 18. Juni 1832 sind es weniger als drei Monate.

In dieser Zeit verfasst Wirth drei Schriften, von denen zumindest zwei noch heute zum historischen Grundbestand deutscher verfassungsgeschichtlicher wie verfassungsrechtlicher Literatur gehören. („*Die politische Reform Deutschlands. Noch ein dringendes Wort an die deutschen Volksfreunde*«, Straßburg, 1832, und »*Aufruf an die Volksfreunde in Deutschland*«, Homburg, 21. April 1832).

Bei der dritten Schrift, die ich als Erste erwähnen möchte, handelt es sich um den »offiziellen« Bericht vom »Nationalfest der Deutschen zu Hambach«. Dieser Bericht erschien bereits drei Wochen nach dem Fest und gilt mehrfach nachgedruckt bis heute als die so genannte offizielle Festbeschreibung. Redakteur, Mitverfasser und Herausgeber war J.G.A. Wirth. Der »geistige Kopf« dieses Festes saß zum Zeitpunkt des Erscheinens

des Berichtes bereits im Gefängnis – verhaftet am 18. Juni 1832. In nur drei Wochen hatte er zuvor – zusammen mit anderen und von diesen damit beauftragt – diese Dokumentation verantwortlich erstellt. Sie ist von einzigartigem Charakter! Wo findet man in der Geschichte ein weiteres Beispiel dafür, dass die Beteiligten an einer Volksbewegung, obwohl ob des weiteren Weges wegen politisch zerstritten, einen Mitstreiter kurz nach dem Ereignis beauftragen, einen offiziellen Festbericht zu verfassen. Man denke nur an Solidarnosc oder an die Freiheitsbewegung der DDR-Bürger 1989. Keine dieser beiden Bewegungen hat eine solche authentische, für die geschichtliche Beurteilung wichtige Dokumentation hinterlassen.

Wirth lebte während seiner Arbeit unter konstanter Bedrohung, war zuvor mehrfach in Haft gewesen und musste mit erneuter Verhaftung rechnen, die dann am 18. Juni 1832 auch erfolgt ist.

Ohne technische Hilfsmittel, wie sie heute zur Verfügung stehen, sind die meisten der über 20 Reden und die Grußadressen dokumentiert. Es befinden sich darin die Texte berühmter Freiheitslieder ebenso wie Übersetzungen aus dem Französischen und dem Polnischen. Es spiegeln sich im Festbericht auch die politischen Kontroversen der Mitstreiter untereinander, etwa über die entscheidende Frage »Revolutionäres Vorgehen oder Reform« sowie Wirths kritische Haltung gegenüber dem herrschenden System in Frankreich.

### ■ »Die politische Reform Deutschlands – Noch ein dringendes Wort an die deutschen Volksfreunde«

Diese Schrift verfasst Wirth in der Untersuchungshaft in Zweibrücken. Sein elfjähriger Sohn Max schmuggelt das Manuskript unter dem Hemd aus dem Gefängnis.

*Die politische Reform Deutschlands* ist gewissermaßen die Essenz seiner Überzeugungen – ein radikaldemokratisches Brevier. Neben dem Aufruf an die Volksfreunde wird es ein Hauptanklagepunkt im Landauer Geschworenenprozess.

Es ist angebracht, an dieser Stelle auch den Visionär Wirth zu erwähnen. In Absatz V der erwähnten Schrift fordert er ein neues Strafrecht für Deutschland. Das ist umso überzeugender, als Wirth ja ein in Halle promovierter Jurist ist und einen eigenen Entwurf eines Strafrechtsgesetzbuches vorgelegt hat. Seine Forderung lautet: »Gänzliche Verwerfung des bisherigen Systems der Strafrechtsgesetzgebung und Umwandlung desselben in das Prinzip der Milde und Humanität zum Zwecke der Besserung; insbesondere Entfernung der barbarischen Grundsätze über Vergehen gegen die Hierarchie der Kirche und Staatsgewalt, sowie politische Übertretungen überhaupt.«

Im politischen Diskurs sind viele dieser Gedanken in Deutschland erst wieder 100 Jahre später durch Gustav Radbruch in den 1920er Jahren und Gustav Heinemann nochmals 40 Jahre später geäußert worden und zum Durchbruch gekommen.

### ■ »Aufruf an die Volksfreunde«

Zu erwähnen bleibt die dritte der bedeutenden Schriften, am 21. April 1832 erschienen nach dem Verbot der *Deutschen Tribüne* und vor dem Hambacher Fest und ebenfalls Anklagepunkt im Assisenprozess 1833.

Dieser *Aufruf an die Volksfreunde in Deutschland* ist nichts weniger als eine zutreffende Zustandbeschreibung und darauf aufbauend ein visionäres Zukunftskonzept. Wirth schreibt: »Man glaubte wirklich, ein besserer Geist habe sich über das Volk ergossen; man hoffte, dass die öffentliche Meinung für Menschenrechte und Freiheit sich erklären, der Sache der Völker ihre Macht leihen und durch Beschützung der freien Presse zur Wiedergeburt Deutschlands und Polens den Grund legen werde. Allein man hatte abermals durch Phrasen sich täuschen lassen. (...) Europa wird durch die Reform Deutschlands den Weltfrieden begründen.«

Er war jedoch kein Illusionär. Er schrieb: »Möge man diese Aussicht in die Zukunft immerhin als eine Chimäre verspotten. Das große Werk wird doch vollbracht. Zwar nicht jetzt, aber später, wenn das Volk hinlänglich politisch gebildet ist. Mehrere Generationen können freilich vergehen, bis die Vernunft den Sieg erlangt, aber diese erlangt ihn dennoch ... Und eben darum ... muss man mit den Vorarbeiten beginnen.«

Schließlich, und das ist der Höhepunkt seiner zukunftsweisenden Überlegungen, formuliert Wirth in diesem Aufruf in 21 Absätzen präzise seine Vorstellungen für eine Verfassung, wie sie öffentlich erst 15 Jahre später, nämlich 1847 in den bekannten Offenburger »Forderungen des Volkes«, formuliert wurden. Auch hier war Wirth als politischer Denker seiner Zeit voraus.

### ■ Das Hambacher Fest am 27. Mai 1832

Das historische Ereignis, mit dem der Name und das Wirken von Wirth weithin verbunden wird, ist das Hambacher Fest.

Nicht immer war dieses Fest, das Theodor Heuss die erste demokratische Volksversammlung auf deutschem Boden genannt hat, im Bewusstsein der Deutschen so präsent gewesen, wie es dies heute teilweise ist.

Als ich mit meinem Bruder 1957 zum 125. Jahrestag des Festes in Hambach war, sprach dort auf der Schlossruine Carlo Schmid. Zu Beginn seiner Rede erwähnte er, dass er in Bonn zu vielen Be-

kannten und Politikern von seiner bevorstehenden Reise nach Hambach gesprochen habe. Keiner habe gewusst, um was es sich bei dem Stichwort Hambach handelt. Und – wie Carlo Schmid spitz bemerkte – es waren viele »gebildete« Leute darunter. (*Anm. d. Red.: Prof. Dr. Carlo Schmid war Mitglied des Parlamentarischen Rates gewesen, von 1949 bis 1972 SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag und von 1947 bis 1970 Mitglied im SPD-Parteivorstand.*)

Vorbereitung, Verlauf und Nachwirkung dieses Festes sind eine derart umfangreiche Geschichte, dass ich sie hier nicht ausbreiten kann. Deshalb gehe ich nur auf wenige, Wirth betreffende Details ein.

Die ersten Verabredungen zu diesem Fest gehen zurück auf die berühmte Festversammlung am 29. Januar 1832 in Zweibrücken, wo die Diskussion um die Gründung des *Press- und Vaterlandsvereins* geführt wurde.

Am 20. April 1832, das ist knapp vier Wochen nach dem Verbot der *Deutschen Tribüne*, laden dann vor allem Siebenpfeiffer und Wirth mit zahlreichen Neustädter Bürgern zu diesem »Maifest« am 27. Mai auf dem Hambacher Schloss ein. Der Titel Maifest war bewusst so gewählt, um jeglichen Hinweis auf einen politischen Charakter zu vermeiden.

Über dem Hambacher Schloss wehen drei Fahnen: die deutsche schwarz-rot-gold (nicht schwarz-rot-gelb; *Anm. d. Red.: Vgl. dazu Heribert Prantl: Schwarz-Rot-Melonengelb in »Süddeutsche Zeitung«, 22.12.2012, [www.sueddeutsche.de/politik/schwarz-rot-melonengelb-unter-falscher-flagge-1.1557701-2](http://www.sueddeutsche.de/politik/schwarz-rot-melonengelb-unter-falscher-flagge-1.1557701-2) und [https://de.wikipedia.org/wiki/Schwarz-Rot-Gold#Schwarz-Rot-Gold\\_oder\\_Schwarz-Rot-Gelb.3F](https://de.wikipedia.org/wiki/Schwarz-Rot-Gold#Schwarz-Rot-Gold_oder_Schwarz-Rot-Gelb.3F)), die französische und die polnische.*

In seiner Rede, die später als die bedeutendste der über 20 Reden und Grußbotschaften bezeichnet wird, kommt Wirth ausführlich auf eines seiner Hauptthemen, nämlich die Einigung Europas zu sprechen: »Die Ursache der namenlosen Leiden der europäischen Völker liegt einzig und allein darin, ... dass die Herzöge und Kurfürsten den größten Teil von Deutschland an sich gerissen haben, und nicht nur ihre eigenen Länder nach orientalischen Formen beherrschen und deren Kräfte zur Unterdrückung der Freiheit und Volkshoheit der europäischen Nationen verwenden, sondern auch ihr Übergewicht über die kleineren Länder Deutschlands benützen ... um sie despotischer Gewalt dienstbar zu machen.«

Er beendet seine Rede mit dem Ruf: »Hoch! Dreimal hoch leben die vereinigten Freistaaten Deutschlands! Hoch! Dreimal hoch das konföderierte republikanische Europa!«

Dies ist das erste Mal, dass vor einer internationalen Massenversammlung derart konkret eine europäische Zukunftsvision ausgedrückt wurde.



Es sollte über 110 Jahre dauern, bis daran wieder angeknüpft wurde.

Es gibt allerdings in seiner Rede ein sehr kritisches Thema, das bereits auf dem Fest, aber auch später lebhaften Widerspruch hervorgerufen hat. Das ist seine Haltung gegenüber Frankreich, dessen Vertreter ja in Hambach zugegen waren. Zwar meint er mit seinen Ausführungen vor allem die reaktionäre Regierung Louis Philipps und seines Regimes, das nach 1830 an die Macht gekommen war. Seine Thesen lassen sich so zusammenfassen: Die Deutschen müssen sich bei der Lösung der deutschen Frage auf sich selbst verlassen. Die neue Regierung in Frankreich will nach der Juli-Revolution 1830 aus materiellen Interessen nur noch die Aufrechterhaltung des status quo in Europa, verweigert sich der deutschen Nationalbewegung bzw. unterstützt sie unter Umständen nur unter der Voraussetzung, dass das linke Rheinufer an Frankreich abgetreten wird. Deshalb ist – das offizielle – Frankreich *derzeit* kein Verbündeter der deutschen Nationalbewegung. Dieser Deutung des französischen Standpunkts wird bereits in Hambach wie auch später von französischen Patrioten lebhaft widersprochen.

Welche Folgen der Auftritt Wirths und seiner vielen auch prominenten Mitstreiter wie z.B. Siebenpfeiffer und Pistor in Hambach hatte, darauf will ich jetzt kurz eingehen. Dabei komme ich insbesondere auf den Landauer Geschworenen-Prozess gegen »Wirth und Consorten« zu sprechen, ohne den das Hambacher Fest und seine historische Bedeutung nicht zu denken sind.

### ■ Der Assisen-Prozess in Landau vom 29. Juli bis 16 August 1833\*

Wenige Wochen nach dem Hambacher Fest, kurz nach der Fertigstellung des zuvor erwähnten Festberichts »Das Nationalfest der Deutschen« wird Wirth – wie er es geahnt hatte – am 17. Juni 1832 verhaftet. Eine Flucht, wie sie mehrere seiner Mitstreiter vorzogen, lehnte er ab. Auch einem späteren Befreiungsversuch, den seine Anhänger organisiert hatten, verweigert er sich. Er sieht sich im Recht und will wie schon zuvor für dieses Recht kämpfen. Bis zum Prozessbeginn 1833 muss er eine einjährige Untersuchungshaft in Zweibrücken erdulden. Dort schreibt er im Gefängnis die erwähnte, wichtige Schrift »Die politische Reform Deutschlands«.

Der Prozess findet, weil die Behörden Unruhen befürchten, außerhalb des eigentlich zuständigen Gerichtsortes Zweibrücken in der Festungsstadt Landau in der Pfalz statt. Bis zu 3.000 Mann Militär sind dort zusammengezogen. Metternich übt von Wien aus größten Druck auf die

bayerischen Behörden aus. (*Anm. d. Red.: Die Pfalz war seit dem Wiener Kongress 1815 bayerisch.*)

Mit Wirth und Siebenpfeiffer sind insgesamt sieben Angeklagte vor Gericht erschienen; sechs weitere Angeklagte, darunter Daniel Pistor, haben sich durch Flucht nach Frankreich und in die Schweiz dem Prozess entzogen. Das Gericht besteht aus sechs Richtern und 12 Geschworenen, wie dies das französisch-pfälzische Recht für besonders schwere Anklagen vorsieht. Der Schuldvorwurf lautet »Direkte Aufforderung zum Umsturz der bayerischen Staatsregierung«.

In aller Eile wird im Gasthaus »Zum Schwanen« ein Gerichtssaal hergerichtet, der 800 Personen fassen kann. Wie sich bald herausstellen sollte, wird er die Bühne für ein dramatisches Geschehen. Interessant für die Nachwelt ist, dass zum ersten Mal ein Wortprotokoll eines gesamten Prozessverlaufs erstellt wird. Unter den drei Stenographen ist Franz Gabelsberger, nach dem die frühe Kurzschrift benannt ist. Die Behörden zensieren allerdings den 630 Seiten starken Prozessbericht – noch heute gibt es keine vollständige, korrekte Transkription dieses Dokuments.

Es würde zu weit führen, den spannungsgeladenen Prozessverlauf darzulegen. Es gibt darüber verschiedene wissenschaftliche Darstellungen.

Wirth sprach mehrmals, insgesamt 8 Stunden. Obwohl er ein Manuskript gehabt habe, sei seine Rede frei gewesen, und der Vortrag habe darunter nicht gelitten. Sein elfjähriger Sohn Max saß hinter dem Vater: »von der rührenden Klage bis zum Donner des Schlachtrufs« habe sein Vater gesprochen.

Eine Verehrerin schickt ein Gedicht ins Gefängnis:

*Wie ein anderer Luther hast Du heut geredet  
Zum deutschen Volk mit Kraft und heil'gem  
Mut*

*Ob auch von Außen noch so hart befehdet,  
Verfichst Du kühn der Menschheit höchstes Gut;  
Ob Tausende sich gegen dich verbündet,  
Dein ist der Sieg, du edler Glaubensheld!  
Was Du begeisternd heute uns verkündet,  
Dringt unaufhaltsam in die ganze Welt.*

Nach fast dreiwöchigem Prozessverlauf ist es am 16. August 1833 soweit. Der Gerichtspräsident ermahnt die 12 Geschworenen, die sich dann vier Stunden in ein schwer bewachtes Beratungszimmer zurückziehen.

Danach verkündet der Sprecher der Geschworenen mit der Hand auf dem Herz: »Auf meine Ehre und mein Gewissen, vor Gott und den Menschen, die Erklärung der Geschworenen sind folgende ...« und erklärt für jeden einzelnen Angeklagten: »Nein, derselbe ist nicht schuldig.« Dieser Freispruch ist eine Sensation, die sich in rasender Geschwindigkeit über die Pfalz und Deutsch-

\* Anm. d. Red.: »Assisen« ist der französische (Rechts-)Begriff für Geschworenengerichte.



land verbreitet. Mit weißen Signalfahnen wird der Freispruch über die Pfälzer Berge verbreitet.

Der Journalist Günther Werner schreibt am 26. Juli 2008 unter der Überschrift »Vor 175 Jahren Weichen für den Rechtsstaat gestellt«: »Für die bayerische Staatsregierung ist das Ergebnis des Assisenprozesses von Landau eine Blamage. Die Urteile sind ein Triumph für die Liberalen und ein Symbol der Unabhängigkeit des Gerichts. Demokratie ist ohne Meinungs- und Pressefreiheit nicht vertretbar. Ohne diesen Prozess wären die demokratischen Wurzeln des Hambacher Festes wohl im Keim erstickt.«

Wirth kommt trotz Freispruchs nicht frei. Wegen früherer Vergehen muss er zusätzlich zu dem einen Jahr Untersuchungshaft drei weitere Jahre im Gefängnis – in Kaiserslautern – verbringen, insgesamt also vier Jahre. Erst 1836 kommt er frei und wird aber zunächst zu Hausarrest in seiner Heimatstadt Hof verurteilt.

Der Text seiner in Landau gehaltenen Rede erscheint später an verschiedenen Orten inklusive den USA in sieben Ausgaben. Ihr Verkauf bringt der nun mittellosen Familie einige Erlöse, aber auch erneute polizeiliche Verfolgung, weshalb sie, wie dargelegt, ins nahe Weißenburg im Elsass übersiedelt.

In Wirklichkeit greift erstmals jene Unterstützung der Familienangehörigen, die Wirth selbst als eine von »Deutschlands Pflichten« angeregt und über den *Press- und Vaterlandsverein* institutionalisiert hat – eine Art Vorläufer gewerkschaftlicher Solidarität, von Streikkassen und Rechtsschutz.

## ■ Letzte Lebensjahre, Tod, Beerdigung

Wie ich eingangs ausführte, übersiedelte Wirth mit Familie 1847 nach Karlsruhe, ein Jahr nach der Generalamnestie 1846 für die verfolgten Hambacher.

In Karlsruhe erhielt er Anfang Juli 1848 die Nachricht seiner Wahl in die Paulskirche. Diese erfolgte allerdings nicht in Karlsruhe, sondern in dem kleinen fränkischen Fürstentum Reuß-Schleiz-Lobenstein.

Da er in seinem Geburtsort Hof – wie schon erwähnt – nicht aufgestellt worden war, hatte sich im nicht weit davon entfernten vogtländischen Hirschberg der liberale Lederfabrikant Philipp Knoch, ein Freund von Robert Blum, für Wirth eingesetzt. Das kam so: Eigentlich hatte Robert Blum in diesem Wahlkreis kandidiert. Da Blum jedoch bereits in Leipzig einen Wahlkreis für die Paulskirche gewonnen hatte, sagte er in Hirschberg ab. Es musste also eine Nachwahl stattfinden. Das Paulskirchenparlament war bereits am 18. Mai 1848 eröffnet worden. Die Nachwahl in Hirschberg fand am 17. Juni statt. Auf der erhaltenen Wahlliste sind die von Wahlmännern abgege-

benen Stimmen verzeichnet. Danach erhielt Wirth 391 Stimmen vor seinem Freund August Thieme mit 388 Stimmen. Thieme rückte später nach Wirths Tod als sein Nachfolger in die Paulskirche ein.

Wirth konnte sein Mandat nur 6 Wochen wahrnehmen und verstarb bereits am 26. Juli als erster Abgeordneter des Parlaments.

Am 27. Juli verkündete der Präsident Heinrich von Gagern vor dem Parlament: »Ferner habe ich der Nationalversammlung den ersten Verlust zur Kenntnis zu bringen, der sie durch den Tod eines ihrer Mitglieder betroffen hat. Es ist gestern Dr. Johann Georg August Wirth aus Hof in Bayern, 49 Jahre alt ... hier in Frankfurt gestorben. Die Bedeutung dieses Mannes ist uns allen bekannt, und wir werden uns sämtlich veranlasst finden, ihm die letzte Ehre zu erzeigen, indem wir uns seinem Leichenbegängnisse anschließen.«

Es wurde der größte Trauerzug, den Frankfurt bis dahin erlebt hatte. Robert Blum hielt die Grabrede für seinen Freund.

Louise Zimmermann, die Frau des erwähnten Wilhelm Zimmermann, die in Frankfurt ein Tagebuch führte, schrieb u.a.: »Blum trat hervor. Seine Rednergabe, sein edler Sinn, sein freier richtiger Takt ließen ihn auch hier, wie immer, die rechten Worte finden.« So sagte Robert Blum: »Wenn wir hier in tiefem und gerechtem Schmerze das Grab unseres Freundes, eines edlen, schwer gepeinigten Mannes umstehen, ... so sollen es doch Worte der Versöhnung sein, welche ich hier spreche, wenn auch die Rache bitter sich im Herzen regt, ...«

Moritz Hartmann, der jüdische böhmische Dichter schreibt für seinen Freund aus Hof: »Ein schöner Tod, den ihm ein Gott verlieh, auf seinem Grabe soll die Widmung stehen: Er starb wie Moses auf dem Sinai, nachdem er Kanaan von fern gesehen.«

Wirth war mitten in der Arbeit an seinem letzten Werk »Die Geschichte der deutschen Staaten« gestorben, das jetzt mit dem 3. und 4. Band sein Kollege Wilhelm Zimmermann aus Schwäbisch Hall fortsetzte. Im Badischen Generallandesarchiv ist eine Polizeiakte erhalten, die verfügt, dass dieses Werk Wirths in allen Karlsruher Buchhandlungen zu beschlagnahmen sei – 1850, noch zwei Jahre nach seinem Tod!

## ■ Abschließende Bemerkungen zu Johann Georg August Wirth

Abschließend und bevor ich nun näher auf den Sohn von Wirth, Franz Ulpian, zu sprechen komme, versuche ich – unter Auslassung von Wirths Wirken in der Zeit nach seiner Haft ab 1836 bis zu seinem Tod 1848 – zu einer, wenn auch unvollständigen, persönlichen Einschätzung seiner Person zu kommen.

Festzustellen ist: Zeitgeschichte unterliegt kontroversen Beurteilungen. Das gilt für Ereignisse wie für Personen. Es gilt folglich auch für die Person und das Werk und Wirken von Johann Georg August Wirth. Die Biographen Elisabeth Hüls und Michail Krausnick kommen zu differenzierten Urteilen, denen ich mich anschließen möchte.

Elisabeth Hüls schreibt in ihrer abschließenden Zusammenfassung unter anderem: »Tatsächlich distanzierte sich Wirth von den radikalsten Verfechtern der neuen Staatsform ... gleichwohl war er als Republikaner für eine völlige Umgestaltung der bisherigen Staatsform. Auch wenn er Gewalt ausdrücklich ablehnte, kann Wirth deshalb als Revolutionär bezeichnet werden.« (*Anm. d. Red.: Elisabeth Hüls: Johann Georg August Wirth (1798-1848). Ein politisches Leben im Vormärz. Düsseldorf 2004*)

Ein Rezensent dieses Buches, Volker Ullrich von der »Zeit«, überschrieb seinen Beitrag »Freiheitsfreund im Widerspruch« und kam zu dem Urteil, »dass der Hambacher Wirth zum demokratischen Vorbild leider nicht taugt.« Diese Aussage leitete er aus der kritisch differenzierenden Darstellung einiger Schriften Wirths durch die Autorin Hüls ab.

Wirth selbst beschrieb den psychischen wie physischen Zusammenbruch, seine so genannte Hypochondrie, die er durch die Gefängnishaft und im Exil erlitten hat. Auch der Autor Krausnick kam darauf zu sprechen. In diesen Zuständen befasste er sich mit schon damals als unhaltbar erkannten philosophisch-historischen Theorien über das Weltgeschehen. Dabei kam er auch zu Formulierungen, die nationalistische und völkische Gedanken vorwegzunehmen scheinen. Solche haben allerdings das Bild des Hambacher Demokraten nicht verdunkeln können. Beweis dafür ist, dass er bei einer Nachwahl in das Paulskirchenparlament gewählt wurde. Publizistische Belege für seine fortbestehende republikanisch-demokratischen Auffassungen sind auch Wirths – von mir erwähnte – letzte Veröffentlichungen und die Ankündigung noch im Jahre 1847, die *Deutsche Tribüne* unter Mitwirkung des progressiven Philosophen Ludwig Feuerbach wieder erscheinen zu lassen.

Der Zeitgenosse kann bei Robert Blum, bei Heinrich von Gagern oder bei Heinrich von Treitschke nachschlagen, der von Hambacher Philistern sprach. In neuerer Zeit gibt es Urteile des Historikers Dieter Langewiesche oder erst kürzlich eine fulminante, würdigende Rede des kritischen Journalisten Heribert Prantl. Es bleibt dem engagierten Zeitgenossen überlassen, zu welchem Urteil er selbst kommt.

Ergänzen will ich meinen Bericht mit einer kurzen Erwähnung dessen, wie in unserer Zeit des Wirkens von Wirth gedacht wird. Dabei kann es nur um einen Ausschnitt gehen. In einem beson-

deren Aufsatz habe ich die Gedenkaktivitäten der letzten 50 Jahre eigens geschildert.

Das Ehrengrab auf dem Frankfurter Hauptfriedhof, das die Stadt vor einigen Jahren einebnen wollte und das die Familie im letzten Moment retten konnte, habe ich schon erwähnt.

In Hof/Saale, Wirths Geburtsstadt, wurde 1998 ein besonderes Denkmal errichtet, geschaffen von dem Bildhauer Andreas Theurer. Es ist eine begehbare Bodenplastik, die eine aufgeschlagene Zeitungsseite mit dem Titel »Deutsche Tribüne« darstellt.

*Eine Zeitung, eine Bühne  
eine Erhebung von unten.  
Sie gleicht einem Flugblatt  
einer schwebenden Kraft,  
einer Fahne ohne Farben  
schwarz auf weiß  
für die Kraft des Wortes  
für den freien Gedanken.  
(Andreas Theurer, 1998)*

Das Denkmal wurde 2012 an einen anderen Platz verlegt – vor die neue dortige Freiheitshalle. Heribert Prantl von der »Süddeutschen Zeitung« hielt bei dieser »Zweiteinweihung« am 25. November 2012 eine eindrucksvolle Rede.

Seit 2009 wird in Kulmbach, Franken, jährlich ein nach Wirth benannter Journalistenpreis verliehen.

Es kann festgehalten werden, dass der Verlauf der Erinnerung an Wirth so wechselvoll ist wie sein Leben.

### ■ Franz Ulpian Wirth – Friedensaktivist und Mitbegründer der Deutschen Friedensgesellschaft 1892

Beim Tod seines Vaters, des Hambachers Johann Georg August Wirth, war sein Sohn Franz Ulpian, der spätere Aktivist der Friedensbewegung, 22 Jahre alt. Durch die vielen zuvor geschilderten, politisch bedingten Wohnungswechsel der Familie hatte Franz Ulpian eine wechselvolle Jugend. Letztlich besuchte er in Konstanz die Schule. Im nahen Thurgau hatte die Familie im Schweizer Exil ein Unterkommen gefunden. Sein Schulweg betrug je eine dreiviertel Stunde. Zuvor, morgens um 6 Uhr, gab es eine Flötenstunde.

Von der wieder aufgenommenen schriftstellerischen wie journalistischen Tätigkeit des Vaters konnte sich die Familie nur unter ärmlichen Umständen ernähren und war auf die diskrete Hilfe von Freunden angewiesen. Die letzten beiden Lebensjahre verbrachte die Familie 1847/48 in Karlsruhe, worüber ich eingangs berichtet habe.

Wie Franz Ulpian und sein älterer Bruder Max anschließend ihr nunmehr aufgenommenes Studium finanzierten, darüber gibt es fast nahezu keine Information. Belegt ist das Studium in den Be-

legbüchern der Universität Heidelberg und des Polytechnikums in München und Hannover. Dort verdiente sich Franz Ulpian seinen Unterhalt als Stenograph. Über diese Nebentätigkeit kam er ca. 1848 an das Telegrafenamnt in Frankfurt.

In Frankfurt, wo er sein weiteres Leben verbringen sollte, engagierte er sich als Techniker zusammen mit seinem Bruder Max auf dem Gebiet des Imports und des Patents amerikanischer Landwirtschaftsmaschinen. Ebenfalls zusammen mit seinem Bruder Max, der später als Mitbegründer der »Frankfurter Zeitung« (die heutige FAZ) bekannt wurde, gründete er das national-ökonomisch-technische Wochenblatt »Der Arbeitgeber«, das er 1879 in die Zeitschrift »Der Patentanwalt« umwandelte. Sein Patentanwalts-Unternehmen wurde ein wirtschaftlicher Erfolg, so dass Wirth, der in vielen einschlägigen Gremien des Patentschutzes präsent war, schließlich der erste Patentanwalt in Deutschland genannt wurde. Dieses Büro existierte unter dem Namen Wirth bis vor etwa 30 Jahren.

Sein eigenes Patentanwalts-Unternehmen (Wirth & Co) gelangte unter seiner zielbewussten Energie zu hoher geschäftlicher Blüte. Das ermöglichte es ihm später, etwa 1892, sich aus dem Beruf zurückzuziehen und sich ganz der Friedensbewegung zu widmen. Wie es Leopold Sonnenmann, der Gründer der »Frankfurter Zeitung« und Vorsitzender des Frankfurter »Demokratischen Vereins« bei Wirths Tod formulierte: »Für die Friedensbewegung hat Wirth in dem letzten Jahrzehnt seines Lebens (etwa von 1886 bis 1897) seine Zeit und Kraft mit wahren Feuereifer eingesetzt.«

Vom demokratischen Geist seines Vaters beeeelt, gehörte Franz Ulpian Wirth als Mitglied der »Demokratischen Volkspartei« DVP von 1886 bis 1892 der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung an. Möglicherweise hat er über diesen Impuls die »Friedensarbeit« zu seiner persönlichen Priorität gemacht.

1886 hatte Wirth die erste und längere Zeit einzige Vereinigung der Friedensbewegung auf deutschem Boden gegründet. An diese Frankfurter Vereinigung, deren Vorsitzender Wirth war, lehnten sich allmählich 40 Ortsgruppen, insbesondere in Süddeutschland an, wobei alle Fäden bei ihm zusammenliefen.

Seine Aktivitäten reichten allerdings weit darüber hinaus, wie er denn auf sämtlichen Friedenskongressen seiner Zeit für Deutschland als einer der Vizepräsidenten fungierte.

Bei den damaligen Friedensaktivitäten muss man in Betracht ziehen, wie selbst in dem als liberal geltenden Frankfurt staatlicherseits darauf reagiert wurde. Die Art und Weise, wie die behördliche Überwachung auf die Gründung des Frankfurter Vereins im Jahre 1896 reagierte, wirft ein krasses Licht auf die Beschränkungen, denen pazifistische Tätigkeit unterworfen war. Obwohl die

Organisation es gewissenhaft vermied, sich in die Tagespolitik einzumischen, wurde sie von der Regierung viele Jahre hindurch wie ein politischer Verein behandelt. Die Versammlungen wie auch neu eintretende Mitglieder mussten polizeilich angemeldet werden. Das schränkte natürlich die Bereitschaft zum Beitritt ein. Ganz im Gegensatz dazu vollzog sich das Vereinsleben in Frankreich und England in gänzlich freier Atmosphäre.

Ludwig Quidde, der spätere Friedensnobelpreisträger, schreibt 1924 im »Jenaer Volksblatt« zum Thema »Demokraten und Pazifisten«: »Die Friedensbewegung in Deutschland war in den Jahrzehnten vor dem Kriege durchaus von der bürgerlichen Demokratie getragen. Die gewaltige Mehrheit der Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft gehörte den *Freisinnigen* Parteien oder in Süddeutschland der ausgesprochen demokratischen und pazifistischen *Deutschen Volkspartei* an [so auch Wirth]. Die Sozialdemokraten hielten sich fern, da der Sozialismus der Friede sei und den *schwächlichen bürgerlichen Pazifismus* nicht brauche; Angehörige der Zentrums- oder der anderen rechts vom Freisinn stehenden bürgerlichen Parteien waren nur ganz vereinzelt in der Bewegung zu finden.« (zitiert nach Friedrich-Karl Scheer: *Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1933)*; 2., korrigierte Auflage, Frankfurt/Main 1983, S. 115).

Es ist zu vermuten, dass F.U. Wirth durch sein außergewöhnliches Ansehen in der Öffentlichkeit und in Erinnerung an die Schikanen, denen sein Vater in seiner Zeit ausgesetzt war, ermutigt mit Unbefangenheit und mit Energie zu Werke ging, um solchen Schikanen zu trotzen.

Auf seiner jährlichen Vortragstournee agierte er – anfänglich in Deutschland ganz isoliert – bis zwei Monate vor seinem Tod für die humane Sache und gründete noch auf der letzten Rundreise, die ihn auch als Mitglied der internationalen Friedenskommission nach Bern rief, sechs DFG-Gruppen. Mehr als die Hälfte aller DFG-Gruppen wurzelten zu dieser Zeit in seiner Initiative und das waren ca. 40. Am 9. Mai 1897 fand in Berlin der 3. deutsche Delegiertentag statt, wo Wirth mehrere Gruppen vertreten sollte. Auch war ihm eine leitende Rolle für den ersten internationalen Friedenskongress in Deutschland im September 1897 zgedacht.

Wie eine einzelne Person zu dieser Zeit ohne die heute bekannten Kommunikationsmittel ein solches landesweites Aktionsprogramm bewältigen konnten, ist kaum zu erklären.

Wirth, der hart geschulte Mann des praktischen Lebens, schwebte dabei nicht etwa in idealistischen Phantasien. Vielmehr bewegten sich seine diesbezüglichen Gedanken auf völlig realpolitischem Boden. Beweis dafür ist das »Selbstreferat«, das er am 26. November 1894 in der Sektion Volkswirtschaft des Frankfurter Freien Deut-

schen Hochstifts als Vortrag gehalten hat mit dem Titel »Die soziale Bedeutung der internationalen Friedensbestrebungen«. (siehe: *Berichte des Freien Deutschen Hochstiftes, Neue Folge, N.F. Band 11; 1895, S. 185-188*)

Angesichts der wenigen authentischen Aussagen von Wirth referiere ich auszugsweise aus diesem Text. In einer realistischen Darstellung sieht er wirtschaftliche Stagnation, »Beeinträchtigung des Nationalwohlstands« und »Unterbindung der Produktion« als Hauptschäden des Krieges, für deren Beseitigung er namentlich eine Erziehungsreform bei Klein und Groß mit starkem Akzent auf Friedenskultur statt Kriegsrüstung und Kriegsruhm verlangt. Notwendig dafür seien auch Maßnahmen zur Revision des Völkerrechts und ständige Schiedsgerichte, die von den Friedenskongressen zu verabschiedet seien.

Nach dem Gesagten empfiehlt sich ein kurzer Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung der deutschen Friedensbewegung. Erstaunlicherweise tagte schon 1850 in der Frankfurter Paulskirche ein »Internationaler Friedenskongress«, an dem allerdings nur 40 deutsche Pazifisten teilnahmen. Franz Ulpian Wirth war zu dieser Zeit ein 26jähriger Student. Es sollte über 30 Jahre dauern, bis wieder regelmäßige internationale Friedenskongresse veranstaltet wurden. Zunächst entwickelte sich die Friedensbewegung in England. Es überrascht daher nicht, dass auch der 1886 von Wirth in Frankfurt gegründete erste deutsche Friedensverein auf die Initiative des Engländers Hodgon Pratt zurückgeht. 1886, vier Jahre vor dem Erscheinen des berühmten Buches von Bertha von Suttner »Die Waffen nieder!«. Der Frankfurter Verein wurde nach seiner Gründung ein vorläufiges Zentrum des deutschen Pazifismus.

Erst sechs Jahre später, nämlich 1892 ruft der Pforzheimer Industrielle Adolf Richter zusammen mit Wirth und Frau Leske-Fischer zur Gründung einer deutschen Friedensorganisation auf, die dann im selben Jahr von Alfred H. Fried, dem späteren Friedensnobelpreisträger, gegründet wurde und in Berlin ansässig war. (Alfred Hermann Fried 1864-1921).

Trotz seiner 66 Jahre stürzte sich Wirth dann selbst in die Propagandatätigkeit und gründete in den Jahren 1892 bis 1897 nicht weniger als 33 Ortsgruppen der Deutschen Friedensgesellschaft. Andere Ortsgruppen wurden auf seine Veranlassung ins Leben gerufen, so diejenige in München, wie aus einem Brief an Ludwig Quidde vom 16. Oktober 1893 hervorgeht.

Der Tätigkeit von Franz Wirth ist es zu verdanken, dass im Mai 1894 in Deutschland 12 DFG-Gruppen, 1895 bereits 26 und 1896 schon 45 und bei seinem Tod 1897 55 Gruppen bestanden. Die Erfolge seiner Agitation verdankte er vor allem auch dem hohen Ansehen seiner herausragenden Persönlichkeit.

»Der alte Wirth mit seinem silberweißen Bart und Kopfhaar gehörte zu den bekanntesten und volkstümlichsten Erscheinungen der Stadt Frankfurt«, schrieb nach seinem Tod die *Frankfurter Zeitung*.

Noch vor der Gründung der Frankfurter DFG-Gruppe trat Wirth bei der Errichtung des »Internationalen Friedensbüros« mit Sitz im schweizerischen Bern als deutscher Vertreter in dessen Rat ein. Zusammen mit seinem Schweizer Freund Ernst Ducommun redigierte er von 1893 bis 1895 die »Monatliche Friedenskorrespondenz«, die von der DFG in Berlin herausgegeben wurde. Über zwei Reichstagsabgeordnete regte er die Mitwirkung der Baronin von Suttner an der Friedensgesellschaft an. So lud er sie zu einem Vortrag in Frankfurt am 24. August 1894 ein, der in der *Frankfurter Zeitung* abgedruckt wurde. Auch brachte er – nach dem Bekanntwerden des Nobelschen Testaments – Bertha von Suttner wiederholt für den Friedensnobelpreis in Vorschlag, den diese dann 1905 auch erhielt.

Im Gegensatz zur großen Aktivität von Wirth und der Frankfurter DFG-Gruppe verhielt sich die Berliner Zentrale mehr oder weniger passiv. Dies führte dazu, dass Wirth wegen der fortdauernden Untätigkeit der Zentrale 1895 aus dem DFG-Vorstand austrat und auch die Redaktion der »Monatlichen Friedenskorrespondenz« niederlegte.

Schon vorher war versucht worden, den Sitz des Vorstandes der DFG von Berlin nach Frankfurt zu verlegen. Dagegen wehrten sich Franz Ulpian Wirth und andere, wie er in einem Brief vom 6. Januar 1894 nach Berlin schrieb; darin heißt es unter anderem: »Bekanntlich hat die vorige Jahresversammlung beschlossen, sich vorläufig nicht als Vorort zu konstruieren. Unser Verein war bereits eine Art Vorort für den Süden und wollte die Verbindung und Erfolge, welche er errungen, nicht gefährden ...« Und weiter: »Geld können wir keines abgeben, weil wir selbst nicht genug haben und deshalb in der Stadt Gaben sammeln mussten, abgesehen von den Beiträgen, welche mich die Sache kostet. Ich habe mich derselben ganz gewidmet und treibe nichts anderes mehr; auch den Schreiber und Stenograph habe ich auf meine Kosten übernommen. Im vorigen Jahr habe ich allein 250 M Porto ausgegeben. ... Es wäre [für den Berliner Vorstand] vorteilhafter, jetzt 100.- M für die Friedenspropaganda auszugeben statt später Tausende für Militär und Kriege – ... Hochachtungsvoll Franz Wirth«.

An dieser Stelle zitiere ich nochmals einige Auszüge aus einem Originalbeitrag von Wirth. Es handelt sich um eine Erwiderung von Wirth auf eine Kritik eines Achilles Bauer, veröffentlicht in der Zeitschrift »Die Waffen nieder«, Jahrgang 1897, und zeigt den streitbaren Verfechter der Friedensideen: »Herr Bauer hält sie [die Friedensbewegung] für gefährlich, auch deshalb, weil sie



sich nicht auf die Religion stützt, die er selbst, ... verspottet: *Wenn der allmächtige Gott den Krieg nicht wollte, so könnte er ihn ja beseitigen!* ... Die nackte Not meint er, welche millionenfach gegen das Leben kämpft, wird von den Friedensleuten nicht beachtet: während doch gerade die wirtschaftliche Seite der Friedensbewegung eine der am meisten berücksichtigte ist. Wer weist denn immer wieder auf die Milliarden hin, welche durch die jetzige unvernünftige Friedens-Rüstung verloren gehen? Wer hat zuerst darauf hingewiesen, dass es in der Schweiz, in Belgien und anderen Ländern ohne große Heere, die wenigsten Armen gibt?»

### ■ F.U. Wirths privates Leben

Hier ist abschließend Gelegenheit, einige Bemerkungen zu Wirths privatem Leben einzubringen. Sie entstammen einer handschriftlichen Niederschrift seiner Tochter Sophie, die diese kurz vor ihrem Tod 1945 verfasst hat. Sie schreibt u.a.: »Ein bewegtes Wanderleben bestimmte seine Jugend durch den vielfachen Wohnsitzwechsel und die politische Gefangennahme des Großvaters von 1832-1836. Die Familie hatte es schwer sich durchzukämpfen mit 3 kleinen Kindern. Freunde aus der Pfalz halfen aus der Not. Großmutter Regine war eine tapfere Frau. ... Die Vorliebe für den Bodensee behielt er bis ins späte Alter, besonders den gut zugefrorenen. Von dort ließ er sich telegraphieren, wenn das Eis fest war, um sich dann dem Schlittschuhsport zu ergeben. ... In München machte er als Ingenieur sein Abschlussexamen, von dem er an seine Mutter berichtet, dass der Direktor ihn beglückwünscht habe als besten und primus und dass er zu großen Hoffnungen für die Zukunft berechtigte. ... Durch den Import und das Interesse an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten aus Amerika entwickelte sich die Patentverwertung. Später wurde das Hauptgewicht auf die Patentpraxis gelegt. Die ersten Strick- und Nähmaschinen wurden patentiert. Jede von uns Töchtern bekam eine solche, die noch lange auf dem Dachboden stand. ... Wandern und Sport waren des Vaters Lebenselixier. ... mit Ende fünfzig bestieg er den Mont Blanc, von wo er auf einer Postkarte lakonisch schrieb *Dr. Petersen appetitlos* (in 4.800m Höhe). Nach seinem 70. Geburtstag stieg er mit uns 2 jüngsten Töchtern zu Fuß von Garmisch aus auf die Zugspitze wo 1896 nur eine kleine Schutzhütte mit Fremdenbuch vorhanden war ... die letzten 4 Stunden des Abstiegs in dickem Schnee ... insgesamt 3 Tage unterwegs! ... Die letzten 10 Jahre seines Lebens waren ganz ausgefüllt mit der Arbeit für die Friedensbewegung, der er seine ganze Kraft und Zeit widmete. Der Vater starb am 15. Mai 1897.«

Die Tochter Sophie, die wir als Kinder noch bewusst erlebt haben, war übrigens Zeichenleh-

rerin. Von ihr stammt das heute noch bekannteste und vielfach reproduzierte Kohlezeichnungsporträt ihres Großvaters Johann Georg August Wirth.

Da kein Familienarchiv existiert und Briefe weit verstreut sind, ist die Niederschrift der Tochter Sophie (verstorben 1946) eines der wenigen persönlichen Dokumente zur Biographie von F.U. Wirth.

### ■ »Warum ich mich engagiere«

Ganz zum Schluss sage ich noch ein Wort dazu, warum ich heute hier bin.

Ich bin hier, weil ich mich denjenigen verbunden fühle, die entsetzt sind, dass 67 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg wieder Krieg von Deutschland ausgeht. Der Krieg wird als unterstützter Exportschlager in alle Welt gebracht – vorwiegend in Krisengebiete und abhängige Drittländer. Er wird aber nicht nur exportiert. Er ist auch in unserem Land stationiert und zwar in Büchel, einem kleinen Ort in der Eifel. Dort lagern die amerikanischen Atombomben und werden trotz völkerrechtlicher Zusagen nicht abgezogen. Deutsche warten sie und üben für ihren Einsatz. Jetzt sollen sie sogar mit Milliardenaufwand modernisiert werden.

Unser Verteidigungsminister scheut vor semantischer Sprachmanipulation nicht zurück und nennt die Bundeswehr mit orwellschem Paradox einen Teil der Friedensbewegung!

Hier im Karlsruher Bonhoeffer-Haus dagegen schließe ich mit einem Zitat von Dietrich Bonhoeffer aus dem Jahr 1934:

»Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der behaupteten Sicherheit. Denn der Friede muss gewagt werden. Sollte Gott nicht gemeint haben, wir wollten wohl von Frieden reden, aber so wörtlich sei das nicht umzusetzen? Sollte Gott nicht doch gesagt haben, wir sollten wohl für den Frieden arbeiten, aber zur Sicherung sollten wir doch Tanks und Giftgase bereitstellen? Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit.«

*Dr. Christof Müller-Wirth, Jahrgang 1930, ist Verleger und Journalist, DFG-VK- und SPD-Mitglied und lebt in Karlsruhe. Diesen Vortrag über seine beiden Vorfahren Johann Georg August Wirth (1798-1848) und Franz Ulpian Wirth (1826-1897) hat er bei einer gemeinsamen Veranstaltung der DFG-VK, des Friedensbündnisses Karlsruhe, des Versöhnungsbundes und der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden, am 21. März 2013 im Bonhoeffer-Haus in Karlsruhe gehalten. Als Sonderveröffentlichung des Forum Pazifismus ist der mit Fotos und Graphiken illustrierte Vortrag online als PDF-Dokument abrufbar unter: [www.forum-pazifismus.de/download/FP38-mueller-wirth.pdf](http://www.forum-pazifismus.de/download/FP38-mueller-wirth.pdf)*

Michael Schmid

## Ein »Leuchtturmprojekt« in der Provinz: Das Lebenshaus Schwäbische Alb

Seit 20 Jahren aktiv für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie

**D**er Verein *Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie* wurde vor 20 Jahren, im Juni 1993, in Gammertingen gegründet. Die Kleinstadt bildet den nördlichsten Zipfel des baden-württembergischen Landkreises Sigmaringen, der sich von den Höhen der Schwäbischen Alb bis weit hinein nach Oberschwaben und in das Bodenseegebiet erstreckt. Politisch-kulturell ist es eine der konservativsten Regionen Deutschlands. Die Gegend dort ist relativ dünn besiedelt, das Militär steht mit derzeit immer noch vier Bundeswehrstandorten hoch im Kurs. Warum also ausgechnet dort ein solcher Verein?

Die Vorgeschichte reicht zurück bis zum Anfang der 1980er Jahre. Damals hatte die Friedensbewegung allerorten großen Zulauf, so auch in Gammertingen. Dort wurde 1981 eine Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) gegründet. An der Gründungsversammlung nahmen immerhin 32 Menschen teil, an den sonntäglich stattfindenden Gruppentreffen beteiligten sich im ersten Jahr regelmäßig 15 bis 20 Menschen.

Von Anfang an konnten wir damals die Erfahrung machen, was es hieß, sich in dieser Region gegen atomare Aufrüstung auszusprechen und für »Frieden schaffen ohne Waffen« einzutreten. So war es beispielsweise sehr schwer, überhaupt Räumlichkeiten zu bekommen, in denen wir öffentliche Veranstaltungen durchführen konnten. Viele andere Hindernisse wurden uns in den Weg gelegt, viel Gegenwind war zu spüren.

Andererseits gab es viele Menschen – in erster Linie Zugezogene –, die zumindest zeitweise bereit waren, sich zu engagieren, zu Veranstaltungen zu kommen oder an Aktionen teilzunehmen. Großdemonstrationen in Bonn, die Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm, Blockadeaktionen vor Atomwaffenlagern in Großengstingen und Mutlangen – bei solchen Aktionen war die Beteiligung aus unserer Kleinstadt recht gut, ebenso bei Aktionen vor Ort wie einer Demonstration oder bei Mahnwachen oder bei mehreren dreitägigen Ostermärschen, die wir organisierten. Im Lauf der Jahre schwächte sich dieses Interesse wieder ab, die friedenspolitisch Aktiven wurden weniger, irgendwann gegen Ende der 1980er Jahre gab es dann keine aktive Gruppe mehr.

Doch unmittelbar vor und während des Golfkriegs 1991 änderte sich dies schlagartig: Wir organisierten Mahnwachen vor Ort; an einer ersten haben rund 200 Menschen teilgenommen – wirklich sagenhaft für unsere Verhältnisse. Und während der gesamten sieben Wochen des Golfkriegs veranstalteten wir jeden Tag eine Mahnwache, an der immer mindestens 20 Menschen teilnahmen.

Nach diesem Krieg war bei vielen Menschen das Bedürfnis groß, sich weiter gemeinsam zu engagieren. So bildeten wir ein »Friedensnetz Gammertingen«, das zahlreiche Aktivitäten umsetzte.

### ■ Vom Friedensnetz zum Lebenshaus

Aus diesem Friedensnetz heraus wiederum entstand die Initiative, die schließlich dazu führte, dass von 19 Menschen am 20. Juni 1993 der Verein *Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie* gegründet wurde.

Wichtige Impulse für die Gründung gingen für uns damals von dem seit 1987 bestehenden Lebenshaus Trossingen aus, das für uns sowohl Herausforderung als auch Ermutigung war. Wichtig war ebenfalls z.B. die Aktion »Den Krieg überleben«, bei der Wohnraum und die Bereitschaft zur Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus Bosnien gesucht wurden. Wir wollten gerne solchen Wohnraum zur Verfügung stellen können.

Als ein weiteres wesentliches Motiv kam die Erkenntnis hinzu, dass es angesichts von Unrecht, Gewalt, Rassismus, Militarismus etc. zwar ums Nein-Sagen und deutlichen Protest gehen muss, dass das alleine aber nicht reicht. Wir wollten ein notwendiges Nein auch mit einem Ja, einer konstruktiven Alternative ergänzen.

Von Beginn an ging es uns darum, dass wir uns mit Gleichgesinnten zu einer Solidargemeinschaft zusammenschließen, die gemeinsam soziale und politische Verantwortung übernimmt.

Natürlich war uns im Gründungsjahr 1993 aufgrund unserer langjährigen Vorerfahrungen mit Friedensarbeit und mit alternativer Politik in dieser Region durchaus bewusst, dass wir hier einen Weg der Minderheit beschreiten müssten, der auch sehr schwierige Seiten aufweisen kann. »Gerade hier wollen wir an zivilen, konstruktiven Alternativen arbeiten«, haben wir in unserem ersten

Lebenshaus-Flyer geschrieben. Wir waren also ein Stück weit gewappnet gegen das, was auf uns zukommen würde.

Formal gesehen hat sich ein kleiner Verein entwickelt, der derzeit 93 Mitglieder und Fördermitglieder hat. Manche davon leben in Gammertingen und der näheren Umgebung, andere aber zum Teil weit weg irgendwo in Deutschland. Vor Ort wird die aktive Arbeit von nur wenigen Menschen gemacht und dies fast überwiegend ehrenamtlich. Außer den Mitgliedern gibt es noch einen großen Kreis von Menschen in ganz Deutschland, die das Projekt unterstützen.

## ■ Soziale Gerechtigkeit

Ein zentral wichtiges Anliegen war und ist es, uns solidarisch zu verhalten gegenüber Menschen, die am Rande stehen – Ausgegrenzte, »Überflüssig-Gemachte«, Flüchtlinge, Arme, Kranke.

Eine Form der Unterstützung benachteiligter und bedrängter Menschen besteht in dem Angebot, dass sie in einer schwierigen, krisenhaften Lebenssituation zeitlich befristet in einer Hausgemeinschaft mitleben können. Hierfür hat unser Verein 1994, also bereits kurz nach seiner Gründung, ein eigenes Gebäude in Gammertingen erworben. Dies wurde möglich dank der Unterstützung zahlreicher Menschen, die uns mit Spenden und zinslosen Darlehen unterstützen.

In den vergangenen 16 Jahren haben nahezu 200 Menschen das Angebot des Mitlebens wahrgenommen. Es waren Menschen darunter, die ihren Arbeitsplatz verloren oder keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, die mit dem Verlust eines wichtigen Menschen zurechtkommen oder eine Trennungssituation bewerkstelligen mussten. Es waren Menschen mit psychischen Problemen und Erkrankungen dabei und auch immer wieder Flüchtlinge.

Unterstützung und Beratung erhalten aber auch Menschen, die nicht im Lebenshaus mitwohnen. Wir sind Anlaufstelle für Menschen, die aus verschiedenen Gründen keine Unterstützung von öffentlichen Hilfesystemen bekommen oder die andererseits zum Beispiel wegen Armut von diesen Systemen abhängig sind und damit nicht zurechtkommen, etwa Hartz-IV-EmpfängerInnen, Alleinerziehende, Erwerbslose usw. Und sehr häufig sind es Flüchtlinge, Erwachsene und Kinder, die ja zu den Allerschwächsten in unserer Gesellschaft gehören, die Rat und Unterstützung suchen. Wir beschäftigen uns mit ihrer oft unwürdigen Lebenssituation.

Wir haben öffentliche Aktionen und Veranstaltungen zu dieser Problematik gemacht. Begegnungstreffen, Begleitung und Unterstützung in allen sozialen und rechtlichen Belangen, Ermöglichung von Deutschkursen, Sprachtraining und Freizeitgestaltung gehören zu diesen Aktivitäten.

## ■ Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Unterstützung von Menschen ist ein konkreter Ansatz unseres Projektes, mit dem ein Beitrag zu etwas mehr sozialer Gerechtigkeit und Frieden geleistet werden soll. Natürlich ist das sehr wenig angesichts des großen Unrechts und des Unfriedens, den wir um uns herum und weltweit sehen.

Viele Menschen fragen sich deshalb ja auch, was sie angesichts dieser Lage überhaupt tun können. Jedenfalls kann gegen Unrecht nicht dadurch angekämpft und es überwunden werden, indem man darüber schweigt. Wir wollen nicht schweigen, sondern mit einer umfangreichen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit auf diese Thematik und weitere Themen eingehen. Wir geben vierteljährlich einen gedruckten Rundbrief heraus. Seit vielen Jahren betreiben wir zudem eine eigene Website im Internet. Dort werden täglich neue Artikel eingestellt – inzwischen befinden sich dort über 6.250 Beiträge.

Zum großen Teil werden Artikel zu aktuellen Themen veröffentlicht, etwa zu Konflikten und Kriegen im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in anderen Weltregionen. Bei vielen Artikeln geht es z.B. um zivile und gewaltfreie Konfliktbearbeitung, um Atomausstieg und Energiewende, um Flucht und Asyl. Manche Artikel beschäftigen sich mit Rückblicken. So bearbeiten wir als ein Langzeitprojekt die »Aufarbeitung gewaltfreier Geschichte«, in dem z.B. wichtige gewaltfreie Aktionen oder engagierte Personen dargestellt werden. Unsere Website erfreut sich großer Beliebtheit – mehrere hunderttausend Besuche sind es Jahr für Jahr.

Die Durchführung von inhaltlichen Veranstaltungen, die Teilnahme an Demonstrationen, die Durchführung von Mahnwachen in Gammertingen – diese Mittel gehören ebenfalls zu unserem Repertoire.

Ganz grundsätzlich versuchen wir, der grundlegenden Einsicht Mahatma Gandhis für den Umgang mit Konflikten zu folgen: Nicht das verkündete Ziel bestimmt das Ergebnis eines Konfliktaustrags, sondern die dabei angewandte Methode. Es gibt jene weitverbreitete Meinung, die lautet: Der gute Zweck rechtfertigt die Mittel – unter Umständen auch die bösen. Gewaltfreiheit kehrt dagegen diesen Satz genau um: Zwischen Mittel und Zweck, zwischen Weg und Ziel, besteht ein unauflösbarer Zusammenhang. Entscheidend für das Ergebnis aktiven Handelns ist die Wahl der Mittel. Es ist eine aussichtslose Unternehmung, Frieden durch Krieg erreichen zu wollen. Deshalb ist für uns das von Ulli Thiel aus Karlsruhe, Mitglied unseres Lebenshauses, ersonnene Motto »Frieden schaffen ohne Waffen« so wichtig. Und deshalb kritisieren wir in unserer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit Kriege und andere Formen von Gewalt – eben auch strukturelle oder psychi-

sche Gewalt, die oft fast unsichtbar in Form von Mobbing oder Stalking daherkommt. Wichtig ist uns aber ebenso die Beschäftigung mit positiven Beispielen und Vorbildern. So haben wir thematische Seminare zu Menschen veranstaltet, die für die Gewaltfreiheit wegweisend sind wie Martin Luther King, Mahatma Gandhi oder Leo Tolstoi.

Das Engagement für die Überwindung von direkter wie struktureller Gewalt, die letztlich auf eine Veränderung von Gesellschaftsverhältnissen zielt, ist uns sehr wichtig. Denn es war nie unsere Absicht, uns auf mildtätiges Handeln zu beschränken. Dabei bestünde die Gefahr, zu einer Fortschreibung von Abhängigkeit und Unmündigkeit beizutragen und zur Verfestigung bestehender ungerechter Verhältnisse. Weil es also nicht ausreichend, karitative Hilfestellung zu geben und die Strukturen, welche Leid und Elend hervorrufen, unberücksichtigt und unangetastet zu lassen, versuchen wir als Lebenshaus, beides zu tun. Konkrete Menschen, die sich in einer schwierigen Lebenssituation befinden, unterstützen – und uns gemeinsam mit vielen anderen Menschen und Gruppen für Gerechtigkeit, Frieden und eine intakte Umwelt einsetzen.

Natürlich kann das in einer Region, in der mehrheitlich dem Militär ein hoher Stellenwert zugemessen wird, mitunter ziemlich konfliktträchtig werden. Ich möchte das an einem konkreten Beispiel verdeutlichen.

### ■ Protest gegen »Patenschaft« mit Bundeswehreinheit

Die Stadt Gammertingen ist im Jahr 2009 relativ unbeachtet eine »Patenschaft« mit einer Bundeswehreinheit des Standortes Sigmaringen eingegangen. »5000 Kilometer bis Kabul: Patenschaftskompanie schickt Soldaten in Auslandseinsatz« – so war im Mai 2010 ein ganzseitiger Artikel auf der Titelseite im »Amtsblatt der Stadt Gammertingen« überschrieben. Berichtet wurde über einen öffentlichen »Verabschiedungsappell« in der Kreisstadt Sigmaringen, bei dem auch Soldaten der »Patenschaftskompanie« der Stadt Gammertingen in den Kriegseinsatz nach Afghanistan geschickt wurden. Dabei wurde die enge Verbundenheit zwischen der Stadt Gammertingen und der Bundeswehr betont. Und herausgestellt wurde ebenfalls, wie wichtig für die Bundeswehr die breite Unterstützung und Anerkennung ihrer Auslandseinsätze durch die Bevölkerung sei. Die Soldaten seien mit dem Gefühl in den Einsatz gegangen, die Patengemeinde Gammertingen stehe zum Auftrag der Armee.

Um einen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung in dieser Frage zu leisten und um deutlich zu machen, dass die Soldaten nicht in unserem Namen in den Krieg geschickt werden, haben wir daraufhin als *Lebenshaus Schwäbische Alb* einen

»Offenen Brief wegen Unterstützung des Afghanistan-Krieges« an den Bürgermeister der Stadt Gammertingen verfasst und Unterschriften gesammelt. Darin wurde gegen die »Patenschaft« protestiert und gefordert, diese wieder zu beenden. Gleichzeitig wurde die Gemeinde aufgefordert, sich für zivile Alternativen zum Afghanistan-Krieg einzusetzen und kommunale Friedensarbeit zu fördern.

Der Gammertinger Bürgermeister wiederum hatte sofort sehr heftig und öffentlich auf unseren Protest reagiert. Schließlich versuchte er, uns zu kriminalisieren. Dies tat er, nachdem sich in einigen Briefkästen in Gammertingen ein Blatt mit einer »Bekanntmachung an alle Bürger« wiederfand, das angeblich von der Stadt Gammertingen stammte. Dieses fingierte Flugblatt enthielt ausgehend von der »Bundeswehrpatenschaft« die Aufforderung an männliche Gemeindebewohner, sich zu einer Musterung im Rathaus zu melden. Dadurch sollten die »11 Tauglichsten der Gemusterten« ermittelt werden, um so die Bundeswehreinheit zu unterstützen, die in Afghanistan elf ihrer Angehörigen verloren hatte.

Man hätte dies als Satire auffassen und mehr oder weniger ignorieren können. Nicht so der Gammertinger Bürgermeister. Er erstattete sofort Strafanzeige und bezeichnete in einer öffentlichen Erklärung – verbreitet über Presse, Amtsblatt und Internet – die Aktion mit dem Flugblatt als einen Akt, der »an Geschmacklosigkeit und krimineller Absicht nicht zu übertreffen« sei. Weiter setzte er eine Belohnung von 500 Euro für Hinweise auf die Urheber und Austräger dieser Schreiben aus. Gleichzeitig legte er in dieser öffentlichen Erklärung, die ein erhebliches Presseecho hervorrief, die Vermutung nahe, dass das *Lebenshaus Schwäbische Alb* mit seinem Protest gegen die »Bundeswehrpatenschaft« hinter der Aktion stehe.

Mit der Übergabe der letzten Unterschriften im Dezember 2010 war für uns die Aktion dann abgeschlossen. Insgesamt waren es 450 Menschen und Organisationen aus ganz Deutschland, die den »Offenen Brief« unterschrieben hatten.

Doch plötzlich eines Morgens im März 2011 sahen wir uns mit einer Hausdurchsuchung konfrontiert. Wir mussten also das massive Strafverfolgungsmittel einer Durchsuchung sämtlicher Vereinsräumlichkeiten und auch eines Teils unserer Privaträume über uns ergehen lassen. Gleichzeitig wurden PCs und ein Laptop sowie verschiedene Schriftstücke beschlagnahmt. Dass dieses exklusive Erlebnis einer Hausdurchsuchung – zustande gekommen ganz wesentlich durch unwahre Behauptungen des Bürgermeisters – anschließend aufgrund unserer Beschwerde gerichtlich für rechtswidrig erklärt wurde, zeigt nur die ganze Peinlichkeit, wenn sich ein gewählter Repräsentant eines Gemeinwesens für ein feindseliges



Vorgehen entscheidet, weil er die sachliche Auseinandersetzung und das Gespräch mit politisch Andersdenkenden scheut.

Uns war durchaus bewusst, dass wir uns unbeliebt machen könnten, wenn wir den Mund aufmachen und gegen die »Bundeswehrpatenschaft« protestieren würden. Uns war ebenfalls bewusst, dass wir damit eine Minderheitenposition in unserem politisch-kulturell sehr konservativ geprägten Umfeld vertreten, in dem sich die Mehrheit mit der Bundeswehr identifiziert und sich Vorteile von deren Stationierung in der Region verspricht.

Gelungen ist es mit unserer Aktion, zu einer lebhaften Diskussion in Gammertingen beizutragen. Die Frage nach Krieg und Frieden und der eigenen Einstellung zur Bundeswehr, dem Afghanistan-Krieg und den Verwicklungen der »normalen«, oft ahnungslosen Bevölkerung, ja sogar Erinnerungen an persönliche Kriegserfahrungen im Zweiten Weltkrieg – vieles wurde in Folge unserer Aktion in Gammertingen diskutiert. Mehr als eine gewisse Nachdenklichkeit bei manchen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürgern erreichen zu wollen, das wäre ein unrealistisches Anliegen gewesen.

Der Hauptzweck der zahlreichen »Patenschaften« mit Bundeswehreinheiten in unserer Region war offensichtlich, dass damit ein gutes Verhältnis zur Bundeswehr demonstriert und letztlich drohende Standortschließungen verhindert werden sollten. So hat sich zum Beispiel der Kreistag des Landkreises Sigmaringen im Jahr 2010 angesichts »drohender« Schließungen von Bundeswehrstandorten mit einstimmigem Beschluss für den Erhalt seiner vier Garnisonen ausgesprochen. In diesem Beschluss wird dann unter anderem betont: »Das enge Verhältnis zwischen Politik und Bundeswehr kommt in den lebendigen Patenschaften zum Ausdruck«. »Bundeswehrpatenschaften« also als Beitrag gegen drohende Standortschließungen.

Die Ironie der Geschichte ist nun aber, dass sich diese Gammertinger »Bundeswehrpatenschaft« zwangsläufig wieder auflösen wird. Denn der Bundesverteidigungsminister hat die gesamte Auflösung des Bundeswehrstandorts Sigmaringen bekannt gegeben. Damit hat sich der Ansatz, unter anderem mittels »Patenschaften« den Bundeswehrstandort Sigmaringen erhalten zu wollen, als völliger Fehlschlag erwiesen. Es zeigt sich vielmehr, dass es sinnvoll gewesen wäre, wenn sich unsere Lokalpolitiker, wie von uns vorgeschlagen, frühzeitig für zivile Alternativen und Standortkonversion eingesetzt hätten.

## ■ Die Frage nach dem Erfolg

Was sind unsere größten Erfolge, was unsere größten Misserfolge? Diesen Fragen möchte ich

mit der Gegenfrage begegnen, ob sie überhaupt weiterführen. Was sind die Kriterien für Erfolg bzw. Misserfolg? Natürlich ist es uns nicht gelungen, in unserer Kleinstadt oder Region einen grundlegenden politisch-kulturellen Wandel herbeizuführen. Das Beispiel mit der »Bundeswehrpatenschaft« macht das überdeutlich. Aber eine solch vermessene Zielsetzung hatten wir auch nicht.

Als Erfolg würde ich es bezeichnen, dass es unser Projekt nach 20 Jahren überhaupt noch gibt. Denn es ist wahrlich keine Selbstverständlichkeit, dass wir dieses Jubiläum begehen können. Auf unserem Weg gab es viele Unwägbarkeiten, die ebenso zu einem Scheitern hätten führen können. So war es schon ein sehr großes Wagnis, mit dem noch sehr jungen Verein bereits 1994 ein eigenes Gebäude zu erwerben. Eingegangen sind wir dieses Wagnis, weil unser Projekt ganz schnell Spendengelder und vor allem zinslose oder sehr zinsgünstige Privatdarlehen zur Verfügung gestellt bekommen hatte. Und das in einer Größenordnung, die so wunderbar war, dass fast nichts anderes übrig blieb, als loszulegen!

Wir ließen uns also auf diesen Weg ein, der bis heute nicht ohne Risiken ist und bei dem wenig kalkuliert werden kann. Und es gab durchaus so manches Mal die sorgenvolle Frage: Was, wenn jetzt größere Darlehensbeträge zurückbezahlt werden müssen und es nicht genügend Rücklagen oder neue Darlehen dafür gibt? Es war tatsächlich zwischendurch auch immer wieder knapp mit den Finanzen.

Doch rückblickend gesehen ist es schon sehr faszinierend, dass sich immer wieder genügend Menschen gefunden haben, die durch Spenden, Beiträge oder Darlehen dazu beitrugen, das erforderliche Geld aufzubringen. Manche Darlehenslaufzeit wurde überdies verlängert, verschiedene Darlehen wurden sogar in Spenden umgewandelt!

Indem doch viele Menschen Geld geben, machen sie dieses gemeinsam zu einem sozialen Gestaltungsmittel. Und so ist neben dem Kauf und der ökologischen Sanierung eines Gebäudes noch vieles andere möglich geworden, z.B. die Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen, manches Mal auch die Unterstützung mit Finanzmitteln, die Durchführung zahlreicher Veranstaltungen und Aktionen, eine intensive und vielbeachtete Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit über Rundbrief und Internet, ja sogar die Einrichtung von bescheiden finanzierten Arbeitsstellen.

Es macht große Freude zu erleben, dass eben doch so viele Menschen nicht nur ihren privaten Vorteil im Sinn haben, nicht danach trachten, ihr Geld durch günstige Anlagen unter allen Umständen vermehren zu lassen. Eine dem vorherrschenden Zeitgeist ziemlich zuwiderlaufende Haltung

also! Natürlich ist uns allen bewusst, dass die Alternativen im Kleinen nicht in der Lage sind, das ganze Geldsystem auf Lebensförderlichkeit hin zu verändern. Aber im Kleinen kann ein Anfang gemacht werden, Geld aus dem geldvermehrenden

und lebenszerstörenden Kreislauf herauszuziehen und es zur Förderung konkreten Lebens einzusetzen. So können Zeichen gesetzt werden. Und dass dies im Rahmen unseres Projektes geschieht, dafür sind wir sehr dankbar!

## Tagung

# *We shall overcome!*

## Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht. Drei biographische Zugänge

Gammertingen ■ 19./20. Oktober ■ Lebenshaus Schwäbische Alb

Es gibt zahlreiche Organisationen, Netzwerke und soziale Bewegungen in Deutschland und weltweit, die sich mit ihrem Engagement die Möglichkeit erhalten wollen, zu mehr Frieden und Gerechtigkeit beizutragen und die Vision einer anderen Welt lebendig zu halten. Diese Gruppierungen und Bewegungen wiederum werden oft genug von Menschen ins Leben gerufen und am Leben erhalten, die bereit sind, gegen den Strom zu schwimmen. Das ist nicht immer einfach. Manche dieser Aktivistinnen und Aktivisten haben sich eine Haltung der Gewaltfreiheit zur Lebensaufgabe gemacht. Sie geben uns und anderen Hoffnung und machen Mut zum weiteren Engagement.

Deshalb wollen wir mit unserer Tagung solche Menschen zu Wort kommen lassen und uns mit ihnen austauschen. Wir freuen uns sehr, dass wir mit Ullrich Hahn, Wiltrud Rösch-Metzler und Wolfgang Sternstein drei seit Jahrzehnten engagierte Menschen gewinnen konnten, die anhand ihrer persönlichen Lebensgeschichte auf Fragen eingehen werden wie etwa: Wodurch kamen sie zu ihrem Engagement und zu einer gewaltfreien Haltung? Welche konkreten Erfahrungen haben sie im Zusammenhang mit der Gewaltfreiheit gemacht? Gibt es Erlebnisse und Ereignisse, die sie als Niederlagen bzw. Erfolge erlebt haben? Wie wurden Höhen und Tiefen verarbeitet? Woraus schöpfen sie Lebensmut für ihr langfristiges Engagement? Welche Perspektiven sehen sie in einer gewaltbereiten, ungerechten, zerstörerischen Welt?

**Eingeladen sind alle Menschen, die sich ermutigen lassen wollen in ihrem eigenen Engagement für eine gerechtere, friedvollere und zukunftsfähige Welt. Unter anderem wird nach den Referaten Gelegenheit zum Austausch sein.**

### Samstag, 19. Oktober

- 10:00 Begrüßung – Axel Pfaff-Schneider, Vorsitzender des Lebenshaus Schwäbische Alb
- Musikalische Einstimmung – Bernd Geisler und Gabriele Lang
- 10:15 20 Jahre aktiv für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie: Lebenshaus Schwäbische Alb
- Michael Schmid und Katrin Warnatzsch, Gammertingen
- 10:35 Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit, Wolfgang Sternstein, Stuttgart
- 12:35 Mittagessen
- 13:35 Musikalische Einstimmung – Bernd Geisler und Gabriele Lang
- 13:45 Statt Gewalt: Gerechtigkeit!, Ullrich Hahn, Villingen-Schwenningen
- 15:45 Kaffeepause
- 16:10 Musikalische Einstimmung – Bernd Geisler und Gabriele Lang
- 16:20 Ein Volk ohne Vision verroht!, Wiltrud Rösch-Metzler, Stuttgart
- 18:20 Abschluss der Tagung

### Öffentliche Abendveranstaltung

20:00 Kraniche über der Alb, Hansjörg Ostermayer erzählt und besingt eigene Erlebnisse und Aktivitäten aus den friedensbewegten Frühachtzigern

### Sonntag, 20. Oktober

Geführte Wanderung innerhalb des ehemaligen Truppenübungsplatzes Münsingen und heutigen Biosphärenreservats

Eine Teilnahme ist sowohl an allen Veranstaltungsangeboten möglich (Tagung, Abendveranstaltung, Wanderung), ebenso auch nur an einzelnen Teilen.

**Alle weiteren Informationen zu der Tagung sowie ein Anmeldeformular im Internet unter [www.lebenshaus-alb.de](http://www.lebenshaus-alb.de)**

Außer der Geldfrage gab es noch andere Faktoren, die zu einer Aufgabe der Vereinsarbeit hätten führen können. Wer sich in unserer Gesellschaft engagiert und nicht nur im breiten Strom des Zeitgeistes mit schwimmt, weiß: Das wird nicht nur honoriert! Man wird leicht zum Außenseiter, gerät in schwierige Lebenssituationen, Krisen, ist mit Neid und Misstrauen konfrontiert. Es werden einem manche Prüfungen auferlegt. Solche schwierigen Erfahrungen machen viele Menschen – gerade dort, wo ungewöhnliche, neue Wege beschritten werden, wo sich Menschen engagiert einsetzen für Mitmenschen, für Frieden, dort wo an der Hoffnung festgehalten wird.

Es war dann in der Tat nicht so »ganz ohne«, als wir uns ab 1997 einige Jahre lang massiven Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt sahen. Manches Mal kamen schon Fluchtgedanken auf. Vielleicht hätten wir diesen Gedanken leichter nachgegeben, wäre der Verein nicht im Besitz eines eigenen Gebäudes gewesen. Doch die Verantwortung allen Menschen gegenüber, die dieses Gebäude und vieles andere ermöglicht haben, sowie das uns weiterhin geschenkte Vertrauen, führten zu einer eindeutigen Antwort auf die Frage »Flüchten oder Standhalten« (Horst-Eberhard Richter). Heute sind wir sehr froh darum, dass wir uns solchen und weiteren harten Herausforderungen gestellt haben. Wir sind daran gewachsen.

Deshalb war die Auseinandersetzung mit dem Gammertinger Bürgermeister um die »Bundeswehrpatenschaft« zwar nicht einfach, aber wir konnten uns ihr doch einigermaßen gelassen stellen.

Und gerade in solchen schwierigen Situationen ist auch die vielfältige Vernetzung zu einzelnen Menschen und Organisationen sehr hilfreich. Die spür- und sichtbare Solidarität ist wertvoll.

Insgesamt ist das alles nichts so Großartiges, was wir mit dem *Lebenshaus Schwäbische Alb* im Kleinen versuchen bzw. verwirklichen. Doch ohne Kleines gibt es auch nichts Großes!

»Und wenn wir Wenige sind, werden wir klein beginnen«, diesem Gedanken von Gustav Landauer folgen wir gerne. Klein begonnen, das haben wir vor 20 Jahren mit dem *Lebenshaus*. Getragen von der Hoffnung, uns für das Richtige einzusetzen, unabhängig davon, wie groß die Aussichten auf Erfolg sind. Unabhängig auch davon, ob diese Anerkennung bringt, mehrheitsfähig ist oder wir uns in der Minderheit wiederfinden. Etwa mit einer Haltung, wie sie Mahatma Gandhi ausdrückte: »Es hat mich nie gekümmert zu erfahren, ob und wann ich Erfolg habe. Für mich genügt es in meinem Bemühen um das, was ich als meine Pflicht erkenne, nicht nachzulassen.«

*Michael Schmid ist Forum Pazifismus-Redakteur, Mitglied in der DFG-VK, im Versöhnungsbund und im BSV. Der Sozialwissenschaftler und Pädagoge ist (ehrenamtlicher) Geschäftsführer des Lebenshaus Schwäbische Alb und dort zeitbeschäftigt als Referent für Friedensfragen. Er ist der verantwortliche Redakteur für die Medien des Lebenshauses (Rundbrief, Homepage und elektronischer Newsletter). Nähere Informationen auf der Internet-Homepage [www.lebenshaus-alb.de](http://www.lebenshaus-alb.de)*



Ulli Thiel

## Prägung durch Martin Luther King

### Die Bedeutung des Vorkämpfers für Gewaltfreiheit und Zivilen Ungehorsam für die eigene Friedensarbeit

**N**iemand hat mich in meinem Denken und Handeln so sehr geprägt wie der US-amerikanische Bürgerrechtler Martin Luther King. Seine gewaltfreien direkten Aktionen und seine konsequente Fundierung und Orientierung auf Gewaltfreiheit haben einen sehr großen Einfluss auf meine langjährige Friedensarbeit gehabt und waren für mich immer eine wichtige Orientierung bei der Planung und Durchführung von Friedensaktionen vor Ort und überregional.

Zum ersten Mal intensiv befasst habe ich mich mit King und seinem Denken und Wirken im Sommer 1968, also kurz nach seiner Ermordung am 4. April 1968. Nachdem ich zwei seiner Bücher gelesen hatte, stand für mich fest: Nicht nur das politische Bewusstsein für Gerechtigkeit und Frieden ist wichtig, sondern auch das Handeln für diese Ziele ist unerlässlich und gehört dazu. Als Kriegsdienstverweigerer, der gerade seinen Ersatz-/Zivildienst beendet hatte, war es naheliegend, dass

## I have a dream und Beyond Vietnam

Am 28. August ist es 50 Jahre her, dass sich 250.000 Menschen zum Abschluss des Marsches auf Washington für Arbeit und Frieden in der US-Hauptstadt versammelten. Martin Luther King hielt dort seine weltberühmte Rede „I have a dream“.

In den letzten Jahren seines kurzen Lebens wurde der Friedensnobelpreisträger (1964) und Vorkämpfer für Gewaltfreiheit und Zivilen Ungehorsam zu einem scharfen Kritiker des Vietnamkriegs: »Gewaltlosigkeit zu lehren wäre doch schizophoren für mich, wenn ich gleichzeitig den Gewaltverbrechen zustimmen wollte, die Abertausende von Menschen, Erwachsene und Kinder, verstümmelt. Ich halte es noch immer mit dem Prinzip: Du sollst nicht töten.«

Genau ein Jahr vor sein Ermordung hielt er am 4. April 1968 in der Riverside Church in New York City eine Rede, in der er zu Beginn sagte: „Es kann eine Zeit kommen, in der Schweigen Verrat bedeutet. Diese Zeit ist für uns mit der Vietnam-Frage gekommen.“ Schonungslos sprach er über das Verbrechen des Krieges in und gegen Vietnam und seine Bevölkerung und die Schuld der USA daran. Von der US-Regierung forderte er das sofortige Ende aller Bombardierungen und die einseitige Einstellung aller Kampfhandlungen. (Die Rede „Jenseits von Vietnam“ ist nachzulesen im Internet: [www.lebenshaus-alb.de/magazin/001713](http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/001713))

36

ich mich Ende 1968 einer Karlsruher Friedensgruppe, nämlich der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner (DFG-IdK) anschloss, eine der Vorgängerorganisationen der DFG-VK. In dieser pazifistischen Organisation bin ich auch heute noch – gemeinsam mit meiner Frau Sonnhild – aktiv.

Nach dem Einstieg in die Friedensarbeit habe ich mehrere Veranstaltungen, ein Wochenendseminar (mit über 100 TeilnehmerInnen) und eine Vortragsreihe (in Baden) zu Martin Luther King und zu seinem gewaltfreien Kampf gegen Rassismus, Armut und Krieg initiiert und mitorganisiert. Zu diesen Veranstaltungen wurden jeweils ausgewiesene King-Kenner wie z.B. Heinrich Grosse oder Buchautoren wie Gerd Presler als Referenten eingeladen. Oft waren runde Jahrestage seines Geburtstages und seines Todes der Anlass. In jenen recht zahlreichen Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen, zu denen ich – besonders von Schulen – als Referent zu Friedensfragen oder zur Frage der Kriegsdienstverweigerung eingeladen war, bezog ich mich in meinen Ausführungen auch immer wieder auf King und sein Gedanken- gut. Mir war dabei wichtig, nicht nur auf jenen King hinzuweisen, der sich für die Integration der schwarzen USA-BürgerInnen eingesetzt hat, son-

dern auch auf das Engagement Kings in den letzten Jahren seines Lebens gegen die Armut – nicht nur der Schwarzen – in den USA und gegen den verbrecherischen Krieg, den die Regierung seines Landes in Vietnam führte. Dieser »radikalere« King war den meisten ZuhörerInnen weniger bekannt.

### ■ Gelungene Verbindung von Beruf und Politik

Auch bei meiner Arbeit als Lehrer für hör- und sprachbehinderte Kinder und Jugendliche kam dem Leben und Wirken Martin Luther Kings insbesondere im Religionsunterricht eine große Bedeutung zu. Bei den schwerhörigen SchülerInnen war es ganz wichtig, die Inhalte und Ereignisse, um die es bei Kings Engagement ging, auch mit Bildern und Filmen zu visualisieren und durch Rollenspiele erfahrbar zu machen. Für diese Schulklassen habe ich auch einige Texte zum Leben und Wirken Kings und zu wichtigen Ereignissen, z.B. dem Busboykott in Montgomery 1955, in einfacher Sprache verfasst. Diese Sprachreduzierung ist absolut notwendig, um hörbehinderten Kindern den Zugang zu bestimmten Texten zu ermöglichen. Gefreut habe ich mich, als Schüler einer Abschlussklasse mir mitteilten, dass sie für ihre Hauptschulabschlussprüfung eine Projektarbeit zu Martin Luther King planten. Sie baten mich darum, sie bei diesem mehrwöchigen Projekt zu begleiten, was ich auch gerne tat. Es war bewundernswert, mit welcher Begeisterung diese Jugendlichen an die Arbeit gingen und wie intensiv sie sich mit dem Thema beschäftigten. Die Präsentation ihrer Arbeit war so beeindruckend, dass meine Kolleginnen und mein Schulleiter noch heute von dieser Prüfung schwärmen, bei der alle Beteiligten sehr gut benotet wurden. Es war übrigens ein Novum, dass an unserer Schule die Hauptabschlussprüfung mit einer Projektarbeit im Fach Religion absolviert wurde.

Eine besondere Verbindung zum Werk Martin Luther Kings habe ich Anfang der 1980er Jahre durch die Teilnahme am Friedensseminar im sächsischen Königswalde in der damaligen DDR und durch die Freundschaft mit Georg Meusel aus Werdau erhalten, einem der Aktiven dieses zweimal jährlich stattfindenden Seminars. Georg Meusel hatte sich schon seit langem sehr intensiv mit King und seinem gewaltlosen Kampf befasst. Er hat zahlreiche Artikel dazu geschrieben, die in verschiedenen Kirchenzeitungen veröffentlicht wurden.

### ■ Mit Briefmarken für die Gewaltfreiheit im »Ostblock«

Einmalig dürfte sein philatelistisches Exponat zum Thema »Martin Luther King – gewaltloser



Kampf gegen Unterdrückung und Krieg« sein. Diese Zusammenstellung von Briefmarken und postalischen Belegen mit entsprechenden Texten zum Wirken Kings wurde in mehreren Ausstellungen in der DDR und in weiteren osteuropäischen Ländern gezeigt hatte. Sie hat sicherlich dazu beigetragen, den BesucherInnen den Gedanken der Gewaltfreiheit näher zu bringen, der dann Ende der 1980er Jahre ein ganz wichtiger Baustein für den friedlichen und gewaltfreien Verlauf der Revolution in der DDR war. Bei einem der Besuche von Georg Meusel in Westdeutschland machte ich ihn mit dem King-Biografen Prof. Gerd Presler bekannt, dem es bald danach gelang, die King-Ausstellung in der Karlsruher Pädagogischen Hochschule zu zeigen. Presler referierte in den 1980er Jahren auch bei einer internen Veranstaltung in Werdau über Martin Luther King.

Bei einem meiner Besuche in Werdau erzählte ich Georg Meusel von dem King-Dokumentarfilm »Dann war mein Leben nicht umsonst«, dessen Uraufführung ich 1970 in den USA persönlich erlebt hatte. Wir hatten diesen sehr beeindruckenden Film, nachdem er synchronisiert worden war, häufig bei öffentlichen Veranstaltungen gezeigt, die entweder von unserer DFG-VK organisiert oder zu denen wir eingeladen worden waren. Zur Werbung für Film-Vorführungen dieser King-Dokumentation hatten wir von der DFG-VK Plakate in größeren Mengen drucken lassen, in die nur noch der Veranstaltungsort und die Zeit eingetragen werden mussten. Diese A2-Plakate wurden auch von mehreren weiter entfernten Friedens-Initiativen bei uns angefordert. Das Film-Plakat wurde im DFG-VK-Materialvertrieb angeboten, der von meiner Frau geführt wurde und in dessen Programm sich auch mehrere Bücher und Broschüren von und über Martin Luther King befanden.

Georg Meusel kannte den King-Film aus dem (West-)Fernsehen und war erfreut zu erfahren, dass es ihn auch als 16-mm-Kopie gibt. Wir überlegten, was wir machen könnten, um eine Kopie dieses Dokumentarfilms zu finanzieren und in die DDR zu bekommen. Mir gelang es in recht kurzer Zeit, durch „Bettelbriefe“ an FriedensfreundInnen die Finanzierung über ca. 3.000 Mark zu si-

chern, und Georg Meusel fand über den Filmdienst des Evangelischen Jungmännerwerks Magdeburg und das DDR-Kulturministerium einen Weg, wie eine Kopie dieser Film-Dokumentation nach Werdau kam. Dieser King-Film hat in den darauffolgenden Jahren bei sehr vielen Veranstaltungen in der DDR tausende BesucherInnen über King und seinen gewaltfreien Kampf informiert.

Es war Georg Meusel, der dann 1998 die Gründung des »Martin Luther King-Zentrums für Gewaltfreiheit und Zivilcourage« initiierte. Viele Jahre war er Vorsitzender dieses Vereins. Ich war Gründungsmitglied und unterstütze seitdem die wichtige Arbeit des King-Zentrums, soweit es mir von Karlsruhe aus möglich ist.

### ■ Auf den Spuren von Martin Luther King

Unvergessen bleibt für mich auch eine Studienreise in die USA, die ich angeregt und mitorganisiert hatte. Eine Gruppe von 16 Aktiven aus der Friedensbewegung war im August 2001 drei Wochen lang »auf den Spuren Martin Luther Kings« in verschiedenen Städten der USA unterwegs, in denen King gewirkt und gelebt hat und wo er gestorben ist. Wir – vorwiegend Mitglieder des Versöhnungsbundes, des Martin-Luther-King-Zentrums und der DFG-VK – hatten in diesen 20 Tagen viele Erlebnisse und Begegnungen mit Menschen, die das Andenken an King wach hielten und die sich in den USA gewaltfrei für Gerechtigkeit und Frieden einsetzten. An einigen Orten fühlten wir uns King ganz nahe. Am intensivsten empfand ich dies im Lorraine-Hotel in Memphis, auf dessen Balkon er am 4. April 1968 ermordet worden war.

»Wir haben nicht mehr die Wahl zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit. Wir müssen wählen zwischen Gewaltfreiheit und Untergang.« Diese Aussage Martin Luther Kings, mit der wir auch auf unserer Studienreise konfrontiert wurden, macht deutlich, wie wichtig es ist, den Kampf für Gerechtigkeit und Frieden gewaltlos zu führen und an diesem Fundament der Gewaltfreiheit unbeirrbar festzuhalten.

*Ulli Thiel ist Sprecher der DFG-VK-Gruppe Karlsruhe.*



Manfred Pappenberger

## Schattenkriege im 21. Jahrhundert

Die Automatisierung des Krieges durch Drohnen und Roboterwaffen

**K**riegerische Auseinandersetzungen waren bislang Konflikte zwischen Menschen, wengleich die waffentechnologische Entwicklung die Distanz zwischen den sich bekämpfenden Menschen immer weiter wachsen ließ. Die Entwicklung von autonomen Roboterwaffen bedeutet gleichsam eine neue Dimension innerhalb der militärischen als auch in der sicherheitspolitischen Entwicklung. Zum einen haben die Roboterwaffen zu einem vorläufigen Höhepunkt im Prozess der so genannten »Revolution in Military Affairs« (RMA), d.h. die Erlangung einer Überlegenheit der eigenen Streitkräfte durch qualitativ hochwertige Waffentechnologie geführt (Asymmetrie der Stärke)<sup>1)</sup>. Zum anderen hat der Einsatz von bewaffneten Drohnen das Risiko eigener Verluste für den Besitzer solcher Waffensysteme weiter vermindert (Risikotransferkriege).

Darüber hinaus hat mit den autonomen Roboterwaffen eine neue militärische Ära – das Zeitalter der anonymen Kriege – begonnen. Bereits seit den 1990er Jahren finden unbemannte, ferngesteuerte Roboter bzw. Flugkörper (Drohnen) in vielfältigen militärischen, aber auch zivilen (Waldbrände, Verkehr, Pipelines), polizeilichen (Großdemonstrationen) und geheimdienstlichen Bereichen Verwendung (Dual-use).

In diesem Beitrag liegt der Fokus auf den militärischen bzw. geheimdienstlichen Aspekten von unbemannten Flugkörpern.

Besaßen Drohnen (Unmanned Aerial Vehicles, UAVs) anfänglich lediglich eine militärische Unterstützungsfunktion – besonders im Bereich Aufklärung – avancierten bewaffnete Drohnen (Unmanned Combat Aerial Vehicles,UCAVs) zum bevorzugten Mittel für gezielte Tötungen im Kontext des von US-Präsident George W. Bush in der Folge des Attentats vom 11. September 2001 proklamierten Krieges gegen den Terrorismus.

Neben Israel und Großbritannien setzen insbesondere die USA bewaffnete Drohnen zur gezielten Tötung von Menschen ein. Seit der ersten bekannt gewordenen Tötung durch US-Drohnen (Ali Kaid Sinjan al-Harithi am 03.11.2002 im Jemen)<sup>2)</sup> ist eine massive Ausweitung des Drohnenkriegs in quantitativer und qualitativer Hinsicht im Rahmen der neuen sicherheitspolitischen Doktrin »No boots on the ground«<sup>3)</sup> unter US-Präsi-

dent Barack Obama zu beobachten. Gezielte Tötungen markieren dabei eine politische Kehrtwende, waren doch staatlich genehmigte Attentate seit 1976, als Präsident Gerald Ford politische Morde verboten hatte, tabu gewesen.

Neben der Zunahme der Häufigkeit solcher Drohnenangriffe – mittlerweile werden etwa fünf von sechs Angriffen in Pakistan der Verantwortlichkeit der Obama-Administration zugerechnet – veränderte sich zudem der Schwerpunkt von so genannten »Personality« zu »Signature«-Schlägen. Waren in der ersten Kategorie vermeintliche Führungspersonen bewaffneter nicht-staatlicher Gruppierungen das Ziel der Angriffe, so werden in der jetzigen Kategorie die potenziellen Ziele auf Terrorismus-Verdächtige, Drogenbarone oder militante Zivilpersonen erweitert.

Dieser militärischen Praxis hinkt der öffentliche Diskurs um Jahre hinterher. Eine breite öffentliche Diskussion über völker- bzw. menschenrechtliche, soziale und (gesellschafts-)politische Implikationen, über Risiken und Gefahren dieser neuen Kriegsführung ist nicht nur im Hinblick auf eine mögliche Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen, wie sie Verteidigungsminister Thomas de Maizière plant,<sup>4)</sup> dringend erforderlich – und hat nun durch den Untersuchungsausschuss im Bundestag zur Drohnen-Affäre und die Drohnen-Kampagne der Friedensbewegung ([www.drohnen-kampagne.de](http://www.drohnen-kampagne.de)) wenigstens begonnen.

### ■ Drohnen – weapons of choice

Die technologische Überlegenheit westlicher Armeen hat dazu geführt, dass klassische Kriege inzwischen mit relativ wenigen eigenen Opfern realisierbar sind. Allerdings sind die Hightech-Waffen für die Zeit nach der offiziellen Beendigung des Kriegseinsatzes während der Phase der Besetzung nur bedingt geeignet, wenn sich die Gegenseite zur Führung eines asymmetrischen Guerillakrieges<sup>5)</sup> oder zu terroristischen Aktionen ent-

Verluste ist die neue Doktrin durch die zunehmende Vernetzung des Militärs, der CIA und dem Weißen Haus gekennzeichnet. Insgesamt ist festzustellen, dass militärische Kompetenzen und Verantwortlichkeiten in die Hände der Geheimdienste übergegangen sind.

1) Münkler, Herfried: Der Wandel des Krieges, Weilerswist 2006, S. 65

2) Vgl. Der Spiegel Nr. 46/2002, S. 222

3) Neben dem Verzicht auf Bodentruppen zur Minimierung eigener

4) Vgl. hierzu: Die Bundeswehr plant schon den Drohneneinsatz, in: Frankfurter Rundschau vom 02.08.2012, S. 4, und: de Maizière wirbt für den Einsatz bewaffneter Drohnen, in: weltonline vom 03.08.2012

5) Christopher Daase begreift den asymmetrischen Guerillakrieg als eine Geschichte der Konter-Revolution on Military Affairs. Vgl. Daase, Christopher: Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren:

schließt. Starben bis zur Einnahme von Bagdad lediglich 138 US-Soldaten, wurden in der Folgezeit, nach dem offiziellen Ende der Kriegshandlungen im Irak, fast 5.000 Soldaten getötet. Die Zahlen für Afghanistan verhalten sich ganz ähnlich.

An dieser Stelle bilden bewaffnete Drohnen das Mittel der militärischen Wahl, suggerieren sie doch eine Bekämpfung von Aufständischen und Al-Qaida ohne eigene Verluste.

Für Politiker und Militärs liegen die Vorteile der Robotertechnologie im Drohnenkrieg auf der Hand. Bei Drohnen handele es sich um Waffensysteme von höchster, fast schon chirurgischer Präzision, die nur das treffen, was sie treffen sollen, nämlich ausschließlich militärisch relevante Bereiche. Die ungeheure Präzision der neuen Waffentechnologie biete die einzigartige Möglichkeit, hinlänglich sicher zwischen Kombattanten bzw. Terroristen und unschuldigen Zivilpersonen zu unterscheiden. John Brennan, langjähriger Experte für Terrorbekämpfung und neuer CIA-Chef gilt als Architekt der modernen Kriegsführung der USA. Für ihn ist der entscheidende Vorteil des ferngesteuerten Tötungsapparates »die chirurgische Genauigkeit, die Möglichkeit, mit laserscharfer Präzision diesen krebsartigen Tumor zu entfernen, der sich Al-Quaida-Terrorist nennt, und das darum liegende Gewebe so wenig wie möglich zu beschädigen.«<sup>6)</sup>

Ein weiterer Vorteil liegt darin, dass die Ausbildungskosten für diejenigen, die Drohnen fernsteuern, wesentlich geringer sind als die eines Kampffjet-Piloten. Weiterhin, so die Befürworter, führen Angriffe mittels Drohnen, die Raketen mit relativ geringer Sprengkraft zielgenau abfeuern, zu wesentlich geringeren Schäden bei Menschen und an Gebäuden als die Bombardements durch Kampffjets.

Doch nicht nur in militärischen Dimensionen (vermintes Gelände, Sprengfallen, bei Scharfschützen, zur Aufklärung) hat die Robotertechnologie Vorteile vorzuweisen. Selbst in ethischer Hinsicht sind Automaten dem Menschen in Kampfhandlungen aus der Perspektive ihrer Protagonisten überlegen, weil von ihnen keine Massenvergewaltigungen oder Massaker an der Zivilbevölkerung ausgehen. Und in der Tat: Ein Blick in die Geschichte der Menschheit zeigt, dass Kriegsverbrechen, Gewaltorgien und Genozide allesamt Taten waren, die von Menschen begangen wurden. Insofern werden Kriege mit Drohnen oder Robotern nicht grausamer und unmenschlicher,

aber sie werden – und das ist der entscheidende Punkt – wahrscheinlicher.

Drei Aspekte führen aus meiner Sicht zu einer Erhöhung der Wahrscheinlichkeit einer bewaffneten militärischen Auseinandersetzung: Neben der Abtrennung der emotionalen Komponenten von den Folgen des soldatischen Handelns und der Aufweichung bzw. Zerstückelung von Verantwortlichkeiten ist in diesem Zusammenhang die Reduzierung eigener Verluste zu nennen.

### ■ Erhöhung der Kriegswahrscheinlichkeit durch den Einsatz von Drohnen

Eine Studie der rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten von Stanford und New York vom September 2012 zu Praxis und Auswirkung des Drohneinsatzes in Pakistan widerlegte die offizielle US-Regierungsversion, wonach die Zivilbevölkerung beim Einsatz von Drohnen weitestgehend geschützt werde.<sup>7)</sup> Wirklich geschützt werden nur diejenigen, die über solche Waffensysteme verfügen. Ein Krieg, der jedoch keine eigenen Opfer fordert, ist zwar einerseits wünschenswert, bewirkt aber andererseits beim Angreifer wesentlich geringere politische Kosten und führt letztlich dazu, dass militärische Gewalt zur Durchsetzung von politischen und/oder wirtschaftlichen Interessen auch dann eine politische Option darstellt, wenn Gesellschaften immer weniger bereit sind, eigene Todesopfer zu tolerieren. Die militärische Machbarkeit führt dazu, dass gewaltfreie politische Lösungen von Konflikten zu Optionen zweiter Klasse verkommen.

Der Traum vom schnellen, siegreichen Krieg ohne eigenes Blutvergießen hat mit dem Einsatz von bewaffneten Drohnen eine neue Dimension in einem Prozess erreicht, den der britische Politikwissenschaftler Martin Shaw mit dem Begriff »Risikotransferkriege«<sup>8)</sup> treffend beschrieben hat. Danach besitzen insbesondere westliche Demokratien Öffentlichkeiten mit einer hohen Sensibilität gegenüber eigenen Verlusten, so dass militärische Strategien existenzielle Risiken vermeiden oder auf andere Gruppen transferieren müssen. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn es sich nicht um Verteidigungskriege, sondern um (welt-)ordnungspolitische Konflikte ohne eindeutigen Bezug zum nationalen Interesse handelt.

39

Revolutionen und Konterrevolutionen in Military Affairs, in: Helmig, Jan/Schörnig, Niklas (Hrsg.) Die Transformation der Streitkräfte im 21. Jahrhundert. Militärische und politische Dimensionen der aktuellen »Revolution in Military Affairs«, Frankfurt/Main 2008

6) Vortrag von John Brennan: Effizienz und Ethik der US-Antiterror-Strategie, zit. nach Süddeutsche Zeitung vom 08.01.2013, S. 2. In der Kriegspropaganda wird der Gegner sprachlich häufig als Unmensch, als Bestie und Tier oder eben als Krebsgeschwür bezeichnet.

7) Die Studie, die sich auf die Zahlen des Bureau of Investigative Journalism in London beruft, kommt zu dem Ergebnis, dass im Zeitraum 06/2004 und 09/2012 zwischen 2.562 und 3.325 Personen durch Drohnen getötet wurden, darunter zwischen 474 und 881 Zivilisten und davon 176 Kinder. Vgl. hierzu auch: Stellungnahme von John F. Tierney, Subcommittee on National Security and Foreign Affairs, Hearing on »Rise of the Drones: Unmanned Systems and the Future of War«, vom 23.03.2010.

Vgl. auch: Ambos, Kai: Drohnen sind Terror, in: Süddeutsche Zeitung vom 17.10.2012, S.2, und Kazim Hasnain: Obamas Drohnenkrieg schürt Terrorgefahr, in: spiegel online vom 25.09.2012.

8) Shaw, Martin: The New Western way of War. Risk-transfer war and its crisis in Iraq, Cambridge 2005.

Durch die Fähigkeit, den ausgespähnten Gegner aus immer größerer Distanz punktgenau zu bekämpfen und die eigenen Soldaten immer stärker oder ganz vom Schlachtfeld fernzuhalten, konnte die »Opfersensibilitätsfalle«<sup>9)</sup> umgangen und sowohl die militärische als auch die politische Vorgabe, nur noch Missionen mit einer Konzentration der Schäden beim Gegner und minimierten eigenen Verlusten durchzuführen, umgesetzt werden.

### ■ Absenkung der Hemmschwelle

Die Perfektion der modernen Waffentechnologie ermöglicht weitgehend unblutiges Töten mittels Knopfdruck. Die Rakete fliegt weit weg, der eigenen Sicht und Vorstellung entrückt, absolut zielgenau, und zerstört nur militärische Anlagen des Gegners. Es wird der Eindruck eines klinisch reinen Krieges vermittelt, bei dem die Zivilbevölkerung weitgehend ge- und verschont wird.<sup>10)</sup>

Psychologisch ist die Hemmschwelle viel geringer, auf den berühmten Knopf zu drücken, auch wenn die Folge dieses Knopfdrucks eine Million Tote bedeuten würde, als jemandem direkt die Gurgel durchzuschneiden oder ein Messer in den Bauch zu stoßen. Die Abspaltung der Gefühle vom Denken bzw. Handeln bewirkt eine humane Deformation, weil sich eine Denkweise entwickelt, die durch keine emotionale Kontrolle rückgekoppelt ist. Umgekehrt ist die Abspaltung der Gedanken von der Gefühlswelt ebenso problematisch, weil jede Einseitigkeit die Möglichkeit zur Pathologie begünstigt. Gefühle ohne Gedankenrückkoppelung lassen den Psychopathen und Gedanken ohne Gefühle den Soziopathen, den Kriminellen entstehen. Schon Konrad Lorenz war der Auffassung, dass die Abkoppelung des Sensoriums den Menschen überhaupt erst befähigt, skrupellos zu sein. Das Phänomen des Ausblendens der Gefühlswelt führt zu einer zunehmenden Schizophrenisierung militärisch Handelnder, weil die emotionale Komponente der Akteure mehr oder weniger umfassend von ihrer Persönlichkeit abgetrennt wird. Die Kriegsbereitschaft des Individuums steigt in dem Maße, wie es gelingt, das Einfühlungsvermögen in den anderen auszuschalten.

### ■ Zerstückelung von Verantwortlichkeiten

Die militärische Sozialisation ist nicht nur auf den Verlust der Selbstachtung durch soldatische Rituale, militärischen Drill und Schikanen ausgerichtet, sondern zielt darüber hinaus auf den Ab-

bau der Tötungshemmung. Das militärische System ist gekennzeichnet durch eine extrem hierarchische Struktur und das Prinzip »Befehl und Gehorsam«. Die Bomberpiloten Paul Tibbets (Hiroshima) und Charles Sweeney (Nagasaki) haben so viele Menschen getötet wie sonst niemand in der Geschichte der Menschheit. In einem Interview sagte Sweeney: »Ich bin Soldat, und Befehl ist Befehl; ich habe gemacht, was ich tun musste.« Und er fügte hinzu: »Jeder Soldat der Welt würde so handeln.«<sup>11)</sup> Richtig! Auf Befehl wurde und wird zu allen Zeiten gemordet, gefoltert und zerstört. Und wenn es doch einmal zu einer juristischen Aufarbeitung von Kriegsverbrechen oder Massenmord kommen sollte, lautet die entschuldigende Aussage und Rechtfertigung häufig, man habe nur Befehle befolgt. Danach liegt die Verantwortung des Soldaten nicht in den Konsequenzen des Befehls, sondern lediglich in der Art seiner Ausführung. Der Soldat sieht (noch) was er tut, trägt selbst dafür aber nicht die Verantwortung, sondern der Befehlgeber, der aber nicht sieht, was getan wird.

Die Aufweichung der Verantwortlichkeit ist heute vielen großen Systemen immanent (Wissenschaftssysteme, Finanzsysteme, globalisierte Konzerne, militärische Systeme); sie vollzieht sich, indem Verantwortung sehr weit gestreut wird und bei der der Einzelne nur einen kleinen Teil bearbeitet und sich gar nicht für das große Ganze verantwortlich machen kann, weil er die Komplexität nicht mehr durchschaut. Die Nationalsozialisten haben die Zerstückelung von Verantwortung nicht erfunden, aber radikal praktiziert und konnten so ihre menschenverachtende Politik umsetzen. Und sie wussten, dass es auch in einem arbeitsteilig und die Verantwortung zerstückelnden Prozess Bereiche gibt, die psychisch besonders schwierig waren, wie die berühmte Poseners Rede von Heinrich Himmler verdeutlicht. Auch das Massaker von My Lai im Vietnamkrieg wurde dahingehend untersucht, wer die Verantwortung hatte: Es wurde keiner gefunden. Oder: Wer hatte die Verantwortung für die Finanzkrise 2008? Und wenn es beim Einsatz von Drohnen einmal zu Fehlern kommt und unschuldige Zivilisten getötet werden, wer trägt die Verantwortung dafür? Der Wissenschaftler? Der Hersteller? Der Befehlsgeber? Der Programmierer? Derjenige, der auf den Knopf drückt?

Tatsächlich führt die Ausstattung der Drohnen mit immer mehr und leistungsfähigeren Sensoren, mit GPS-geleiteten Präzisionsraketen sowie die Vernetzung zwischen den militärischen Einheiten (System der Systeme) zu einem exponentiellen Wachstum von Daten, die es auszuwerten und zu beurteilen gilt. Dabei wird die Befehlsübermittlung einer hochkomplexen und für den Einzelnen meist nicht durchschaubaren Entschei-

9) Schönig, Niklas: Visionen unblutiger Kriege. Hightech-Antworten zur Umgehung der Opfersensibilität, in: Geis, Anna/Müller, Harald/Wagner, Wolfgang (Hrsg.): Schattenseiten des Demokratischen Friedens. Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik, Frankfurt 2007, S. 106

10) Gelingt dies nicht, wird der euphemistische Begriff »Kollateralschaden« verwendet.

11) Vgl. Drewermann, Eugen: Krieg ist Krankheit, keine Lösung, Freiburg i.Br. 2002, S. 56 f.



derung mehr und mehr über Computersysteme gesteuert. Zwar liegt der eigentliche Abschuss der Rakete noch beim Menschen, doch diese finale Handlung gerinnt mehr und mehr zum Ritual scheinbarer Selbstständigkeit, zum symbolischen Akt, weil die Basis für die Entscheidung zum Abfeuern längst durch Computer und Algorithmen vorbereitet wurde. Der Knopfdruck stellt letztlich keine bewusste menschliche Entscheidung mehr dar, so dass dem Menschen die Entscheidungsgewalt nurmehr auf einer abstrakten Ebene erhalten bleibt.

»Verwaltungsmassenmorden« nannte Hannah Arendt die arbeitsteilige Aufspaltung von Gewalt handlungen. Daraus resultiert bei den handelnden Personen eine Verantwortungslosigkeit und moralische Indifferenz, weil sie mit den Folgen ihres Handelns nur noch ausschnitthaft oder gar nicht mehr direkt konfrontiert werden.

Doch nicht nur die enormen Datenmengen werden die eigenständige Rolle des Menschen zugunsten von Computersystemen zurückdrängen. Da Funkverbindungen über große Entfernungen besonders störanfällig sind, werden sich auch die wenigen beim Menschen verbliebenen Entscheidungssequenzen hin zu den Roboterwaffensystemen verschieben. »Letale Autonomie« heißt der Fachbegriff und bedeutet die Übernahme des Tötens automatisiert durch Maschinen.

## ■ Politische und soziale Folgen für Demokratie und Gemeinwesen

Die letale Autonomie ist jedoch lediglich der finale Akt eines Prozesses, der schon im Vorfeld viele Aspekte als notwendige Bedingungen hierfür voraussetzt.

Um einen vermeintlichen oder tatsächlichen Gegner exekutieren zu können, müssen die Roboterwaffen zuvor mit entsprechenden Daten programmiert worden sein. Nach welchen Kriterien solche »killing lists« erstellt werden, findet im Geheimen statt, ohne dass Öffentlichkeit oder Parlament eine Kontrolle ausüben kann.

Durch automatisierte Waffensysteme konzentriert sich militärische Macht in wenigen Händen. Diese Machtkonzentration ist jedoch mit demokratisch verfassten Gesellschaften unvereinbar.

Auf jeden Fall müssen Personendaten erfasst, digitalisiert und gespeichert werden, damit Roboterwaffen später Zielpersonen erkennen, verfolgen und automatisch töten können. Neben persönlichen Daten und Bildern werden in den Überwachungssystemen der Zukunft auch menschliche Bewegungsmuster erfasst, um gegebenenfalls Abweichungen aufzuzeigen, denn ein solches intelligentes Überwachungssystem »weiß«, wie sich Menschen normalerweise an einem bestimmten Ort verhalten. Auch Riechen lernen die Roboterwaffen bereits: Im menschlichen Atem werden

bis zu fünfzehn verschiedene Chemikalien abge sondert, die von elektronischen Sensoren identifiziert und zur Zielerfassung benutzt werden.

»Es geht nicht um umfassende Überwachung, sondern um Befugnisse, um Sie als Bürger vor terroristischen Anschlägen zu schützen«<sup>12)</sup> – so versuchte Bundesinnenminister Friedrich (CSU) noch 2011 zu beruhigen. Doch der sicherheitspolitische Reflex, auf (Terror-)Attentate mit technischer Aufrüstung und juristischer Entgrenzung zu reagieren, ist ebenso typisch wie die Forderung, im Antiterrorkampf dürfe es keine Denkblockaden und Denkverbote geben.<sup>13)</sup>

Selbstverständlich sind Überwachungsmaßnahmen wichtige Aspekte innerhalb eines Präventionssystems, aber sie dürfen nicht zu einem entgrenzten Präventionsstaat führen. Ein umfassender präventiver Sicherheitsstaat konzentriert sich nicht nur auf konkrete Verdachtsmomente, denn die Gefahr kann überall lauern. Aus der präventiven Sicherheitsperspektive kann jeder unbescholtene Bürger von heute zu einem Gefährder von morgen mutieren. Deshalb ist es sicherheitspolitisch geboten, lieber möglichst viele Bürger zu beobachten als einen zu übersehen. Wer umfassende Prävention leisten will, ist ständig bemüht, Überwachung zu optimieren, weil er nie alles weiß.

Seit dem 11. September 2001 sind im Rahmen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Terrorismusbekämpfungsgesetz) umfangreiche Gesetzesveränderungen und Rechtsverordnungen eingeführt und umgesetzt worden.<sup>14)</sup> Um eine

12) Süddeutsche Zeitung vom 31.03.2011

13) Schon Franz Josef Strauß forderte im Herbst 1977 im Zusammenhang mit der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer durch die Rote Armee Fraktion (RAF), das Udenkbar zu denken.

14) In diesem Zusammenhang sind u.a. zu nennen: Sicherheitspaket I (2001): Streichung des Religionsprivilegs, Strafbarkeit der Mitgliedschaft und Unterstützung einer ausländischen Terrorgruppe; Sicherheitspaket II (2002): Einsicht von Informationen bei Banken, Fluglinien und Telekommunikationsunternehmen; Rasterfahndung (2002): präventive Rasterfahndung nach bislang nicht entdeckten islamistischen Terroristen, seit Mai 2006 nur bei einer »konkreten Gefahr für hochrangige Rechtsgüter« zulässig (Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 04.04.2006, Az.: 1 BvR 518/02); Terrorabwehrzentrum (2004): Austausch und Koordination von Informationen von Behörden aus Bund und Ländern; Luftsicherheitsgesetz (2005): Abschuss eines Passagierflugzeugs ist möglich, wenn es als Waffe benutzt wird, das BVerfG erklärt diese Regelung für verfassungswidrig, BVerfG-Urteil vom 15.02.2006, Az.: 1 BvR 357/05; Biometrischer Reisepass (2005): Pass muss digitalisiertes Bild und Fingerabdruck enthalten; Antiterrordatei (2006): gemeinsame Datei von Polizei und Geheimdiensten; Vorratsdatenspeicher (2008): 6-monatige Speicherung von Telefon-Verbindungsdaten, das BVerfG erklärt diese Regelung für verfassungswidrig, BVerfG-Urteil vom 02.03.2010, Az.: 1 BvR 256/08, 1 BvR 263/08, 1 BvR 586/08; Onlinedurchsuchung (2008): das BVerfG erlaubt Online-Durchsuchungen nur, wenn es »tatsächliche Anhaltspunkte einer konkreten Gefahr für ein überaus wichtiges Rechtsgut« gibt, BVerfG-Urteil vom 27.02.2008, Az.: 1 BvR 370/07; Vorbereitungshandlungen (2009): strafbar ist der Besuch terroristischer Ausbildungslager, Erwerb von chemischen Grundstoffen, die zur Sprengstoffherstellung geeignet sind, Finanzierung von Anschlägen; Nationales Cyber-Abwehrzentrum (2011): Kooperation von Sicherheitsorganen des Bundes zur Abwehr elektronischer Angriffe.

Vgl. hierzu auch: Gössner, Rolf: Menschenrechte in Zeiten des Terrors. Kollateralschäden an der Heimatfront, insbesondere Kap. II »Antiterror spezialisten«, S. 65-125, und Abou-Taam, Marwan: Folgen des 11. September 2001 für die deutschen Sicherheitsgesetze, in APuZ Nr. 27/2011, S. 9-14

möglichst umfassende Gefahrenabwehr zu garantieren, erfolgt die Arbeit der Sicherheitsbehörden weit im Vorfeld terroristischer Bestrebungen. Sie hat insgesamt zu einer globalen Erschütterung des rechtlichen Kategoriensystems geführt.

Terroristen sind keine normalen Feinde, sie sind totale Feinde – Feinde, denen elementare Grundrechte abgesprochen werden müssen (vgl. hierzu auch Anm. 3). Und letztlich ist schon der Verdacht, Terrorist sein zu können, ausreichend dafür, Rechtsprinzipien zu lockern, wie z.B. das Prinzip keine Bestrafung ohne Verbrechen und ohne Gesetz (*nulla poena sine crimine; nulla poena sine lege*) oder dass das Strafmaß verhältnismäßig zur nachgewiesenen Straftat sein muss. Auch in Deutschland haben Politiker und Juristen ernsthaft über die Zulässigkeit der Folter diskutiert, und das Parlament befürwortete mehrheitlich den Abschuss vollbesetzter Flugzeuge (Luftverkehrsgesetz). Zwar hat das Bundesverfassungsgericht viele Vorhaben der Exekutive verworfen oder mit der Auflage zur Nachbesserung versehen (siehe Anm. 13), dennoch wurde im Laufe der Zeit die Legitimation rechtsstaatlicher Eingriffe um 180 Grad gedreht. Heutzutage bedarf die Verteidigung der Grundrechte der Rechtfertigung und nicht deren Einschränkung. Anstatt jedes neue Antiterrorgesetz an der Rechtsstaatlichkeit zu messen, wird den Befürwortern von Rechtsstaatlichkeit unterstellt, Terroristen unfreiwillig zu unterstützen und Verbündete des Terrorismus zu sein.

Doch es gibt kein Grundrecht auf Sicherheit. Sicherheit hat immer eine der Freiheit dienende Funktion auch in dem Sinne, eine »Verhinderung eines Hindernisses der Freiheit« (Kant) zu sein. Auch der Philosoph Peter Sloterdijk sieht die Freiheit als Opfer seit Nine-Eleven und dem Krieg gegen den Terrorismus. Nach seiner Auffassung sind aus Bürgern Sicherheitsuntertanen geworden.<sup>15)</sup> Wer heute den absoluten Vorrang der Sicherheit kritisiert, ist verdächtig und wird als Feind wahrgenommen.

Wer Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren, so lautet die oft zitierte Aussage des amerikanischen Philosophen Benjamin Franklin. Und mehr noch: Ein Rechtsstaat, der seinen Feinden elementare Grundrechte abspricht, verliert seine Würde und die Achtung vor seinen eigenen Werten. Er zerstört, was er zu schützen vorgibt: seine zivilisatorischen Werte wie Demokratie, Freiheit sowie Grund- und Menschenrechte.

Aus Angst vor dem Terror Selbstmord zu begehen, indem die eigenen Werte auf dem Altar der Sicherheit geopfert werden, ist die eigentliche Bedrohung freiheitlicher Demokratien. Ulrich Beck hat versucht, die Ambivalenz der Begriffe Freiheit

und Sicherheit zu beschreiben: »Ohne Sicherheit ist Freiheit leer und bedeutungslos – es fehlen die Grundlagen, um das Leben in Freiheit zu planen und aktiv zu gestalten. (...) Ohne Freiheit verliert Sicherheit ihren Sinn. Wer die Gefahr der Terrorattentate dazu nutzt, mit dem Sicherheitsversprechen die Freiheitsrechte zu (er)drosseln, schafft am Ende eine geschlossene Gesellschaft, in der es nicht zu leben lohnt.«<sup>16)</sup>

Sicherheitsmaßnahmen behandeln nur die Symptome, nicht die Ursachen des Terrorismus, und gegen unendlich viele mögliche Ziele von Terroristen kann es keine umfassende Sicherheit geben, schon gar nicht durch nationale Alleingänge. Sicherheit kann nur über die Grenzen von Kulturen, Religionen und Staaten hinweg organisiert werden. Gemeinsame Lösungen über die Vereinten Nationen erhöhen die Sicherheit weit mehr als die Verschärfung der Gesetze und die sicherheitstechnische Aufrüstung.

### ■ (Völker-)Rechtliche Probleme

Besonders problematisch ist der Einsatz von bewaffneten Drohnen unter völker- und menschenrechtlichen Aspekten, insbesondere dann, wenn sich das Land, in dem der Drohnenangriff stattfindet, in keinem erklärten Kriegszustand befindet, in keinem erklärten Kriegsgebiet befindet. Wenn Angriffe im Rahmen eines globalisierten Krieges sowohl in offiziellen Kriegsgebieten als auch im Hoheitsgebiet eines von nicht im Krieg mit dem Angreifer befindlichen Landes durchgeführt werden, dann ist die völkerrechtliche Unterscheidung zwischen bewaffneten Konflikten und befriedeten Regionen obsolet geworden. Der Einsatz von Drohnen außerhalb direkter Kampfgebiete ist nach Auffassung der Schweizer Rechtsexpertin Helen Keller illegal und mit dem Völkerrecht unvereinbar: »Die gezielte Tötung außerhalb von Kampfzonen kommt einer Exekution gleich. Das heißt, der Staat bedient sich des Gewaltmonopols, um illegal Menschenleben zu vernichten. In jedem Rechtsstaat wäre das nur unter den sehr strengen Voraussetzungen eines finalen Rettungsschusses (etwa in einem Entführungsfall) zulässig. Eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür ist, dass alle anderen Mittel, um der Zielperson habhaft zu werden, ausprobiert worden sind oder völlig aussichtslos erscheinen. Das scheint mir bei der Erschießung eines Terrorverdächtigen im Jemen a priori nicht gegeben zu sein. Wie die Situation in Somalia zu beurteilen ist, das ich als *gescheiterten Staat* qualifizieren würde, ist schwierig zu sagen. Aber auch da sollten die Hürden hoch genug angesetzt werden, um den Regierungen keinen Freipass zum gezielten Töten zu geben. Das humanitäre Völkerrecht würde wohl auch in einem solchen Fall gebieten, einen Ver-

15) Vgl. Die Freiheit ist das Opfer dieses Jahrzehnts. Peter Sloterdijk im Interview, in: Zeit-Magazin vom 11.12.2008, S. 30

16) Beck, Ulrich: Politik der Angst. Die offene Gesellschaft und die Terroristen, in: Süddeutsche Zeitung vom 25.07.2005, S. 11

dächtigen primär gefangen zu nehmen, statt ihn einfach umzubringen.«<sup>17)</sup>

Der Schutz der staatlichen Souveränität gehörte bislang zu den grundlegenden Normen des Völkerrechts und wurde insbesondere durch das zwischenstaatliche Gewaltverbot und das Verbot der Einmischung in innere Angelegenheiten gewährt.

Vom Völkerrecht ist der Einsatz militärischer Gewalt nur in zwei eng definierten Ausnahmefällen gedeckt: Zur Abwendung einer militärischen Aggression als individuelle oder kollektive Verteidigungsmaßnahme nach Art. 51 (»Recht auf Selbstverteidigung«) der Uno-Charta oder falls die internationale Sicherheit und der Weltfrieden bedroht sind (Art. 39). Ebenso eindeutig ist geregelt, dass es der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist, der darüber entscheidet, ob ein solcher Ausnahmefall vorliegt oder nicht.

Ursprünglich wurde dabei an Kriege zwischen souveränen Staaten gedacht. Doch wie Jugoslawien, Ruanda, Sudan, Libyen oder Mali zeigen, finden viele Konflikte nicht mehr zwischen, sondern innerhalb der Staaten statt, wodurch die Politiker und Juristen gezwungen waren, das Völkerrecht zu überdenken. So beschlossen die Vereinten Nationen im Jahre 2005 die neue »Schutzverordnungs-Doktrin« (»Responsibility to Protect«). Danach muss jeder Staat seine Bürger vor schwersten Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen wie Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder ethnischen Säuberungen schützen. Sind die Regierungen hierzu nicht in der Lage oder sind sie selbst die Ursache dieser Verbrechen, geht die Verantwortlichkeit auf die internationale Staatengemeinschaft über. Damit rückt das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt des Völkerrechts, weil sich kein Staat mehr auf seine einzelstaatliche Souveränität berufen kann.<sup>18)</sup>

Die Durchsetzung eigener Interessen auch über Landesgrenzen hinweg wird durch den Einsatz von Roboterwaffen wesentlich erleichtert, weil sie aus dem Schattenreich der Geheimdienste gesteuert und internationale Institutionen umgehen. Die völkerrechtlich garantierte Souveränität der einzelnen Staaten erfährt eine deutliche Relativierung. Die Aushöhlung des Völkerrechts bewirkt eine zunehmende Entrechtlichung der internationalen Beziehungen und eine stärkere eigenmächtige Auslegung und Interpretation von internationalen Beschlüssen. Die Folge ist eine Schwächung der Vereinten Nationen mit einer divergierenden Völkerrechtsordnung in unterschiedliche Rechtskreise mit einer Zunahme gewaltoffener, rechtsfreier Räume.<sup>19)</sup>

Der Begriff »gezielte Tötung« ist im internationalen Recht nicht definiert. Im Allgemeinen wird darunter die tödliche Gewalt durch Staaten oder staatliche Organisationen wie Armeen oder Geheimdienste verstanden, die mit der ausschließlichen Absicht durchgeführt wird, bestimmte Personen ohne rechtskräftiges Urteil eines zuständigen Gerichts zu töten. Die Ausschaltung eines politischen Gegners durch dessen Exekution bedeutet die weltweite Einführung der Todesstrafe ohne Gerichtsverhandlung. Dieser Prozess einer globalen Lynchjustiz wirft die rechtsstaatliche Entwicklung auf das archaische Recht des Stärkeren zurück. Von daher ist es zu begrüßen, dass die Bundesanwaltschaft im Juli 2012 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf einen Verstoß gegen das Kriegsvölkerrecht eingeleitet hat, der im Zusammenhang mit dem Tod des deutschen Staatsbürgers Bünyamin E. durch einen Drohnenangriff in Nordwaziristan steht.<sup>20)</sup>

Die Problematik wird sich zusehends verschärfen, wenn man sich vergegenwärtigt, dass in absehbarer Zukunft mindestens 50 Staaten – und auch nicht-staatliche Organisationen und/oder das Organisierte Verbrechen – in den Besitz solcher Waffensysteme gelangen werden, zumal deren Einsatz niedrige Kosten und geringe Risiken bei der Austragung von Konflikten verspricht. Auch die Gegenseite partizipiert an waffentechnologischen Entwicklungen und wird – zeitverzögert – in den Besitz moderner und modernster Waffensysteme gelangen (z.B. Drohnenangriffe der Hamas auf Israel).

Die globale Einführung billiger und extrem schwer zurückverfolgender Waffensysteme (ähnlich dem so genannten Cyber-War) wird nicht nur das internationale Kriegsrecht, sondern auch das Wesen der Konflikte der Menschen untereinander verändern. Es ist der Beginn des Zeitalters der »anonymen Kriege«.<sup>21)</sup>

## ■ Die Illusion des sicheren Krieges

Die Hoffnung, dass die nationale Sicherheit der USA durch den globalen Einsatz von Roboterwaffensystemen erhöht wird, indem mutmaßliche Feinde digital erfasst, aufgespürt und beseitigt werden,<sup>22)</sup> ist wenig realistisch. Selbst wenn der Drohnenkrieg erfolgreich geführt würde und insbesondere ranghohe Terroristen exekutiert würden – was laut oben erwähnter Studie in nur zwei Prozent der Fälle gelingt –, erinnert er in seinen Konsequenzen sehr stark an die Figur der Hydra aus der griechischen Mythologie: Jeder so getöte Feind bringt zwei neue hervor. Ein Zusammen-

17) Vgl. junge Welt vom 12.11.2010, S. 10

18) Inwieweit es sich bei dieser Doktrin um eine verbindliche Rechtsnorm des Völkerrechts handelt, ist jedoch noch nicht abschließend geklärt.

19) Beispiele hierfür sind neben Guantanamo und Abu Ghraib auch Gefangenentransporte in Länder, die Folterpraktiken ausüben.

20) Vgl. taz vom 20.07.2012, S. 3. Auch in den USA ziehen Bürgerrechtler im Zusammenhang mit gezielten Tötungen durch Drohnen vor Gericht.

21) Vgl. hierzu: Suarez, Daniel: Kill Decision, Reinbek 2013

22) Washington Post zit. nach Süddeutsche Zeitung vom 08.01.2013, S. 2

brechen bzw. eine Auflösung der Terrorgruppen ist nicht zu erwarten, im Gegenteil: Der Drohnenkrieg führt zu einer Radikalisierung und Mobilisierung der Überlebenden mit der Folge weiterer Terroranschläge. Wer Terrorismus mit Terror bekämpft, fördert den Terrorismus und unterstützt den Prozess der Rekrutierung neuer Terroristen.<sup>23)</sup> Diese These wird in der afghanischen Kriegsrealität sehr deutlich durch die kontinuierliche Erhöhung von Selbstmordattentaten sowie von Angriffen mit Sprengfallen bestätigt.

Befriedete Regionen mit stabiler politischen Ordnung hinterlässt der Drohnenkrieg ganz offensichtlich nicht. Viel wahrscheinlicher ist, dass Aufständische oder Terroristen den Krieg dorthin bringen werden, wo sich die Steuerzentralen der automatisierten Roboterwaffen befinden. So gesehen ist die Eskalation der Gewalt ein Prozess, der vom Anwender der Roboterwaffen zumindest mitinitiiert ist. »Terrorismus hat keine Rechtfertigung, aber er hat sehr wohl Ursachen.«<sup>24)</sup> Inwieweit die weltweite Anschlaggefahr durch den aktiven Kriegsbeitrag internationaler Truppen erhöht oder gesenkt wurde, ist politisch umstritten.

Die Kombination der Elemente des guten Zwecks (Durchsetzung des Völkerrechts, Absetzung von Diktatoren oder Verhinderung eines Genozids) mit für die Zivilbevölkerung schonenden Mitteln (bewaffnete Drohnen), dieser Traum vom garantierten Sieg ohne eigenes Blutvergießen bleibt eine gefährliche Illusion. »Denn der Krieg bleibt, was er ist: das gewaltsame Aufeinanderprallen zweier gegensätzlicher politischer Willen, die sich nicht nachgeben wollen.«<sup>25)</sup>

23) Neben der Tötung von Zivilisten ist in diesem Zusammenhang insbesondere die entwürdigende Behandlung und die Folterung von Gefangenen in Guantanamo oder Abu Ghraib zu nennen.

24) Jutta Limbach auf dem Deutschen Anwaltstag 2002 in München.

25) Müller, Harald/Schörnig, Niklas: Drohnenkrieg: Die konsequente Fortsetzung der westlichen Revolution in Military Affairs, in: APuZ Nr 50/2010, S. 22

Möglichen kurzfristigen Vorteilen stehen mittel- und langfristige Nachteile gegenüber, die der Einführung bewaffneter und automatisierter Waffensysteme grundsätzlich widersprechen.

*Manfred Pappenberger ist Dozent für politische Bildung am Bildungszentrum Bad Staffelstein (vormals Zivildienstschule) und vertritt in diesem Beitrag ausschließlich seine persönliche Meinung.*

Literatur:

Drewermann, Eugen: Krieg ist Krankheit, keine Lösung, Freiburg i. Br. 2002

Gössner, Rolf: Menschenrechte in Zeiten des Terrors. Kollateralschäden an der Heimatfront, Hamburg 2007

Helmig, Jan/Schörnig, Niklas (Hrsg.): Die Transformation der Streitkräfte im 21. Jahrhundert. Militärische und politische Dimensionen der aktuellen »Revolution in Military Affairs«, Frankfurt/Main 2008

Müller, Harald/Schörnig, Niklas: Drohnenkrieg: Die konsequente Fortsetzung der westlichen Revolution in Military Affairs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Nr. 50/2010; S. 16-23

Münkler, Herfried: Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie, Weilerswist 2006

Schörnig, Niklas: Visionen unblutiger Kriege. Hightech-Antworten zur Umgehung der Opfersensibilität, in: Geis, Anna/Müller, Harald/Wagner, Wolfgang (Hrsg.): Schattenseiten des Demokratischen Friedens. Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik, Frankfurt 2007, S. 93-122

Shaw, Martin: The New Western way of War. Risk-transfer war and its crisis in Iraq, Cambridge 2005.

Suarez, Daniel: Kill Decision, Reinbek 2013 

## Dokumentiert

# Unheilige Allianz: Übertragung des Hausrechts in Kirchen an Militärpolizei

## Die Vorbereitung der Kirchenbürokratie auf im Krieg getötete SoldatInnen der Bundeswehr

Der Evangelische Militärbischof  
Dr. Martin Dutzmann

**Informationen für Kirchengemeinden im Fall einer zentralen Trauerfeier für gefallene Soldatinnen oder Soldaten der Bundeswehr**

### ■ Vorbemerkung

Auf der Grundlage von Gesprächen und bereits vorhandenen Kooperationen zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und der Seelsorge in der Bundeswehr bei der Durchführung von zentralen Trauerfeiern für gefallene



Soldatinnen und Soldaten soll die vorliegende Handreichung den Kirchengemeinden zur Orientierung bei Anfragen zur Überlassung kirchlicher Gebäude für Trauerfeiern durch das Bundesverteidigungsministerium dienen.<sup>1)</sup>

## ■ Grundsätzliches zu zentralen öffentlichen Trauerfeiern der Bundeswehr

Kommt bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr eine Soldatin oder ein Soldat ums Leben, steht die Bundeswehr in einer besonderen Fürsorgepflicht gegenüber dem/der Gefallenen und deren/dessen Angehörigen. Die Rückführung der im Einsatz gefallenen Soldatinnen und Soldaten aus dem Ausland und die hierbei zu erweisenden militärischen Ehren sind Zeichen der Verbundenheit der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr mit den Verstorbenen und deren Hinterbliebenen sowie der Wahrung des Andenkens und der Würde der Verstorbenen. Wegen seiner besonderen Fürsorgepflicht hat das Bundesverteidigungsministerium festgelegt, dass die Federführung für die Trauerzeremonien bei der »Protokollabteilung« des BMVg und dem »Einsatzführungskommando« der Bundeswehr liegen.

Die Militärseelsorge begleitet im Auftrag der Evangelischen Kirche in Deutschland die Bundeswehr von der Aussegnung des Gefallenen über eine Trauerandacht im Einsatzland zur seelsorgerlichen Begleitung der überlebenden Soldaten bis zur Überbringung der Todesnachricht im Heimatland.

Für das Bundesverteidigungsministerium stehen stets die Trauer und das Leid der Angehörigen sowie deren Wünsche im Vordergrund allen Handelns. Nichts geschieht gegen deren Willen.<sup>2)</sup> Daher wird im Todesfall mit den Angehörigen abgestimmt, ob eine zentrale Trauerfeier durchgeführt wird bzw. ob sie an dieser Feier teilnehmen möchten. Diese wird in der Regel am Standort des Truppenteils oder der Dienststelle der Gefallenen durchgeführt werden. Es ist vorgesehen, dass bei der zentralen Trauerfeier zumindest der Bundesminister der Verteidigung anwesend ist, ggf. auch der Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin.

Eine zentrale Trauerfeier besteht im Grundsatz aus zwei Teilen: einem kirchlichen und einem staatlichen Teil. Die Wünsche der Angehörigen sind auch in Bezug auf das kirchliche Handeln der Militärseelsorge bindend. Sollten die Angehörigen einen Gottesdienst im Rahmen der zentralen Trauerfeier ablehnen, wird dies respektiert und staatlicherseits eine andere geeignete Form der Trauerzeremonie vollzogen. Bei mehreren Gefallenen werden nötigenfalls auch unterschiedliche

Trauerakte vorgenommen. Entsprechendes gilt auch für die Wünsche nichtchristlicher Angehöriger sowie Angehöriger nichtchristlicher Religionen.

## ■ Vorbereitung und Durchführung der zentralen öffentlichen Trauerfeier

Bevor ein Truppenteil der Bundeswehr in den Einsatz geht, stellt dieser einen sogenannten »Krisenreaktionskalender« auf. Er beschreibt unter anderem, wie bei einem Trauerfalle vorgegangen werden soll. Im Zusammenhang der Aufstellung des »Krisenreaktionskalenders« tritt die Bundeswehr auch an die Kirchengemeinden heran, deren Lage und Gebäudebestand die für eine große öffentliche Trauerfeier einschließlich ihrer sicherheitsrelevanten Komponenten nötigen Voraussetzungen mitbringen, und sucht dabei das Gespräch mit dem zuständigen Pfarramt und dem Kirchenvorstand.

Bei der Durchführung einer öffentlichen Trauerfeier kümmern sich die Protokollabteilung des Bundesverteidigungsministeriums und die diesem nachgeordneten Dienststellen um den Kontakt zu den Angehörigen.<sup>3)</sup> Sie koordinieren die Absprachen über liturgische Abläufe, Küster- und kirchenmusikalische sowie Hintergrunddienste und stimmen sich mit der Seelsorge in der Bundeswehr sowie den zuständigen Pfarrämtern und Kirchenvorständen ab. Darüber hinaus treffen sie auch Vereinbarungen mit den am Ort politisch Verantwortlichen sowie den örtlichen Polizei- und Ordnungskräften. Die Benachrichtigung und Information des parlamentarischen Bereichs, einschließlich der Repräsentanten der Städte, Länder und Gemeinden sowie hoher Kirchenvertreter, liegt ebenfalls in der Zuständigkeit des Protokollstabs des BMVg.

Bei einer zentralen Trauerfeier<sup>4)</sup> lassen sich kirchlicher und staatlicher Teil deutlich voneinander unterscheiden. Der kirchliche Teil der Trauerfeier wird grundsätzlich ökumenisch verantwortet, auch weil die Soldaten und Soldatinnen der betroffenen Bundeswehreinheit verschiedenen Konfessionen angehören werden. Liturgie und Predigt werden gestaltet von den Leitenden Geistlichen der evangelischen und der katholischen Militärseelsorge, in Abstimmung mit den Geistlichen der jeweiligen Konfession vor Ort. Nach dem Segen und einem musikalischen Zwischenspiel folgt der staatliche Teil mit den Ansprachen des Bundesministers der Verteidigung

1) Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an das zuständige Dekanat. Sie finden die Kontaktdaten unter [www.eka.militaerseelsorge.bundeswehr.de/portal/a/eka](http://www.eka.militaerseelsorge.bundeswehr.de/portal/a/eka), Rubrik Dienststellen/Dekanate

2) Auch das Medieninteresse und die Teilhabe der Öffentlichkeit sind im Zweifel immer nachrangig zu behandeln.

3) Am Ort der Trauerfeier richtet die Bundeswehr eine sogenannte »Lagezelle« ein, die alle notwendigen Aktivitäten zur Durchführung der Trauerfeier koordiniert. In ihr wirken auch Militärgestliche mit; sie bilden das Bindeglied zur Ortskirchengemeinde.

4) Üblicherweise wird der Sarg während der Trauerfeier mit der Bundesdienstflagge und einem Gefechtshelm geschmückt. Vor dem Sarg werden die Orden- und Ehrenzeichen der Verstorbenen gezeigt. Die Totenwache durch Soldaten steht zu beiden Seiten des Sarges.

oder des Vertreters im Amt und eines weiteren politisch Verantwortlichen vor Ort. Mit der Nationalhymne und dem Herausragen des Sarges aus der Kirche im Rahmen des Trauerkondukts endet die Trauerfeier.

Zentrale Trauerfeiern sind öffentlich. Anteilnahme und Teilnahme der Bevölkerung und der Kirchengemeindeglieder an der Trauerfeier sind erwünscht. Dies sollte im Vorhinein auch in der Kirchengemeinde bekannt gemacht werden.

Die Gestaltung der kirchlich und staatlich gemeinsam verantworteten und getragenen Trauerfeier beruht auf einem Erfahrungs- und Entwicklungsprozess. Es ist möglich, auf besondere Umstände des Einzelfalls einzugehen und den Ablauf entsprechend anzupassen.

### ■ Übertragung des Hausrechts

Das Bundesverteidigungsministerium trägt die Gesamtverantwortung für die Trauerfeier. Dazu gehört auch die Verantwortung für die Sicherheit der Teilnehmenden. Aus Gründen der Gefahrenabwehr und um Störungen vermeiden zu können, wird der Kirchenvorstand in der Regel gebeten, für die Dauer der Trauerfeier das Hausrecht<sup>5)</sup> an die Feldjäger der Bundeswehr<sup>6)</sup> zu übertragen.

5) In evangelischen Kirchengemeinden übt im Allgemeinen der Kirchenvorstand/das Presbyterium das Hausrecht aus. Die Ausübung des Hausrechts in einem Gebäude oder einer Räumlichkeit kann Dritten übertragen werden. Im Rahmen der Ausübung des Hausrechts ist es möglich, ein Hausverbot auszusprechen. Damit verbunden ist die Aufforderung, einen Raum oder ein Gelände unverzüglich zu verlassen. Ein Hausverbot kann ausgesprochen werden, um Störungen des Gottesdienstes in der Kirche zu beenden oder um erwartbare Störungen zu vermeiden.

*Das Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers hat den Kirchengemeinden in ihrem Bereich das hier dokumentierte Papier des Militärbischofs mit einem Rundschreiben vom 16. Mai 2013 bekannt gemacht. In diesem Schreiben heißt es u.a., dass, »seitdem deutsche Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen tätig sind«, »auch Todesfälle zu beklagen« sind und dass »das Bundesverteidigungsministerium zentrale Trauerfeiern« veranstalte – »in der Regel in einer Kirche« –, »wenn der Wunsch der Angehörigen dem nicht entgegensteht. Die dabei wesentlichen zu beachtenden Punkte seien in dem Militärbischofspapier zusammengestellt, wobei die »Regelungen (...) mit der Theologischen Abteilung im Landeskirchenamt abgestimmt« seien. Man kann insofern davon ausgehen, dass die Bürokratien aller evangelischen Landeskirchen an der »Abstimmung« dieser Regelungen beteiligt waren und dass das Militärbischofspapier auch in den anderen Landeskirchen verbreitet wurde/wird.*



Die Übertragung des Hausrechts ist formlos möglich, d.h. eine mündliche Absprache reicht aus. Zur Vermeidung von Missverständnissen und Unklarheiten empfiehlt sich aber die Schriftform (Muster s. Anlage). In einer solchen Vereinbarung zwischen Kirchenvorstand/Presbyterium und dem zuständigen Feldjägersdienst sollte die Kirche bzw. die Gebäudeteile, auf die sich die Übertragung des Hausrechts bezieht, genau bezeichnet werden, ebenso der Zeitraum, für den das Hausrecht übertragen werden soll (mit Datum und Uhrzeit [von – bis]). Weitere Punkte, die der Kirchengemeinde wichtig sind, können in die Vereinbarung aufgenommen werden.

6) Die Feldjäger nehmen u.a. Sicherheitsaufgaben in der Bundeswehr wahr. Dabei sind sie ausnahmslos an gesetzliche Bestimmungen gebunden und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verpflichtet. Die Maßnahmen der Feldjäger werden stets mit der örtlich zuständigen Polizei abgesprochen und koordiniert.

## Rezensionen

**Konrad Raiser, Ulrich Schmitthenner (Hrsg.): Gerechter Friede. Ein ökumenischer Aufruf zum gerechten Frieden. Begleitdokument des Ökumenischen Rates der Kirchen. Mit Anhang; 2., aktualisierte Auflage, Berlin 2013, 264 Seiten, 24,90 Euro**

**Mathews George Chunakara (editor): Building Peace on Earth. Report of the International Ecumenical Peace Convocation, World Council of Churches Publications; Genf 2013, 270 Seiten**

Die Kirchen werden danach gefragt, welche friedensethische und friedenspolitische Linie sie für ihre eigene Entwicklung und in der öffentlichen Auseinandersetzung um die großen gesellschaftlichen und politischen Fragen verfolgen. Eine Antwort gibt das Leitbild des »gerechten Friedens«. Es steht für eine weite Öffnung des Verständnisses von Frieden in Richtung eines nachhaltigen Schutzes von Leben. Es verlässt die engen und überlebten Grenzen einer Friedensethik, die sich

noch an die Illusion eines »gerechten Krieges« klammerte.

Der frühere Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) Prof. Dr. Konrad Raiser und der württembergische Ökumeniker Ulrich Schmitthenner haben die spannende Genese und die praktische Bedeutung des Leitbildes vom gerechten Frieden in dem Handbuch »Gerechter Friede. Ein ökumenischer Aufruf zum gerechten Frieden. Begleitdokument des Ökumenischen Rates der Kirchen« zusammengefasst. Der »ökumenische Aufruf zum gerechten Frieden« und das erläuternde Begleitdokument waren die maßgeblich von Raiser als Moderator einer internationalen Referenzgruppe inspirierten Texte des ÖRK, die die Internationale Ökumenische Friedenskonvokation (IöFK) des ÖRK im Mai 2011 in Kingston/Jamaika zum Abschluss der Dekade zur Überwindung von Gewalt (2001 bis 2010) anleiteten. Ganz allgemein beschreibt der Paradigmenwechsel, was mehr und mehr ökumenisches Gemeingut wird. Danach ist unter einem gerechten Frieden »ein kollektiver und dynami-



**Jürgen Grässlin: Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient. München 2013; 624 Seiten; 14,99 Euro**

Dass Deutschland nach den USA und Russland auf Platz 3 der waffenexportierenden Staaten liegt und damit den traurigen Titel Rüstungsexport-Europameister trägt, ist mittlerweile Allgemeinwissen geworden. Dass deutsche Unternehmen mit staatlicher Erlaubnis und Unterstützung ihre tödlichen Produkte auch in Krisengebiete und an Diktatoren liefern, wissen die meisten. Mit zu diesem Wissen beigetragen hat der DFG-VK-Bundessprecher Jürgen Grässlin. 1994 veröffentlichte er das Buch »Den Tod bringen Waffen aus Deutschland«, das sich vornehmlich mit der Waffenschmiede Heckler & Koch beschäftigt. Nach fast 20 Jahren und Büchern wie »Lizenz zum Töten« (1997) und »Versteck dich, wenn sie schießen.« (2003) erschien Mitte Mai sein neuestes Werk zum Thema, das »Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient.«

Sucht man im Internet nach der Bedeutung des Begriffs »Schwarzbuch«, so kann man auf der Wikipedia-Seite lesen, dass dieser anknüpft an das biblische »Buch des Lebens«, in dem die Namen all derer verzeichnet seien, die wegen ihrer guten Taten beim jüngsten Gericht gut davonkommen. Das Gegenstück sei eben das Schwarzbuch, das »sämtliche Untaten bzw. Sünden der Menschen umfasse«.

Welche »Sünden« beim und durch den Waffenhandel begangen werden und wer die »Sünder« sind, legt Grässlin ausführlich und detailreich dar. Beginnend mit der bedingungslosen Kapitulation des militaristischen und faschistischen Deutschen Reichs am 9. Mai 1945 beschreibt er einen bedeutsamen Teil deutscher Geschichte. Während die Alliierten im August 1945 in Potsdam noch die »völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann«, festgelegt hatten und während sich das neue demokratische Deutschland eine friedliche Verfassung gab, die friedensstörende Handlungen verbot und bestraft sehen und entsprechend Waffenproduktion streng reglementieren wollte ... wurden im Jahr 2010 Kriegswaffen im Wert von über 2 Milliarden Euro exportiert!

Eine solche Zahl lässt sich im Buch schnell finden, weil es über 20 Infokästen enthält, in denen Fakten und Daten übersichtlich zusammengestellt sind, z.B. zu den »Big Five – Waffenverkäufe der fünf führenden Großwaffenproduzenten Deutschlands« oder dem »Volumen der Geschäftsbeziehungen ausgewählter deutscher Finanzdienstleister an den Rüstungsunternehmen«.

Wer wenig Zeit oder Lust hat, die über 600 Seiten intensiv zu lesen, der kann beginnen mit den »Täterprofilen«. 20 Personen aus Politik und Wirtschaft porträtiert Grässlin und listet dabei immer ihre Beteiligung an Rüstungsexportgeschäften auf. Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel finden sich dort ebenso als »politische Täter« wie Joschka Fischer, Frank-Walter Steinmeier oder Guido Westerwelle und einige andere. Weniger bekannt sein dürften die Namen Bodo Uebber (EADS-Verwaltungsratsvorsitzender), Thomas Enders (EADS-Vorstandsvorsitzender), Dieter Zetsche (Daimler-Vorstandsvorsitzender) und einige andere »Wirtschafts-Kapitäne« sein.

Die Täterprofile könnten zur weiteren Lektüre motivieren, die viele überraschende Einblicke bietet. Zum Beispiel in den Bundessicherheitsrat, das geheim tagende Regierungsgremium, das über Rüstungsexporte entscheidet. Die Ex-Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin, von Grässlin für das Buch interviewt, beschreibt die Arbeit dort so, dass unter Rot-Grün Außenminister Fischer in der Regel mit Kanzler Schröder Vorabgespräche Pro-Rüstungsexport traf, und beide dann keinen Widerspruch duldeten. Deshalb waren Waffenlieferungen auch an menschenrechtsverletzende Staaten unter dieser Regierung gang und gäbe.

*Stefan Philipp*

*Aus Platzgründen konnte hier nur diese gekürzte Besprechung aus der DFG-VK-Zeitschrift »Zivil-Courage« (Nr. 2/2013; [www.zc-online.de](http://www.zc-online.de)) veröffentlicht werden. Eine ausführlichere Rezension unter [www.forum-pazifismus.de/rez/38.pdf](http://www.forum-pazifismus.de/rez/38.pdf)*

Bitte mit  
0,45 €  
frankieren

POSTKARTE

An  
Forum Pazifismus  
Am Angelweiher 6  
77974 Meißenheim

ABOKARTE